

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: halbjährlich 3,30 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragen in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsheftigen Anzeigen für die politische und gewerkschaftliche Bereichs- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (aufällig 2 gedruckt Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 23. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Ansprüche des Militarismus.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gibt heute Einzelheiten über den Inhalt der Wehrvorlagen bekannt. Den wesentlichen Inhalt ihrer Darlegungen fasst das B. L. B. folgendermaßen zusammen:

Die Vorschläge der Heeresverwaltung bezwecken eine schnelle Durchführung und Ergänzung des Friedenspräsenzgesetzes von 1911 durch Aufstellung zweier Feldartillerieregimenter bei den Divisionen 37 und 39. Ferner von zwei neuen preussischen Armeekorps unter Verwendung der dritten Divisionen bei dem ersten und vierzehnten Armeekorps. Neu geschaffen sollen ferner werden eine siebente Armeedivision, vierzehn dritte Bataillone, ein Infanterieregiment für Sachsen, ein Kavallerieregiment für Preußen und die Einrichtung einer Maschinengewehrkompanie bei jedem Infanterieregiment. Die Gesamtvermehrung der Friedenspräsenzstärke beträgt 29.000 Mann. Gleichzeitig ist eine Erhöhung der Mannschaftslöhne vorgesehen.

Die Vorschläge der Marineverwaltung bezwecken ein drittes aktives Geschwader unter Verwendung des vorhandenen Kreuzerflottenlagerschiffes und der Materialreserven, sowie durch allmählichen Neubau von drei Linien- und zwei kleinen Kreuzern und vierzehn U-Booten. Die jährliche Personalvermehrung des Flottenangeleges wird bis 1920 um durchschnittlich 75 Offiziere und 1000 Mann vergrößert. Der Gesamtbedarf für die Heeres- und Flottenvermehrung beträgt für 1912 97 Millionen Mark und für das nächste Jahr 125 Mill. Mark.

Diese Angaben entsprechen ungefähr dem, was bisher schon über den Umfang der Heeresvermehrung bekannt geworden ist. Das bestehende Heer soll um nicht weniger als 29.000 Mann vermehrt, also auf die Stärke von ungefähr 1/2 Millionen Menschen gebracht werden. Ein solches Heer repräsentiert eine Rüstung, die allmählich ihren Träger erstickt und. Die Waffen, die durch sie der Nation auferlegt werden, sind derart, daß Volkswohlstand, Volksgesundheit und Kulturfortschritt naturnotwendig erdrückt werden müssen. Wenn Rüstungsausgaben wirklich Versicherungsprämien wären, so wären sie schon jetzt höher als das, was angeblich gesichert werden soll.

Das militärische Prinzip, das für alle deutschen Heeresvorlagen ausschlaggebend ist, besteht darin, eine starke, fit und fertig organisierte und stets marschbereite Armee gegen Frankreich zur Verfügung zu haben, das infolge seiner geringeren Bevölkerungszahl und seiner kolonialen Verbindlichkeiten wegen die Stärke seiner Heeresorganisation in die Reserve und Reserveorganisationen legen muß. Daneben rechnet man in Deutschland, trotz aller Liebedienerei gegen das Ansehen der auf politischem Gebiet und trotz aller dynastischen Freundschaften, mit der Möglichkeit eines Kampfes an der Ostfront. Als weiterer strategischer Grund der ins Ungemessene steigenden Heeresreformen kommt das bei der Heeresleitung und im Offizierskorps bis zur Verblendung angebetete Dogma von der alleinigmachenden Offensive. Offensive um jeden Preis, strategische und taktische Offensive, das ist jetzt das A und O der neuzeitlichen Militärweisheit, deren beredtester und gefährlichster Vertreter der Clausewitz-Überwinder General von Bernhardi ist. Die Schriften dieses und anderer vom Offensivkoller befallener Säbelkrasser haben natürlich das Echo bei gleichgestimmten und wahlverwandten Seelen in Frankreich gewedt. Mit den Äußerungen dieser französischen Chauvinisten und Militaristen geht die deutsche „nationale“ Presse hausieren, um die Notwendigkeit der deutschen Wehrvorlagen zu begründen. Sie verschweigen kein läublerlich, daß die aggressiven Broschüren französischer Militärs wie des Obersten Boucher erst von unseren deutschen Rüstungshebern und Kriegsarbeitern provoziert sind!

Aber da nun einmal in Deutschland das Prinzip der unbedingten Offensive als unerschütterliche Wahrheit anerkannt ist, wird auch die Rüstung darauf zugeschnitten, denn es bedarf zu seiner Durchführung eines starken, stets marschbereiten Heeresorganismus. Dadurch gehen aber Rüstungsstieber und Kriegsgefahr ständig zusammen, und keine bürgerliche Partei, selbst nicht der linke Flügel des Liberalismus, wagt es, sich gegen die Theorie der Offensive und gegen Rüstungswahn aufzulehnen. Dadurch tritt für uns Sozialdemokraten die Forderung der Miliz mehr und mehr aus dem Nebel der Theorie in das helle Tageslicht praktischer Notwendigkeit.

Bei der neuen Wehrvorlage läßt sich in ihren Einzelheiten wieder das alte, unehrliche Spiel wie bei den früheren Heeresvorlagen beobachten. Die neuen Forderungen werden für notwendig erklärt, weil die früheren Vorlagen „Lücken“ offen gelassen haben. Damals ließ man 32 Infanterieregimenter mit zwei Bataillonen bestehen, jetzt kann man dank dieser „Lücke“ 14 neue Bataillone als dritte zur Komplettierung fordern. Und dabei wirft bei dieser Vorlage schon eine neue ihre Schwänze voraus. Bleiben doch immer noch Regimenter ohne dritte Bataillone!

Ähnlich liegt es mit der Artillerie. Zwei neue Regimenter verlangt die jetzige Wehrvorlage. Aber da zwei neue Armeekorps und zwei neue Divisionen geschaffen werden sollen — das deutsche Heer wird dann aus 25 Armeekorps (nach 1871 waren es 15) und 50 Divisionen

bestehen —, die Division aber nach den geltenden taktisch-strategischen Gesetzen 2 Artillerieregimenter haben muß, wir zurzeit aber nur deren 94 haben, verlangt man jetzt 2 neue Regimenter. Es bleibt dann eine „Lücke“, mit deren Hilfe man dann später die Notwendigkeit der 4 fehlenden Regimenter fordern kann. Ueber weitere Einzelheiten wird noch zu reden sein.

Beachtenswert ist ferner, daß das Ministerblatt die Forderungen für den Luftmilitarismus nur nebenbei erwähnt. Der Aeroplanflotter in Frankreich wird aber auch bei uns ansteden, so daß es nur zu wahrscheinlich ist, daß der Wehrvorlage noch weitere Luftflottenforderungen folgen werden.

Das Prinzip der Offensivbereitschaft ist dann auch auf die Marine übertragen. Die Schaffung eines dritten Geschwaders und die Erhöhung des Mannschaftsbestandes sollen diesem Zwecke dienen. Gibt es doch Marinestrategen, die da meinen, daß ein rückwärtsloser Angriff zur See die starke Flotte Englands in Grund und Boden rammen, mindestens aber gewaltig erschüttern könnte.

Die Kosten werden von dem offiziellen Organ folgendermaßen beziffert:

Der Gesamtvermehrungsbedarf für diese Verstärkung des Heeres und der Flotte stellt sich für	
1912 auf rund	97 Millionen Mark
1913, in welchem Jahre der höchste Kostenbetrag erreicht wird, auf rund	127
1914 auf rund	114
Der Anteil der Flotte beträgt	
1912 rund	15
1913 rund	28
1914 rund	38
und erreicht im Jahre	
1916 seine Höchstsumme mit	43

In den Jahren nach 1914 werden die Ausgaben zusammen kaum niedriger sein, da ja das offiziöse Organ die Zahlen sonst sicherlich nicht verschwiegen haben würde. Wohl aber ist tausend gegen eins zu wetten, daß die Ausgaben sich im Gegenteil noch beträchtlich erhöhen werden. Hat doch der Militäretat die immanente Tendenz, sich noch weit über die Ausgabensteigerung durch neue Wehrvorlagen hinaus zu vermehren, was ein Blick in die Militäretats der verfloffenen Jahre und Jahrzehnte nur zu deutlich beweist. Auch haben unsere Offiziere wohl schon deshalb auf die näheren Angaben der Ausgaben über die nächsten Jahre hinaus verzichtet, weil in absehbarer Zeit eine neue Flottenvorlage zu erwarten ist, gar nicht zu reden von den noch ganz unabsehbaren Ansprüchen des Luftmilitarismus!

Leider teilt die „Nordd. Allg. Ztg.“ über den Schiffbauplan nur mit, daß 1913 und 1916 je ein Linienschiff mehr in Bau gegeben werden soll — wann das angeforderte dritte neue Linienschiff gebaut werden soll, wird nicht ver-raten.

Die Ankündigung, daß endlich auch die gerade von der Sozialdemokratie so oft und so energisch geforderte Erhöhung der Mannschaftslöhne erfolgen soll, ist natürlich nur eine schlechte Verbrämung der neuen enormen Ansprüche unseres Militarismus. Denn wenn es auch die Regierung so darstellt, als würden die laufenden Einnahmen und der Mehrertrag aus der Aenderung der Prämiensteuergesetzgebung zur Deckung der rund 130 Mill. jährlicher neuer Militärausgaben ausreichen, so ist das mehr als zweifelhaft. Herr Bernuth ist ja gerade deshalb gegangen, weil er diesen Optimismus nicht zu teilen vermochte. Hinter der neuen Militärvorlage bergen sich also neue Lasten, weitere Rüstungsbestrebungen und Kriegsgefahren. Die Antwort der Sozialdemokratie auf diese ins Uferlose gehenden Forderungen des Imperialismus und Militarismus kann nur ein rückwärtslozes Nein sein.

Die Bergarbeiterbewegung.

Die Krise in Großbritannien.

London, 21. März. (Fig. Ver.)

Die Weigerung der Bergarbeiter, die Minimallohnvorlage in ihrer jetzigen Gestalt anzunehmen, hat mit einem Schlag den Bestand der Regierung in Frage gestellt und die politische Krise herbeigeführt, die ich in einem meiner letzten Berichte voraussagte. Die Bergarbeiterkonferenz nahm gestern nach 4 1/2stündiger Sitzung folgende Resolutionen an:

1. Der Vorstand rat der Konferenz, der Erklärung zuzustimmen, daß ein Gesetz, das nicht die Festsetzung eines Minimallohnes von wenigstens 5 Schilling den Tag für alle Schichtlöhner und 3 Schilling den Tag für 14jährige Knaben bestimmt, den Arbeitern nicht annehmbar sein wird.

2. Diese Konferenz ist der Ansicht, daß die Vorlage die Minimallohnliste für Dauer in jedem der einzelnen Distrikte enthalten muß, und fordert die Arbeiterpartei auf, ein Amendement zur Einbeziehung dieser Lohnsätze einzubringen.

3. Die weitere Erwägung der Vorlage wird dem Exekutiv-ausschuss verfallen durch die die Föderation vertretenden Parlamentsmitglieder, übertragen, zwecks Einbringung solcher Änderungsanträge, die die Vorlage in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Föderation bringen wird.

Ueber die zweite Resolution entspann sich eine längere Diskussion. Der Vorstand hatte im ersten Teil der Resolution das Wort „sollte“ vorgeschlagen; die Mehrheit der Delegierten

— und durchaus nicht die knappe Mehrheit, wie einige Londoner Blätter wissen wollen — entschied sich für das stärkere und deutlichere „muß“. Die Einwände, die von Seiten der Arbeiter gegen die Minimallohnvorlage gemacht werden, sind in der Hauptsache folgender Art. Trotz langer Verhandlungen ist es den Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber nicht gelungen, sich über den Minimallohn zu einigen. Das Gesetz kann daran nichts ändern. Nähmen die Arbeiter daher das Gesetz an und lehrten sie zur Arbeit zurück, so würden, wie die Dinge nun einmal liegen, in allen Fällen die Vorstehenden der vorgeschlagenen gemeinschaftlichen Distriktsämter die Höhe des Minimallohns festsetzen. Damit können sich die Arbeiter jedoch nicht einverstanden erklären. Nichts könnte den Vorstehenden daran hindern, durch seinen Schiedspruch die vorhandenen Errungenschaften der Arbeiter wieder aufzuheben. Ein großer Mangel der Vorlage ist auch, daß sie eine Aufteilung der Distrikte gestattet, die schließlich zur Zerstörung der Solidarität der Bergarbeiter führen muß. Bisher war es die Politik der Bergarbeiterföderation, dahin zu wirken, daß die zwischen den Revieren bestehenden Ungleichheiten so weit wie möglich ausgeglichen würden. So strebte man eine Ausgleichung der Lohnsätze und eine allgemeine Regelung der Kündigungsfristen und Vertragsfristen an. Die Vorlage würde diese Politik des Ausgleichs und der Zusammenziehung unmöglich machen und die Bergarbeiter nur zersplittern. Aus diesen und anderen Gründen sind die Arbeiter, die anfangs der Minimallohnvorlage wohlwollend, aber kritisch gegenüberstanden, jetzt entschieden gegen die Annahme eines Minimallohngesetzes, das nicht auch zu gleicher Zeit die Höhe der Minimallöhne festsetzt. Man will aus den oben angeführten Resolutionen herauslesen, daß sich die Arbeiter eventuell auch damit begnügen würden, wenn die Forderungen der ersten Resolution (Minimallöhne der Schichtarbeiter und Knaben) der Vorlage einverleibt würden. Nach der Haltung der Delegierten zu urteilen, die sich augenblicklich in London aufhalten und eben erst mit den streikenden Arbeitern in Berührung gekommen sind, ist dies aber keineswegs sicher, obwohl die Trennung der Forderungen für diese Auffassung zu sprechen scheint. Die Vorlage erreicht also nicht ihren Zweck: sie wird die Arbeiter nicht bewegen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es fragt sich nun, ob die Regierung mit dem Entwurf weiter gehen oder ihn fallen lassen will. Drückt sie die Vorlage durch, so werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Bergarbeiter nicht eher wieder zur Arbeit zurückkehren, als bis die Vorstehenden der Distriktsämter die Minimallöhne festgesetzt haben.

Herr Asquith drohte bei der ersten Lesung: „Wenn eine der Parteien oder beide Parteien die Vorlage verwerfen, so kann es notwendig werden, daß die Regierung neue und drastischere Maßnahmen trifft. Die Voraussetzung scheint jetzt zu bestehen; denn weder die Bergarbeiter noch die Kohlenbesitzer sind mit der Vorlage einverstanden. Welcher Art diese drastischen Maßnahmen sein sollen, ist unbekannt. Jedenfalls werden sie verschieden sein von dem Rezept, das die Scharfmacher so laut und beständig anpreisen. Denn man kann nicht gut annehmen, daß die liberale Partei Selbstmord begehen will. 66 liberale Parlamentsmitglieder (darunter der Premierminister und mehrere seiner Kollegen) verdanken ihre Wahl den Stimmen der Bergarbeiter. Bezeichnend für die herrschende kritische Lage ist die große Tätigkeit, die auf einmal von den Wahlagenten der Parteien entfaltet wird. Der kritische Zeitpunkt ist Freitag abend bei der endgültigen Abstimmung über die Minimallohnvorlage.“

Die Regierung lehnt die Festsetzung des Minimallohns ab!

London, 22. März. Unterhaus. Nachdem gestern die Minimallohnvorlage mit 348 gegen 225 Stimmen in zweiter Lesung angenommen worden war — auch die Iron und die Arbeiterpartei stimmten für das Gesetz — begann heute die Spezialdebatte. Ministerpräsident Asquith erklärte dabei das Amendement für unannehmbar, welches einen Minimallohn von fünf Schilling für die Arbeiter unter Tage festsetzt. Er erklärte, er sei nicht geneigt, die Löhne durch eine Parlamentsakte festzulegen. Ein solches Verfahren wäre auch gefährlich für die Arbeiter; denn wenn das Parlament der Meinung Ausdruck gebe, daß fünf Schilling ein angemessener Minimallohn sei, so würde die Regierung sich bemerkbar machen, diese Summe als Minimallohn zu behandeln.

Der Führer der Konservativen Bonar Law unterstützte die Regierung in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Amendement King (liberal), durch welches der Minimallohn auf fünf Schilling festgesetzt werden soll.

Ernoch Edwards, Präsident des Bergarbeiterverbandes, drückte seine Enttäuschung über die Haltung der Regierung aus. Er hätte gehofft, daß die Bill, wenn sie jenen Lohnsatz enthielte, sich von selbst dem gefunden Sinn beider Teile empfehlen würde. Durch die Ablehnung des Amendements würde das Haus eine Gefahr heraufbeschwören, die sich als sehr schwer erweisen könnte. Der liberale Grubenbesitzer Markham forderte die Regierung auf, das Amendement anzunehmen.

Die Diskussion des Amendements King gab zu sehr bewegten Debatten Anlaß. Mehrere Mitglieder der Arbeiterpartei erklärten, die Ablehnung des Amendements würde die Forderung des Streiks verzögern. Ramsay MacDonald erklärte, das Haus wolle ein Gesetz schaffen zu dem Zweck, den Ausstand zu beendigen, und es müsse den Wünschen der Arbeiter in vernünftigster Weise entgegenkommen. Er gab zu verstehen, daß die Bergleute bereit sein würden, auf die

Forderung der Einfügung einer Lohnskala in die Bill zu verzichten, unter der Voraussetzung, daß der Minimallohn von fünf Schilling eingefügt werde. Staatssekretär Geyh fragte darauf, ob Macdonald ermächtigt sei, im Namen der Bergleute zu sprechen, und betonte, wenn die Bergleute die Forderung der Einfügung einer Lohnskala in die Bill fallen ließen, bliebe nur noch die Frage des Minimallohns von fünf Schilling übrig. Er schlug vor, daß weitere Verhandlungen über diese Frage zwischen Arbeitgeber und Arbeitern angeknüpft würden. Doch betonten er und Asquith, daß die Regierung nicht gewillt sei, irgend welche Forderungen in die Bill einzufügen. Nach weiterer Diskussion in dem dicht gefüllten und erregten Hause wurde das Amendement Ring abgelehnt, nachdem man übereingekommen war, daß die Angelegenheit noch einmal vorgebracht würde. Dem Vernehmen nach finden jetzt zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter Verhandlungen statt.

Der Streik in Deutschland.

In Sachsen.

Zwickau, 22. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Im Zwickauer Revier wächst der Streik fortgesetzt. Die Schreckschiffe der Bergherren haben nicht die erwartete, sondern die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Auf dem Falkschacht hat der Streik weitere Ausdehnung erfahren. Auf Krinit, wo man den Arbeitern drohte, ihnen die 6 Strafschichten abzugeben, haben Freitag früh von den restlichen 300 Mann Belegschaft 250 die Arbeit eingestellt. Auf diesem Werk trägt man sich mit dem Gedanken, den Betrieb nun ganz einzustellen. Auf allen Zwickauer Schächten sind Freitag früh bedeutend weniger Arbeiter angefahren. Das Streikbureau, das Donnerstag die Namen von 5134 Streikenden in seinen Listen hatte, konnte Freitag schon 5400 melden. Die nationalen Arbeiter beginnen jetzt unter den Streikbrechern zu agitieren, um ihre Organisation zu stärken. Sie haben aber in einer Zusammenkunft, die von Pastoren und Landrichtern geleitet war, zugeben müssen, daß in Zwickau die niedrigsten Löhne von ganz Sachsen gezahlt werden. Auch die Werke liefern neue Belege für die Notwendigkeit der Bergarbeiterforderungen. Auf einem der größten Werke wurden im vorigen Jahre durchschnittlich 327 Schichten pro Person verfahren. Eine Arbeiterkategorie, die man benutzt, um der Öffentlichkeit weiszumachen, daß die Löhne der Bergarbeiter recht hoch stehen, hat durchschnittlich im letzten Jahre 390 Schichten verfahren. Das sind mehr Schichten, als das Jahr überhaupt Tage hat. Einige Arbeiter haben darunter über 400 Schichten verfahren. Aus dieser übermäßig angestregten Arbeitsleistung geht am besten die Notlage der Bergarbeiterschaft hervor.

In Oberschlesien.

Nirgends ist die Gefahr für wilde Streiks größer und die Situation dafür günstiger, als gerade in Oberschlesien mit seiner außerordentlich dunn zusammengewürfelten Arbeiterschaft. Die händigen Kohalürzungen und nicht zuletzt auch die Bevormundung und schlechte Behandlung der Arbeiter durch Beamte sind die Ursache, weshalb bei jeder sich nur einigermaßen bietenden Gelegenheit ein Streik von unorganisierten Leuten ausbricht. Die jetzigen Verhältnisse aber zeigen, daß die allgemeine Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern einen sehr hohen Grad erreicht hat. Die Organisationen sind nicht mehr in der Lage, den Streik einzudämmen. Er nimmt von Tag zu Tag zu. Der Hauptkern der Arbeitslosen ist der Bezirk Jabrze, in dem sich zahlreiche Gruben neben der fiskalischen Königin-Louise-Grube befinden. Wie immer bei solchen wilden Streiks hat dieser auf der Königin-Louise-Grube seinen Anfang genommen und dann sind die Belegschaften der Abmehe, Hildebrandt, Ludwigsglad, Myslowitz, Trausolligen, Paulus, Friedens, Hoffsang, und Anuraw-Grube gefolgt. Auf einzelnen dieser Gruben streikten bis über 50 Proz., auf wenigen Gruben dagegen nur 25 Prozent. Auf der Friedensgrube streikt etwa drei Viertel der Belegschaft, auf der fiskalischen Königin-Louise-Grube dagegen ruht die Arbeit fast vollständig. Auf dem Krugschacht hat der Betrieb vollständig eingestellt werden müssen.

Nachdem der Streik gegen den Willen der Organisationen eine so große Ausdehnung angenommen hat, gab der alte Bergarbeiterverband und die polnische Berufsvereinigung, nachdem die einzelnen Belegschaften sich dafür erklärt hatten, den Streik frei, worauf an allen Orten sofort Streikkomitees gewählt wurden.

Obwohl die Ruhe der Streikenden eine geradezu mukchehafte ist und noch keine Ausschreitungen vorgekommen sind, sind eine große Anzahl von Grubenbeamten als Polizeibeamte verpflichtet worden. Die Polizei verhält sich sehr reserviert, zieht aber Gendarmen aus allen Gegenden nach dem Streikgebiet zusammen. Der Amtsvorsteher von Jabrze hat gegen die Wirtze, wo die Versammlungen der Streikenden stattfinden, die Polizeistunde auf nachmittags 5 Uhr festgesetzt. Diese Maßnahme erregt natürlich Verbitterung.

Ob der Streik weitere Ausdehnung annehmen wird, oder ob es die Grubenverwaltungen beruhen werden, durch Entgegenkommen die Wünsche der Arbeiter zu befriedigen, und dadurch einen Massenstreik abzumenden, der für den ober-schlesischen Industriebezirk unabsehbare Folgen haben muß, bleibt abzuwarten. Mit Rücksicht auf diese Folgen hat die königliche Berg-Inspektion bereits mit den Arbeiteraus-schüssen der fiskalischen Gruben verhandelt, die bis jetzt aber ergebnislos verliefen, weil die Zugeständnisse zu gering waren.

Zurzeit streiken in Oberschlesien etwa 18 000—20 000 Bergarbeiter.

Im Lugau-Weidnitzer Revier.

Die Streikbewegung nimmt fortgesetzt zu. Donnerstag gingen wieder zahlreiche Meldungen von neuen Streikenden ein. Unter den Königstreuen Anruppen herrscht große Erregung. Die Anruppen haben auf verschiedenen Gruben Forderungen eingereicht, da sie ebenso wie die anderen schlecht bezahlt wären und unter den traurigen Verhältnissen leiden.

Streikjustiz im Ruhrgebiet.

In Ergänzung unserer gestrigen Mitteilung über die Verhinderung in der Aburteilung der Streikführer können wir heute noch folgendes mitteilen.

Die Amtsgerichte des Bezirks sind angewiesen worden, den in Haft befindlichen Streikführern eine Erklärung schriftlich zur Anklageschrift von nur 24 Stunden zu gewähren, und dem Angeklagten einen Revers, der den Verzicht auf die einwöchige Einlassungsfrist enthält, zur Unterschrift vorzulegen.

Die deutsche Justiz kann also recht schnell arbeiten, namentlich wenn es sich nicht gerade um einen Fürsten Eulenburg handelt oder um die Ermittlung der Mörder Hermanns. Und sie arbeitet nicht nur schnell, sondern auch gut, im Sinne der Scharfmacher wenigstens. Für ganz nichtige Verfehlungen sind geradezu drakonische Strafen verhängt worden. Das Mißverhältnis zwischen dem Strafmaß und der Strafe springt in den

meisten Fällen in die Augen. Für einfache Ehrverletzungen (an Arbeitswilligen!) werden mehrere Monate Gefängnis erkannt. Diese außerordentlich hohen Strafen werden verhängt, weil die Angeklagten „Pöbel“ oder „Streikbrecher“ (was überhaupt nur die Konstatierung einer Tatsache, keine Beleidigung im gesetzlichen Sinne ist) gerufen hatten. Auf jede Silbe kommt also ungefähr ein Monat Gefängnis. Dabei ist die Höchststrafe 3 Monate Gefängnis. Der ärgste Terrorismus der Unter-nnehmer geht straffrei aus, gegen Streikende, die den ver-räterischen Arbeitswilligen ein Pöbel des Unwillens entgegen-schleudern, wird auf Gefängnis erkannt. Sie werden ehelos gemacht, weil sie in gesetzlich gestatteten Kampfe ihrer begreiflichen Erregung Ausdruck verliehen. Gerechtigkeit des Klassenstaates!

Wir sind überzeugt, daß diese Urteile durch ihre Schwere aufreißender wirken werden, als es die schärfste Kritik an ihnen vermöchte. Die Arbeiter werden es nicht vergessen, daß die Verhinderung der Strafprozesse zuerst in der Unternehmerpresse angeregt worden ist. Auch die drakonische Strenge entspricht durchaus den Anschauungen der nach einem Zuchthausgesetz schreienden Unternehmer.

Dreihundert Anklagen wegen Streikvergehens.

Böhm, 22. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Am Böhmer Landgericht sind jetzt schon 300 Anklagen wegen Streikvergehens eingereicht worden. Drei Staats-anwälte sind eigens mit der Abfassung der Anklagen beschäftigt. Auch eine neue Schreibmaschine hat man zur Ver-wältigung der Arbeit angeschafft.

Der Streik in Böhmen.

Prag, 22. März. Die Streikbewegung in den Kohlen-revierern hat gestern zugenommen. Die größte Ausdehnung hatte sie im Brüxer, Duxer und Biliner Revier, wo der Betrieb auf 25 Werken eingestellt werden mußte. Einzelne Arbeits-willige wurden von Streikenden mißhandelt. Größere Demon-strationen der Streikenden kamen u. a. in Kalkthauern vor; die Gendarmen zerstreuten die Demonstranten. Da die maßgebenden Kohलगewerkschaften den Forderungen der Arbeiter gegenüber einiges Entgegenkommen zeigen, so ist eine baldige Einstellung des Streiks zu erwarten. In Kadno ist der Betrieb normal.

Der Krieg.

Gerüchte über italienische Angriffe.

Paris, 22. März. (V.-G.) Die telegraphische und telefonische Verbindung mit Rom ist durch die der römischen Regierung ge-bandhabte rigorose Zensur beinahe unmöglich gemacht worden. Alle Telefongespräche zwischen den Journalisten werden streng überwacht. Doch ist trotzdem soviel durchgeschleiert, daß man für heute in Rom ein Vorgehen der italienischen Flotte erwartet. Man spricht in eingeweihten italienischen Kreisen von einer Blockade des Hafens von Saloniki und von einer Flottendemonstration vor Smyrna. Wie es heißt, soll die italienische Flotte vor den Dardanellen konzentriert sein. Die Regierung verweigert über die Aktion der Flotte jede Auskunft, selbst die Blätter, die sonst von offiziöser Seite inspiriert sind, tappen vollständig im Dunkeln. Wie in politischen Kreisen erklärt wird, will der König bereits am Sonntag Kaiser Wilhelm bei seiner Zusammenkunft mit ihm von dem Ge-brauch der Flottenaktion in Kenntnis setzen.

Die 3. Duma und der Justizmord.

Erklärung der gewesenen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der 2. Duma G. Belosoff und G. Alexinsky an die sozialdemokratische Fraktion der 3. Duma.

Teure Genossen!

Aus den Zeitungen haben wir erfahren, daß die Interpellationskommission der dritten Reichsduma eine Interpellation be-ziehend unsere Fraktion in der zweiten Duma abgelehnt hat. Es ist dies für uns keine Ueberraschung, vielmehr würde es uns wundern, wenn die Mehrheit der jetzigen Reichsduma — der Duma der Großgrundbesitzer und Kapitalisten — das Verbrechen der zarischen Regierung und die Gewalttat, die sie gegen die Vertreter der Arbeiterpartei begangen hat, entkennen wollte. Dieses Verbrechen, diese Gewalttat, bildet ja die Grundlage der Existenz der dritten Duma und indem die Regierung die Taten der Kofe-moliten hinter den sozialdemokratischen Deputierten schloß, öffnete sie die Tore des Taurischen Palastes für die jetzige Mehrheit, die aus Schwarzhundertleuten, aus Pogromisten und ausbeuterischen Oligarchen besteht.

Aber indem wir es für ganz natürlich erachten, daß die Ser-vilität dieser sauberen Gesellschaft der dritten Duma und ihre Selbsthaltungstrieb sie zwingen, durch ihre treuuntertänige Jus-timmung die Taten der Jarengewalt zu verdecken, erklären wir wieder und wieder, daß die Kommission, indem sie die Interpellation in unserer Angelegenheit ablehnte, zu gleichen, wenn nicht größeren Lagen zuflucht nimmt wie die Regierung. Es ist eine absolute Lüge, daß unsere Fraktion nicht für eine „antizistische Verschwörung“, sondern für irgendein anderes Verbrechen gerichtet wurde, wie es die Kommission erklärt. Es ist allen bekannt, und die Regierung hat es selbst in ihrer feierlichen Erklärung betont, daß unsere Fraktion der beschuldigten militä-rischen Verschwörung beschuldigt wurde. In dem Manifest vom 8. Juni stand es:

„Endlich wurde eine in der Geschichte einzig dastehende Tat vollbracht. Den gerächtlichen Befehlen gelang es, eine Verschwörung eines ganzen Teils der Reichsduma gegen den Staat und die zarische Gewalt zu enthüllen.“

Jetzt aber, nach den Enthüllungen des gewesenen Agenten der Czaren Wolsklow-Pradsch, erwies sich die Verschwörung als keine militärische, sondern als eine politische, und nicht als eine Ver-schwörung der Fraktion gegen den Absolutismus, sondern als eine Verschwörung des Absolutismus gegen die Vertreter der Arbeiter-klasse.

Wir beide Unterzeichneten waren Mitglieder des Komitees der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma. Und wir be-haupten auf das Entschiedenste, daß kein einziges Mal während der Tätigkeit unserer Fraktion, weder in ihrem Komitee noch in den allgemeinen Sitzungen, die Frage der Veranstellung dieser militärischen Verschwörung weder gestellt noch diskutiert wurde. Diese Frage konnte auch nicht von den sozialdemokratischen Depu-tierten gestellt werden, weil die sozialdemokratische Partei keine Organisation der „Verschwörung“, sondern eine Klassenorganisa-tion der Arbeitermassen ist, die für ihre ökonomische und politische Befreiung kämpfen. Verschwörungen sind nicht unsere Sache, denn die Sozialdemokratie basiert alle ihre programmatischen und tatsächlichen Grundzüge auf der Selbstständigkeit der Arbeiterklasse, indem sie durch die Zwischenstufe der demokratischen Staatsordnung den Sozialismus anstrebt. Verschwörungen, das ist Sache jener, die am 8. Juni 1907 die Volksmassen gewalttätig ihrer politischen Rechte beraubten und sie einer Handvoll Räuber ausliefern.

Also wiebehalten wir, die Frage, die als Grundlage für die Inzenerierung eines Prozesses unserer Fraktion diente, von uns weder gestellt noch diskutiert wurde und es auch nicht werden konnte.

Bei der Besprechung des Berichts über die Ablehnung der Interpellation, oder bei einer anderen entsprechenden Gelegenheit, beauftragt Genossen, diese unsere Erklärung von der Dumatribüne

Mit Gruß die gewesenen Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion der 2. Duma. G. Belosoff, G. Alexinsky.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. März 1912.

Noch immer Reichsamt des Innern.

Aus dem Reichstag, 22. März. Wieder zieht ein langer Reigen von Rednern vorbei, von allen Parteien, von allen Temperamenten, von allen Stimmgebungen — und immer noch wird das Reichsamt des Innern behandelt. Und wieder sind es wichtige soziale Fragen, die neben Kindereien wie das „wandernde Geheimnis“ des Antifemiten Berner-Giechen zur Debatte stehen. Genosse Legien geißelte die Verwendung einer übermäßig großen Zahl von Aus-ländern beim Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals und wies auf die Steigerung der Unfallziffer hin. Genosse Haupt nagelte den Unfug der Abonnement-berücksichtigung fest und wurde dabei ungeschadet dessen, daß die Zentrumsprelle diesen Unfug kräftig mitmacht, von dem Zentrumsführer Dr. Marcour unterstützt. Genosse Büchner beschäftigte sich in einer groß angelegten Rede mit der Säug-lingssterblichkeit, in der Deutschland leider neben Rußland den Rekord unter allen europäischen Ländern hält, und gegen Ende der Sitzung rollte Genosse Kosrichter die Be-deutung der Wohnungsfrage auf und verlangte ein Reichs-wohnungsgesetz.

Außerdem sprachen zu den verschiedenen Titeln noch die Herren Graf Westarp (L.), Arendt (H.), Paasche (natl.), der warme Worte des Lobes für die nationale Befestigung des Genosse Büchner fand, Reinath (natl.), Leyn (Sp.) und verschiedene andere. — Die zu der Titeln verlegten Re-solutionen betr. Abonnementversicherung, Bekämpfung der Tuberkulose uim. wurden angenommen.

Heute 11 Uhr Weiterberatung des Reichsamts des Innern.

Der Unterrichtsminister als Büttel der Polizei.

Das Abgeordnetenhaus hielt am Freitag eine Dauer-sitzung ab, in der zunächst die Generaldebatte über das Elementarunter-richtswesen beendet wurde. Bemerkenswert war die Schärfe, mit der sich der Nationalliberal Dr. v. Campé gegen den Abg. Hof vom Zentrum wandte. Freilich wäre es verfehlt, daraus etwa auf eine Linkswendung der Nationalliberalen in Schulfragen schließen zu wollen, die Schärfe war vielmehr ein Echo auf die maßlos überhebende Art, in der Herr Hof einen Mann wie Badenberg abgefanzelt hatte. Den Sozialdemokraten, die das Bedürfnis fühlten, auf die Provokationen des Abg. Hof vom Tage vorher zu erwidern, schmitt die Mehrheit — darunter auch das gesamte Zen-trum; — wieder einmal das Wort ab!

Recht lebhaft ging es beim Kapitel „Schulaufsicht“ zu. In ihrem Bestreben, die Etatsberatung möglichst zu beschleunigen, waren die Mehrheitsparteien dahin übereingekommen, die sozial-demokratischen Anträge auf Einführung des Verwaltungsstreitver-fahrens gegenüber den Zwangsverfügungen der Schulaufsichtsbehörden und auf Aufhebung der Zwangsverfügungen wegen Erteilung von gewerbdemäßigem Unterricht, ohne Erörterung der Unterrichts-kommission zu überweisen. Hierfür stimmten auch die Sozialdemo-kraten, nachdem sie sich vorher vergewissert hatten, daß es ihnen trotzdem erlaubt sei, das zur Begründung ihrer Anträge erforder-liche Material vorzutragen. Dieser Aufgabe unterzog sich Lieb-necht in einer einkündigen Rede, die eine fulminante Anklage gegen die preussische Unterrichtsverwaltung, das „verwahrloste preussische Ministerium“ bedeutet. Die Bestrebungen des Mini-steriums, die Volksschule zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, freispierte unser Redner nicht minder scharf, wie den mit ungesch-lichen Mitteln geführten Kampf gegen die Erteilung von Turn- und Gefangenenunterricht an die Arbeiterjugend. In jedem parlamentarisch regierten Lande würde ein Minister, der sich über die Gesetze und über Entscheidungen höchster Gerichtshöfe hinwegsetzt, unmöglich sein. Ein preussischer Kultusminister aber darf es getrost wagen, Reichsgerichtsurteile, die ihm aus politischen Gründen unbenquem sind, zu mißachten; weiß er doch, daß die sogenannte Volkvertretung ihn deshalb nicht nur nicht tadelt, sondern daß sie in ihrer großen Mehrheit den Rechtsbruch billigt. Mit Recht betonte Liebnecht, daß die Verwaltung nur aus Vereingemessenheit und Geschäftigkeit handelt, eine Bemerkung, die trotz des Ordnungsrufs, die sie ihm einbrachte, durchaus berechtigt ist. Man darf eben im preussischen Dreiklassenparlament die Wahrheit nicht sagen.

Geradezu lässlich war die Art, wie der Minister sich verteidigte. Einigen persönlichen Ausfällen gegen Liebnecht folgte ein Rechtfertigungsversuch, durch den sich der Minister in Wirklichkeit nur noch mehr hineinredete und in Form einer Selbstbeschuldigung den schlüssigen Beweis dafür erbrachte, daß ihm der Rechtsstandpunkt gleichgültig ist. Liebnecht wollte erwidern, aber ein Schluss-antrag hinderte ihn daran.

Bei einigen weiteren Staatsreden gab es wieder die üblichen Angriffe auf die Sozialdemokratie. Graf Strachwitz (Zentr.) verlas eine Rede über die „blutige“ Revolution, zu der Noth und die Bewegung im Ruhrgebiet Vorbereitungen gewesen seien, und machte die Schulverwaltung wegen ihres nicht entschiedenen genug geführten Kampfes gegen die Sozialdemokratie für das „Blutbad“ verantwortlich, das unsere Genossen nach Ansicht dieses gräßlichen Scharfmachers anzurichten im Begriff sind. Der Minister nahm diese Rede ernst und verteidigte sich gegen den Vorwurf mangelhafter Sozialistenbekämpfung. Vielleicht nahm er sie auch nicht ernst, sondern erwiderte nur, weil der Unfug aus gräßlichem Munde stammt.

Bei dem Kapitel „Kreischulinspektoren“ wiederholte Abg. v. Wönera (freil.) mit etwas anderen, aber nicht kühneren Worten, was sein gräßlicher Freund vom Zentrum geschwätzt hatte. Fast scheint es, als ob beiden ihre Reden von ein und derselben Stelle geliefert werden. Natürlich gelangte der in Vereingemessenheit gehaltene Schlußantrag zur Annahme, bevor ein Sozialdemokrat die Stellung seiner Freunde zur Frage der Schulinspektion darlegen konnte. Die Mehrheit des Hauses steht in der Sache selbst auf einem reaktionären Standpunkt, sie lehnte einen Antrag der Fortschrittler auf Befestigung der geistlichen Ortschulinspektion ab; dagegen wurde ein freikonserverativer Antrag, der aus nationalen, schultechnischen oder schulwirtschaftlichen Gründen Kreischulinspektoren im Hauptamt verlangt, der Budgetkommission überwiesen.

Sonnabend: Fortsetzung der Beratung des Kultusetats.

Bayern und die Erbschaftsteuerfrage.

In der heutigen Sitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten ergriff der neue liberale Ministerpräsident Freiherr von Hertling das Wort, um in längerer Ausführung auf eine Anfrage des Abgeordneten Caselmann, des Führers der Liberalen, zu antworten, der Auskunft über die Stellung des bayerischen Ministeriums zur Erbschaftsteuerfrage gefordert hatte. Ministerpräsident von Hertling er-klärte nach telegraphischer Meldung aus München:

Dr. Cosselmann hat gewünscht, ich möchte mit voller Offenheit sagen, wie es kürzlich in Berlin zugegangen, und welche Stellung die bayerische Regierung zur Frage der Erbschaftsteuer eingenommen hat. Ich komme diesen Wünschen mit um so größerer Bereitwilligkeit nach, als mir daran liegt, den Gerüchten mit voller Klarheit entgegenzutreten, die seit acht Tagen durch die Blätter lauten. Es ist nicht so, daß ich als Triumphtor heimgekehrt bin (Heiterkeit). Es ist nicht so, daß ich den Sieg über Bethmann Hollweg davongetragen habe, es ist nicht so, daß mein Schatz Herrn Bermuth getötet hat. Die Sache liegt ganz anders. Ich berufe mich zum Teil auf die Norddeutsche Allgemeine Zeitung und will die Ausführungen des Blattes noch ergänzen. Die Verhandlungen im Bundesrat sollten einen durchaus vertraulichen Charakter haben. Das war unsere Absicht, als wir am Abend auseinandergingen. Am anderen Tage kam dann das Entlassungsgesuch des Herrn Bermuth. Da war es nicht mehr möglich, vollkommenes Schweigen zu beobachten; denn nun hatte die öffentliche Meinung Grund, sich aufzuregen. Die Situation war die: Man war im Bundesrat einstimmig der Ansicht, daß die Einbringung der früheren Erbschaftsteuer zur Deckung der Wehrvorlagen mit Rücksicht auf die Stellung der Sozialdemokratie zur Wehrvorlage ein politischer Fehler sein würde und keinen Erfolg haben würde. Das war die Stellung der Reichsleitung und zu dieser Stellung der Reichsleitung haben sich die Bundesstaaten bekannt. Die Erbschaftsteuer von 1900 stand jetzt gar nicht mehr zur Diskussion. Ich war also gar nicht mehr in der Lage, die Erbschaftsteuer zu bekämpfen; denn sie war nicht vorgeschlagen, ebenso wie einige andere Regierungen ihre Stellungnahme allgemein dahin präzisierten, daß sie der früher eingebrachten Erbschaftsteuer, wenn die politische Lage es gestattete, auch jetzt zustimmen würden. Neulich habe auch ich mich ausgesprochen. Ich kann jetzt an der Stellung, die ich früher persönlich zu der Erbschaftsteuer eingenommen habe, nicht mehr festhalten, nachdem die bayerische Regierung die Steuer im Jahre 1909 konzediert hat. (Bravo! links.) Wenn die Erbschaftsteuer zur Diskussion gekommen wäre, so würde sie an dem Widerspruch Bayerns nicht gescheitert sein.

Es fragte sich also, welche andere Einnahmequellen zu öffnen seien, und man konnte zweifeln, ob es für die Jahre 1912 und 1913 möglich sein würde, neue Einnahmequellen zu öffnen. Es fehlten uns immer noch ausreichende zahlenmäßige Unterlagen. Es ist bekannt geworden, daß die ursprünglichen 80 Millionen, dann auf 120 Millionen taxierten Ueberschüsse des vorigen Etatsjahres jetzt schon auf 220 Millionen angeheben würden. (Hört! hört!) Man konnte die Frage erheben, ob sich die Ueberschüsse nicht doch als bedeutender herausstellen, und man mußte der Meinung sein, daß die Aufstellung des Etats korrekturfähig, und daß es infolgedessen nicht nötig sein würde, schon jetzt neue Einnahmequellen zur Deckung der Wehrvorlage zu öffnen. Die bayerischen Vertreter haben eine durchaus referenzierte Stellung eingenommen und sich dahin ausgesprochen, daß, wenn die Reserven aus den Ueberschüssen nicht ausreichten, wir natürlich dazu übergehen müßten, neue Einnahmequellen zu befürworten.

Der Vorschlag, für diesen Fall die Abschaffung der sogenannten Liebesgabe ins Auge zu fassen, ist nicht von Bayern ausgegangen, sondern von einer norddeutschen Regierung, und dieser Vorschlag ist von zwei anderen Regierungen unterstützt worden. Wir bayerischen Vertreter haben gesagt, daß wir wohl auf diesen Boden treten könnten, vorausgesetzt, daß die Sonderrechte der süddeutschen Staaten intakt bleiben würden. (Bravo! im Zentrum.) Es war im Bundesrat, als man sich über die Möglichkeit einigte, auf diesem Wege die notwendigen Mittel zu beschaffen, die Meinung maßgebend, daß man durch Aufhebung der Liebesgabe eine alte von liberaler Seite erhobene Forderung erfüllen werde.

Danach hat also Herr von Bethmann Hollweg die definitive Stellungnahme der Regierungen der deutschen Bundesstaaten zu den Vermuthlichen Vorschlägen gar nicht abgewartet, sondern in demütiger Anerkennung seiner gottgegebenen Abhängigkeit von den konservativen und clerikalen schon vorher die ausgearbeiteten Steuerpläne zurückgezogen. Ein prächtiger, folgsamer Kommissar jener dienstbesessenen Sorte, die ihre Qualitätsmängel durch schmeichele Unterwürfigkeit auszugleichen sucht.

Eine Erklärung des sächsischen Finanzministers.

Wie das bayrische, hat sich auch das sächsische Ministerium heute veranlaßt gefühlt, seine Stellung zur Erbschaftsteuerfrage darzulegen. Nach telegraphischer Meldung aus Dresden gab in der zweiten Kammer der Finanzminister v. Seydewitz außerhalb der Tagesordnung folgende Erklärung ab:

In der vorgestrigen Sitzung dieses hohen Hauses habe ich auf eine an die Staatsregierung gerichtete Anfrage die Erklärung abgegeben, daß die sächsische Regierung bei der Ministerkonferenz in Berlin am 14. d. Mts. sich dafür ausgesprochen hat, zur teilweisen Deckung der Wehrvorlagen auf die Erbschaftsteuer zurückzukommen. In dieser Erklärung und einer Veröffentlichung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung hat ein Teil der sächsischen Presse einen Widerspruch erblicken zu müssen geglaubt. Dieser Widerspruch besteht nicht. Sachsen hat sich nicht nur bei der Vorberatung, sondern auch in der Ministerkonferenz am 14. d. Mts. auf den Standpunkt gestellt, daß für die Kosten der Wehrvorlagen, soweit sie nicht aus vorhandenen Staatsmitteln bestritten werden können, in der Erbschaftsteuer Deckung zu suchen ist. Die sächsische Regierung hat sich aber gegen eine Veräußerung der Reichserbschaftsteuer mit den einzelstaatlichen Vermögenssteuern ausgesprochen, weil auf diese Weise eine gleichmäßige Einführung dieser Steuer im ganzen Gebiet des Reiches nicht zu erreichen gewesen wäre. Nach eingehenden Beratungen hat sich indessen die sächsische Regierung den Bedenken nicht verschließen können, welche gegen die Einbringung der Erbschaftsteuer im jetzigen Moment geltend gemacht wurden, und sie hat bei dieser Sachlage in Ermangelung eines besseren Auswegs dem von anderer Seite gemachten Vorschlag zugestimmt, daß zur Beschaffung der erforderlichen Mittel der Wegfall der sogenannten Liebesgabe herangezogen werde.

Das Staatsnotgesetz

Es liegt dem Reichstag zugegangen. Es ermächtigt im § 1 den Reichskanzler ganz allgemein, bis zur gesetzlichen Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1912 alle Ausgaben zu leisten, die zur Erhaltung gesetzlich bestehender Einrichtungen und zur Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen erforderlich sind, ferner die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Reiches zu erfüllen und endlich Voten, für die durch den Etat eines Jahres bereits Bewilligungen festgefunden haben, fortzusetzen. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß das Staatsnotgesetz in doppelter Hinsicht von der bisherigen Übung abweicht. Das Notgesetz hat sich bisher auf zwei Monate erstreckt. Diese Frist hat sich aber unter Umständen als zu kurz erwiesen und steht auch mit den tatsächlichen Verhältnissen in Widerspruch. Sodann

haben die Notgesetze bisher eine große Zahl von Einzelbestimmungen enthalten. Es erschien zweckmäßig, statt dessen den Reichskanzler allgemein zur Fortführung der Verwaltung auf der bestehenden Grundlage zu ermächtigen. Neben dem Staatsnotgesetz für das Reich ist auch ein Notgesetz für die Schutzgebiete aus dem gleichen Grunde und in derselben Art dem Reichstag zugegangen.

Geheime und direkte Wahl.

Am Abgeordnetenhause hat Abg. Dr. Friedberg mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion folgenden Wahlsatz antrag eingebracht: Die königliche Staatsregierung wird ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher für die Wahlen zum Abgeordnetenhause — unter Beibehaltung des Systems eines abgestuften, plurafraktischen Anwachsens vermeindlichen Wahlrechts und unter Beibehaltung der Bestimmungen des Gesetzes vom 29. Juni 1893, die den Grundlag der Bemessung des Wahlrechts nach der Steuerleistung im Gemeindebezirk verlegen — die geheime Stimmabgabe und die direkte Wahl einführt.

Der Seniorenkonvent des Reichstages

beschäftigte sich am Freitag abends mit dem Erlaß der freikonservativen Partei, zu den Beratungen des Seniorenkonvents zugelassen zu werden, nachdem zwei Abgeordnete sich der Fraktion haben zugesellen lassen. Die Herren Wasser mann und Gröber, erstatteten Bericht über die Prüfung der Frage in den Akten des Reichstages. Danach sind allerdings Abweichungen von der Regel seit 1893 bis 1906 vorgekommen. Auf diese Ausnahme berufen sich die Freikonservativen. Der Seniorenkonvent konnte sich nicht entscheiden, eine neue Ausnahme zu machen. Da die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages mit einer Revision der Geschäftsordnung beschäftigt ist, wünscht der Seniorenkonvent, daß die Geschäftsordnungs-Kommission die Frage, wieviel Mitglieder des Hauses eine Fraktion bilden können, vorwegnehme, und dann als Teilbericht eventuell zunächst dem Seniorenkonvent und dann dem Plenum unterbreiten solle. Nach den Entscheidungen der Geschäftsordnungs-Kommission wird dann die Frage, ob die Freikonservativen eine Fraktion bilden, in dem beabsichtigten Sinne entschieden werden.

Dann machte der Präsident die Mitteilung, daß auf die Tagesordnung morgen (Sonntag) die Zuerstkonvention mit Belgien und das Notgesetz zum Etat, da der Etat nicht zur rechten Zeit fertig wird, gebracht werden. Von der Zuerstkonvention sowie vom Notgesetz soll eventuell die zweite Lesung am morgigen Tage vorgenommen werden. Der Seniorenkonvent hält daran fest, daß die Osterferien am 29. März beginnen sollen. Die Ferien laufen bis zum 18. April. Bis zu den Ferien wird der Etat des Reichsamts des Innern, der Postetat und die Reichsdruckerei, wenn möglich, erledigt werden.

Junkerlicher Terrorismus.

In den Orten Deersheim und Verfel im Wahlkreis Holzkirchen-Berningerode hielt der Abgeordnete des Reiches, Genosse Brandes, dieser Tage zwei Versammlungen ab. In den beiden Orten dominierten zwei Herren v. Gustedt, die in ihrem konservativen Selbstbewußtsein natürlich glauben, daß sich niemand ihrem Willen und ihren Wünschen widersetzen darf. Der eine der Herren ist in Deersheim Amtsvorsteher. Als er von der geplanten Versammlung der Roten erfuhr, hängte er in den amtlichen Ausschüßelassen folgende Bekanntmachung:

„Warnung an die auf dem hiesigen Rittergut in Arbeit stehenden Leute!

An der politischen Versammlung der Linkspartei im Januar hieselbst haben sich mehrere Angestellte des Ritterguts beteiligt und haben dadurch bewiesen, daß sie Anhänger des Linkstums sind (!) oder doch wenigstens ein Interesse an dieser Bewegung haben.

Dasselbe wird von denjenigen angenommen, die sich an weiter hier stattfindenden derartigen aufrührerischen Versammlungen beteiligen, und es wird daher eindringlich gewarnt, solche Versammlungen zu besuchen. Mißthäter dieser Warnung haben sich die Folgen ihrer Handlungsweise selbst zuzuschreiben. Die Verwaltung des Ritterguts Deersheim.“

Welcher Art die angebrochten Folgen sind oder sein würden, ist natürlich niemandem zweifelhaft. In dem anderen Orte war man noch offener; dort erparste man den Leuten das Raaddenken und schätzte kurz und bündig: Wer zur Versammlung geht, braucht am Montag nicht mehr zur Arbeit zu kommen.

Alle Erzählungen über konservativen Terrorismus sind aber selbstverständlich nach wie vor in das Reich der Fabel zu verweisen!

Ein Beispiel zur Nachahmung.

Unter vieler Ueberschrift schreibt das dänische orthodoxe „Kristelig Dagblad“: „Ein Beispiel zur Nachahmung ist von den Sozialdemokraten im Deutschen Reichstage gegeben worden. Unter der Verhandlung über den dem Reichstage vorgelagten Gesetzentwurf über das Staatsbürgerrecht hatte O. P. Hansen, wie früher erwähnt, gegen die Verfolgungen, denen die Heimatlosen in Nord-Schleswig von Seiten der Behörden ausgesetzt sind, eine kräftige Einsprache erhoben. Seine eingehende Darstellung des Unrechts, das dabei friedlichen Bürgern immer wieder zugefügt wird, und die Beispiele, die er aufzählte, erregten, wie seine Rede überhaupt, ein nicht geringes Aufsehen. Unter dem Einbrunde dieser Rede haben die Sozialdemokraten im Reichstage einstimmig beschlossen, Hansen einen Sitz in der zur Beratung des Gesetzentwurfes gebildeten Kommission anzubieten, ohne Rücksicht darauf, daß Hansen sonst nicht zu ihrer Partei gehört, und O. P. Hansen hat das Anerbieten angenommen und ist in die Kommission eingetreten, wo er also jetzt eine erwünschte Gelegenheit bekommen wird, das begangene Unrecht näher zu beleuchten. Dieser Jun. gereicht den deutschen Sozialdemokraten zur Ehre und legt dafür ein Zeugnis ab, daß sie einen weiteren Horizont haben, als es sonst bei politischen Parteien der Fall zu sein pflegt. Ob wohl etwas Ähnliches z. B. im dänischen Reichstage denkbar wäre?“

Der Prozeß gegen die „Jenneffe Lorraine“.

In Metz begann heute vormittag vor der Strafkammer die auf zwei Tage bemessene Verhandlung wegen Tötung des Hoboiten-Serganten Raasch vom hiesigen Infanterie-Regiment Nr. 136, der in der Nacht vom 11. Dezember v. J. durch ein Mitglied der inzwischen aufgelösten „Jenneffe Lorraine“ auf der Straße erschossen wurde. Der Täter, der neunzehnjährige Schreiber Ludwig Martin, gestand nach anfänglichem Leugnen, den Schlag abgegeben zu haben, jedoch ohne die Absicht, zu töten; er habe lediglich einen Schreckschlag abgegeben. Die Anklage lautet gegen Martin, die beiden Samain, den Geschäftsführer Karl Benz und den Elektriker Bäß, der sich in Begleitung des Raasch befand, auf Beteiligung an einer Schlägerei, in die sie nicht ohne ihr Verschulden hineingezogen wurden und durch die der Tod des Raasch verursacht wurde (§ 227 des Strafgesetzbuchs), ferner gegen Martin auf Tragen einer gefährlichen Waffe und fahrlässige Tötung des Raasch und gegen die beiden Samain sowie gegen Benz auf gemeinschaftliche vorsätzliche körperliche Mißhandlung des mit ihnen angeklagten Bäß.

Frankreich.

Wahlreform-Auferstehung?

Paris, 19. März. (Fig. Ver.) Die Wahlreform, die in der vorigen Woche in den letzten Zügen zu liegen schien, hat sich gestern plötzlich erhoben und einige große Schritte vorwärts gemacht. Die Artikel 21 bis 23, die die Aufstellung der Mandate und Stimmreste mittels einer Kombination der

„Brämie“ für die absolute Mehrheit, der departementalen „Appartements“ sowie der regionalen Zusammenrechnung regeln, wurden mit rund 280 gegen rund 140 Stimmen angenommen. Die Minderheit wäre noch etwas größer gewesen, wenn nicht einige Reformgegner dabei ertrabt worden wären, als sie auf den Vätern der Proportionalisten Abstimmungskarten schiebten. Aber sie müßte genügen, um das Gesetz umzubringen, wenn die Regierung dabei bliebe, es nur mit einer „republikanischen“ — d. h. „radikalen“ Mehrheit anzunehmen. Gestern ging sie indes plötzlich wieder mit der wirklichen Mehrheit, die sie in der vorigen Woche verlor, hatte. Man kann nicht sagen, daß die Situation dadurch klarer geworden ist. Sicher kann die Regierung jetzt das ganze Gesetz in der Deputiertenkammer durchdrücken, wenn sie will, und daß der Senat es werfen sollte, erklärt heute sogar die „Lanterne“ für eine kindische Annahme. Aber es ist auch klar, daß das Ministerium, wenn es sich die Radikalen zu Feinden macht, überhaupt keine Mehrheit hat und bei der nächsten Schwierigkeit zu Falle gebracht werden wird. General Breton kommandiert: Pardon wird nicht gegeben.

England.

Ein Tendenzurteil.

London, 22. März. Der Journalist Guy Bowman ist zu neuen Monaten und die Drucker Gebrüder Buck sind zu je sechs Monaten Zuchthaus verurteilt worden, weil sie in der Zeitung „Syndicalist“ einen offenen Brief an die britischen Soldaten publiziert hatten, in welchem diese aufgefordert werden, nicht auf die Streikenden zu schießen, wenn es ihnen befohlen wird.

Das Urteil ist für englische Verhältnisse wenigstens der neueren Zeit unerhört. Es zeigt, daß die englische Bourgeoisie und ihre Justiz genau wie die kontinentale das Prinzip der Pressefreiheit wie alle anderen Prinzipien in den Wind schlägt, sobald sie ihre Klasseninteressen gefährden.

Schweden.

Ein Minister gegen die Flottenagitation.

Der Kultusminister Fridolf Berg beantwortete am Dienstag in der zweiten Kammer die von unserem Genossen Branting eingebrachte Interpellation gegen die vom „Vangerbootsverein“ in die Schulen getragene Agitation und Geldsammlung für das neue Kriegsschiff, dessen Bau die Regierung vorläufig verhindert hat. Der Minister hatte im ganzen Lande bei den Schulbehörden Umfragen veranstaltet, wie weit das Uebel um sich gegriffen hat. Dabei stellte sich allerdings heraus, daß es nur wenige Schulen und höhere Lehranstalten sind, in denen auf Anregung oder unter Mitwirkung der Lehrer Sammlungen veranstaltet, oder eine derartige Agitation betrieben wurde. Der Minister erklärte entschieden, daß die Hineinziehung politischer Streitfragen in die Schulen auf keinen Fall als zulässig angesehen werden könne. Schatz wandle er sich auch gegen die von dem Forschungreisenden Sven Hedin herausgegebene Schrift „Ein Warnungswort“, die in einigen Schulen als Lesestoff benutzt worden ist, die aber tatsächlich eine parteipolitische Streitschrift darstellt, welche nach Meinung des Ministers im hohen Grade geeignet ist, Verheerung und Verbitterung zu erzeugen, zumal Hedin in dieser Schrift politisch anders denkende Leute beschimpft und die demokratische Entwicklung der letzten Jahre zu verspotten sucht. — Nach dem Minister nahm Branting das Wort und betonte unter anderem, daß die starke Mehrheit des schwedischen Volkes sich mit den vom Minister hervorgerufenen Grundsätzen einverstanden erklären könne.

Persien.

Zu Kreuze gekrochen.

Teheran, 21. März. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die gestern überreichte Antwort der persischen Regierung auf die russisch-englische Note vom 28. Februar erklärt die Annahme des Vorschusses von vier Millionen Mark und der von den zwei Mächten festgesetzten Bedingungen über Verpfändung, Garantie, Kontrolle und Verwendung des Geldes. Die Note erklärt weiter, die persische Regierung werde ihre Politik mit den Prinzipien des Abkommens von 1907 in Einklang bringen, und wechse Kenntnis von den Versicherungen, die in der Einleitung des Abkommens ausgesprochen sind. Nachdem der frühere Schah und dessen Bruder Persien verlassen hätten, sollen die Russen aufgestellt und die anderen irregulären Truppen allmählich ausgebildet und in die reguläre Armee aufgenommen werden. Die Organisation einer brauchbaren, den Bedürfnissen des Landes entsprechenden Armee werde den Hauptpunkt des Programms des Kabinetts bilden. Ueber die militärische Organisation werden die beiden Gesandtschaften in freundschaftlichem Meinungsaustausch in Kenntnis gesetzt werden. Ueber Mohammed Ali ist ein Abkommen zustande gekommen, das den Gegenstand einer besonderen Note bildet. Nach diesem Beweis ihrer guten Absichten erhofft die persische Regierung die Unterstützung der beiden Mächte bei der Annahme der für die Reformen nötigen Anleihe und bei der baldmöglichsten Räumung persischen Gebiets von fremden Truppen.

Türkei.

Aus der Fegentüche des Wahlkampfes.

Genosse Parvus schreibt uns aus Konstantinopel: Das „Komitee“, oder die Regierung — das ist jetzt gleich — Scheitert kein Mittel, um sich eine Majorität zu sichern. Die Voten, die nicht wagen, anderer Meinung zu sein als die Regierung, die einfach indifferenter bleiben, die es unterlassen, für die Regierungspartei Schleppeidienste zu leisten, werden vom Dienste gejagt. Nachdem man einige Oppositionsführer ins Gefängnis geworfen, andere zum Militärdienst eingezogen hat, fährt man mit der Konfiskation oppositioneller Zeitungen fort und verbietet die oppositionellen Versammlungen. Man scheut aber auch vor Mitteln nicht zurück, die das Gesetz direkt verletzen. So wurde Genosse D. Blachoff, als er in einer Provinzstadt Ragadoniens eine Wählerversammlung abhalten wollte, am Bahnhof von einem halben Duzend notorischer Strolche angehalten, die, auf ihre Knäpfe hinweisend, „im Namen der Bevölkerung“ ihn hüten umgesehen. Das geschah am helllichten Tage angesichts der Polizei, die den müßigen Zuschauer spielte. Genosse D. Blachoff wandte sich an den Samakam — vruhisch: Landrat — doch dieser zuckte bloß die Achseln. Kein Zweifel, daß die Lumpen, die man, mit Knäpeln bewaffnet, gegen unsere Genossen auftruden ließ, von irgendeiner Seite bezahlt wurden. Obwohl nun allerdings die Versammlung nicht hat abgehalten werden können, so hat doch die Taktik des „Komitees“ diesmal ihren Zweck verfehlt. Denn angesichts dieser Programmtaktik des „Komitees“ bemächtigte sich der Bevölkerung eine tiefe Erbitterung, und ein Prozeß gegen dieses Vorgehen, der an die Regierung gerichtet und in die Presse gegeben wurde, fand zahlreiche Unterschriften.

Ein anderes vom Komitee beliebtes Mittel, das Wahlschicksal zu forcieren, ist eine neue Einteilung der Wahlbezirke. War schon bei der Einteilung der Wahlkreise mit Gewalt darauf hingearbeitet, türkische Majoritäten nationalen Minderheiten gegenüberzustellen, so werden jetzt bis in die kleinsten Sektoren die tollsten Kombinationen durchgeführt, um Komiteteinheiten zu sichern. Angeföhrt in einem Monat sollen die Wahlen abgeschlossen werden. Wie werden sehen, was aus dieser Fegentüche herauskommt.

Verschärfung des Schnapsboykotts!

Gewerkschaftliches.

Sie mögen froh sein, daß Sie das Leben haben!

Herr Adam Stegerwald, Generalsekretär der Christlichen, hat in der letzten Zeit verschiedentlich über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen Kämpfen gesprochen. Er sagte in seinen Reden u. a.:

Die christlichen Gewerkschaften sind gegründet worden zu dem Zwecke, um den gläubigen katholischen und evangelischen Arbeitern eine Organisation zur Verfolgung ihrer gewerkschaftlichen Interessen zu bieten, in der den einzelnen Mitgliedern keinerlei Anschauungen oder Handlungen im privaten oder öffentlichen Leben, insbesondere auch in Angelegenheiten des wirtschaftlichen Gebietes zugewiesen werden, die unvereinbar sind mit dem Glauben und Sittenlehren der katholischen bzw. evangelischen Kirche, so wie sie in diesen von der zuständigen Autorität gelehrt werden. Auf diesem Boden haben die christlichen Gewerkschaften stets gestanden und werden sie in Zukunft stehen.

Das heißt mit anderen Worten: Die christlichen Gewerkschaften stehen als Organisationen „im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung“ — ganz im Sinne der böhmischen Osterkonferenz. Gleichzeitig stehen sie aber nach den Worten Stegerwalds auch im Einklang mit den Grundsätzen der protestantischen Weltanschauung. Sie stehen also im Einklang mit zwei sich widersprechenden Weltanschauungen! Noch mehr: eine Organisation, die stets im Einklang mit irgendeinem Prinzip bleiben will, muß auf dem Boden dieses Prinzips stehen. Ist es nicht auch der negative Einklang, der lediglich in der Vermeidung von Konflikten besteht, auf die Dauer unmöglich. Demnach müssen also die christlichen Gewerkschaften auf katholischem Boden, gleichzeitig aber auch auf protestantischem Boden stehen, d. h. katholisch und protestantisch zugleich sein.

Die „Kölnener Korrespondenz“ bemerkt zu dieser Falschung Stegerwalds:

Die kirchliche Autorität hat die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften als solche nicht verworfen, und in informierten katholischen Kreisen weiß man auch warum. Aber die christlichen Gewerkschaften sollten sich hüten, daraus eine prinzipielle Billigung des interkonfessionellen Standpunktes herzustellen! Sie sollten sich überhaupt mit der praktischen Arbeit begnügen und das Philosophieren lassen. Besonders sollte Adam Stegerwald bei seinem Reden bleiben und nicht versuchen, eine Position theoretisch zu verteidigen, die nicht haltbar ist! Warum nehmen sich die christlichen Gewerkschaften kein Beispiel an den Vorkämpfern auf dem Gebiete des Zentrumsstreiks? Die Vorkämpfer wissen, daß ihre Idee eines Reformzentrums zusammenbricht, sobald man sie näher betrachtet. Warum lassen sie sich auf prinzipielle Erörterungen wohlweislich nicht ein. Wir raten den Gewerkschaftlern der M.-Gladbacher Schule, es ebenso zu machen. Sie mögen froh sein, daß sie das Leben haben!

Berlin und Umgegend.

Zur Zigarrenarbeiterbewegung in Groß-Berlin. Es ist allgemein bekannt, daß ein Teil der Industrien, deren leichte Beweglichkeit infolge einfacherer Produktionsmethode eine größere Flexibilität als beispielsweise die der Schwerindustrie, diesen Umstand für sich ausnützt, um die Löhne zu „nivellieren“. Den Rekord in dieser Richtung schlägt die Tabakindustrie. Dies macht sich namentlich in Berlin geltend. Wir haben hier am Orte eine ganze Anzahl Großfirmen, die zwar in Berlin noch firmieren, aber wenig oder gar nicht produzieren. Die Löhne sind ihnen zu hoch. Deshalb nimmt man Sod und Bad und trollt sich mit seiner Produktion von dannen. Je weiter, je besser. Nur billig muß man produzieren, billig um jeden Preis! Und werden die Dessen schwierig, so macht man nach Baden oder ins Elsass. Und wollen die Pafewalker auch schon Ansprüche stellen ans Leben, so sieht man es schließlich den Zigarren auch nicht an, wenn man sie in Graudenz herstellen läßt. Wenn man nur bloß aus Berlin fortkommt. Das heißt nicht mit den Läden. Die Läden bringen das Geld. Aber die Käufer werden manchmal schwächer. Sie fragen nach Tariflöhnen, grünen Plakaten usw. Man kümmert sich eben auch um solche Fragen heute. Ja, und was soll denn Herr Kaphun darauf sagen. Der Herr-im-Hause-Standpunkt erkennen diese Leute ja doch nicht an; davon kann man ihnen ja doch nicht reden. Da macht man es eben wie die Gräffner, F. Reumann und die größeren Loeser u. Wolff. Man zieht!

Auf diese Weise glaubt man auch den Unbequemlichkeiten mit der Organisation aus dem Wege gehen zu können. Aber da geht es wie mit dem Smirgel in der plattdeutschen Pöbel. Ueberall, wohin der Unternehmer kommt, kopiert die Organisation an seine Fabriktore. Sie ist „all do“. So ist es auch im Falle Kaphun. Der Konsument ist heute eine Macht geworden, und er wird sie je länger, je mehr ausnützen. Er wird nicht nachlassen, in den schönen Läden mit den obigen dringlichen Fragen aufzuwarten. Und das mögen sich die Loeser u. Wolff, Kaphun, Martenzen usw. gesagt sein lassen. Nach diesen Antworten wird man sich zu rüden wissen.

Arbeiter, Raucher! Fragt in allen Läden, Gastwirtschaften, Kantinen, wo Zigarren verkauft werden, nach den grünen Plakaten, unterschriebenen Alwin Schulze. Beachtet die Liste der tarifizierten und vereinigten Firmen in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“. Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Lohnbewegung der Café-Angestellten.

Die Sperre über das Café Zeitmeyer, Petersburger Straße 91, ist aufgehoben. Der Inhaber, Herr Zeitmeyer, hat die Forderungen der Organisation anerkannt. Verband der Gastwirtsgehilfen. Zweigverein Caféangestellten.

Die Fleischermeister Reußblaus versuchen jetzt ihr Heil mit Entlassungen von organisierten Gesellen, was jedoch wenig hilft, da sie immer wieder organisiert bekommen. Einige Meister sind eifrige Agitatoren für den nationalen gelben Gesellenbund geworden. Besonders ist es der Fleischermeister Herrmann Wilhelm, Friedelstraße 23, der sich der gelben Bewegung sehr annimmt. Als er seinen organisierten Gesellen entließ, war dessen Verbandsbuch auf sonderbare Weise abhanden gekommen. Dem Verbandsvertreter, der in dieser eigenartigen Sache um Auskunft dorthin, wurde die Tür gewiesen und ihm mit dem Hausfriedensbruchsparagrafen gedroht. Die Innungsführer haben alle Hände voll zu tun, um die Meister, die einsehen, daß es besser ist, zu bewilligen, als es zu erntieren Konflikten kommen zu lassen, von diesem Vorhaben abzuhalten. Viele Meister, die von der Kundschaft getragt werden, warum sie noch nicht bewilligt haben, erklären, um die Kundschaft zu täuschen, die Bewegung sei abgebrochen. Das ist jedoch unahr. Es wird den meisten im Laufe der Zeit weiter nichts übrig bleiben, als Farbe zu bekennen.

Deutsches Reich.

Die Differenzen in Singers Nähmaschinenfabrik zu Wittenberge.

Aus Eigenfönn über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße gesetzt zu haben, kannte sich die Direktion der bekannten Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Wlad, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

Singer-Nähmaschinenfabrik in Wittenberge rühmen. Seit dem 9. März streiken, wie bereits berichtet, 40 Maschinenformer. Aus Anlaß dieses Streiks hat die Direktion fast sämtliche Arbeiter des Betriebes entlassen. Obgleich die Direktion den ausgesperrten Arbeitern erklärt hat, daß sie nicht wisse, weshalb die Maschinenformer nicht zur Arbeit gekommen sind, weiß die Direktion jede Verhandlung zur Aufklärung über die Ursachen der entstandenen Differenzen schroff zurück. Die Maschinenformer hatten eine Bedingung der Direktion, wonach eine Erhöhung des Akkordpreises bei einer bestimmten Arbeit erst gezahlt werden soll, wenn eine von der Direktion festgesetzte Leistung bewirkt ist, nicht anerkennen wollen. Dem Sichermeister wurde durch eine Kommission Kenntnis von dem Beschluß der Arbeiter gegeben. Als auf Befragen der Arbeiter durch den Meister, ob sie mit den von der Direktion gestellten Bedingungen zufrieden seien, diese es verneinten, wurden sie entlassen. Die Direktion ließ sich auf keinerlei Verhandlungen ein. Den ausgesperrten wurde der Rat erteilt, sie mögen auf die Maschinenformer einwirken, damit sie die Arbeit wieder aufnehmen. Die hinausgeworfenen Maschinenformer erklärten sich in einer Versammlung, an der auch der Sichermeister teilnahm, bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn der erhöhte Akkordpreis auch dann gezahlt wird, wenn sie ohne eigenes Verschulden die von der Direktion gestellten Bedingungen nicht erfüllen können. Der Sichermeister erklärte, daß es in seiner Hand liege, von Fall zu Fall zu entscheiden, die Direktion bestimme nicht unbedingt auf der Erfüllung der bedingten Leistung; die Arbeiter sollten sich im Laufe der nächsten Tage wieder zur Arbeit melden. Als die Arbeiter dies am anderen Tage taten, erklärte der Sichermeister: Sie haben mit zum zweiten Male die Arbeit verweigert, jetzt wird niemand mehr eingestellt. Die Direktion war auch jetzt wieder nicht für die Arbeiter zu sprechen und ließ der Arbeiterkommission sagen, daß sie sich auf keinerlei Verhandlungen einlasse. Auch dieser Vorgang ist der Direktion genau bekannt. Trotz alledem erklärt der erste Direktor, er wisse nicht, aus welchem Grunde die Arbeiter die Arbeit eingestellt haben, er müsse wegen Mangel an Material in den einzelnen Abteilungen den Betrieb schließen.

Erste Differenzen im Töpfergewerbe.

Im Breslauer Töpfergewerbe sind erste Differenzen ausgebrochen. Hier haben die Ofensetzer und Ofenformer am 1. Januar d. J. ihre am 1. April ablaufenden Lohnverträge gekündigt und den Unternehmern eine neue verbesserte Tarifvorlage überreicht. Die Unternehmer machten aber weder im Januar noch im Februar Wien, sich der Gehilfenkommission gegenüber irgendwie über die eingereichte Vorlage zu äußern. Vielmehr bearbeiteten sie die Offentlichkeit in dem Sinne, daß ein Töpferstreik zum 1. April ausbrechen werde, und sie veranlaßten den Vorstand des Racheofenfabrikantenverbandes, schon unterm 5. Februar an seine Mitglieder ein Geheimzirkular abzugeben, worin vor allem vor Einstellung von Breslauer und Schweidnitzer Töpfern — auch hier stehen die Töpfer in einer Lohnbewegung — so lange gewarnt wurde, bis die Bewegung in diesen Orten beendet sei. Es war den Unternehmern Breslaus darum zu tun, ihre Frühjahrsbauten möglichst schnell fertig zu stellen, was sie durch möglichst Verschleppung der Tariffrage zu erreichen hofften.

Nummehr ist die Bewegung der Breslauer Töpfer durch ein anderes Ereignis plötzlich in Fluß gekommen. Die gleichfalls im Töpfergewerbe organisierten Töpferhilfsarbeiter in Breslau setzen ohne jeglichen Tarifvertrag da, sie werden ganz nach Willfür entlohnt und zeigen nunmehr das berechtigete Verlangen nach einem Tarifvertrag. Sie arbeiteten eine Vorlage mit 45 Pf. Mindeststundenlohn aus und sandten diese den Unternehmern zu. Diese lehnten aber die Vorlage brüsk ab und schlugen auch jedwede Verhandlung mit den Töpferhilfsarbeitern aus. Ja, deren Organisation wurde von den Breslauer Unternehmern überhaupt nicht anerkannt.

Die Folge dieses rigorosen Vorgehens der Breslauer Töpfermeister war selbstverständlich die Proklamierung des Generalstreiks der Töpferhilfsarbeiter. Und nun erklärten sich die Ofensetzer Breslaus solidarisch und beschloßen, sich von unorganisierten Arbeitervilligen auf den Beuten nicht bedienen zu lassen, womit der Solidaritätsstreik der Ofensetzer perfekt wurde.

Dies geht nun den Breslauer Töpferunternehmern wider den Streik, und sie nennen die Solidaritätskundgebung der Ofensetzer einen „Tarifbruch“. Weiter sehen sie die Unternehmerverbände des Töpfergewerbes (den Racheofenfabrikantenverband und den Verband der Töpfer- und Ofensetzermeister Deutschlands) in Bewegung, und der letztgenannte Unternehmerbund hat auch bereits an die Breslauer Lohnkommission der Töpfer die Aufforderung gerichtet, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, da ihr Vorgehen „Tarifbruch“ sei.

Wie fein doch das Unternehmertum zu unterscheiden weiß, wenn es sich um das Unternehmertum handelt! Als im Jahre 1906 in Breslau die Töpfer wegen Lohnaufbesserung im Streik standen, da tiefen dieselben Breslauer Unternehmer, die heute über „Tarifbruch der Gehilfen“ zetern, den Ofenfabrikantenverband um Hilfe an, und dieser sperrte in 47 Orten Deutschlands die Töpfer in den Ofenfabriken aus, obwohl alle diese Orte über abgeschlossene Lohnverträge verfügten. Das fanden die Breslauer Unternehmer ganz in der Ordnung, und keiner von ihnen fand in der Aussperrung mehrerer Tausend Ofensetzer einen Tarifbruch der Unternehmer. Heute, wo sie mit ihrer eigenen vor Jahren geäußerten Taktik geschlagen werden sollen, jammern sie über Tarifbruch und schreiben ihre Verbände um Schutz gegen den „Terrorismus der Arbeiter“ an.

Die Breslauer Töpfer und Hilfsarbeiter stehen aber in dem ihnen aufgedungenen Kampfe fest. Hinter ihnen steht ihre Organisation, der Zentralverband der Töpfer. Möglicherweise, daß die Unternehmer im Töpfergewerbe das Vorkommnis zu einem allgemeinen Vorstoß gegen den Töpferverband benutzen möchten. Die Situation ist gespannt und kann bald Ueberraschungen bringen. Für den Töpferverband ist der Weg vorgezeichnet: Er unterstützt seine Breslauer Verbandsangehörigen. — Zugang von Töpfern und Töpferhilfsarbeitern nach Breslau ist streng fernzuhalten.

Eine neue gelbe Sumpfpflanze.

Unter den Straßenbahnern in Rheinland und Westfalen wurde seit einiger Zeit im geheimen von Unternehmerlieblingen Propaganda für einen Straßenbahnverband, der nur Straßenbahnern aufnimmt, gemacht. Diese Agitatoren wählten den Standesbündel, der leider unter den Straßenbahnern vorhanden ist, für ihre Zwecke auszunützen. Unter dem Ausführl der Offentlichkeit fanden einige Vorankonferenzen statt, in denen beraten wurde, wie man am besten die Straßenbahnern für den neuen Verband einfangen könnte. Am 20. März tagte dann in Oberhausen eine Konferenz, an der aus 44 Orten Vertreter teilnahmen. Die Verhandlungen waren wohl öffentlich, doch hatte nur die bürgerliche Presse Zutritt; einen Vertreter unserer Parteipresse ließ man nicht zu. Die Konferenz beschloß nach längerem Beratungen, einen Straßenbahnverband auf „paritätischer“ Grundlage zu gründen. Der Verband führt den Namen: Allgemeiner Deutscher Straßenbahnern-Verband und hat seinen Sitz in Duisburg. An Eintrittsgeld soll 1 M. erhoben werden. Der monatliche Beitrag beträgt 50 Pf. Der Verband soll die Lebenslage der Straßenbahnern heben und die Bildung fördern. Religion und Politik sind angehlich ausgeschlossen, jedoch will man Einfluß auf die Gesetzgebung erzwängen. Einigen Mitgliedern von der freien und christlichen Gewerkschaftsbewegung, die darauf hinwiesen, daß das ganze nur

Mache und dazu gelangen wäre, die Kräfte der Straßenbahnern unnütz zu zersplittern, wurde von den Gründern erwidert, daß nicht sie — die Gründer — die Zersplitterter wären, sondern diejenigen Straßenbahnern, die jetzt noch in ihren Berufsorganisationen verblieben. Man verlangte von diesen Straßenbahnern, daß sie der neuen „Organisation“ beitreten sollten. Daß die Gründung gelber Tendenz ist, geht wohl am besten daraus hervor, daß eine Anzahl von Konferenzteilnehmern mitteilten, sie hätten sich zur Teilnahme an der Konferenz erst die Genehmigung ihrer Direktion eingeholt. Charakteristisch war aber die Vornahme der Wahlen. Als einer der Hauptmacher der Gründung in den Vorstand gewählt wurde, erklärte er, wenn die „Organisation“ einen Kampfcharakter trüge, dürfte er ihr nicht beitreten, denn was sollte da sein Direktor sagen. Erst als der bereits gewählte Vorsitzende unter allgemeiner Zustimmung der Mehrheit der Konferenz die Erklärung abgab, daran wäre nicht zu denken, nahm Herr Ritter aus Witten, so heißt dieser Held, die Wahl an. Diejenigen Straßenbahnern, die ehrlieh befreit sind, ihre wirtschaftliche Lage zu heben, mögen sich von den gelben Säupflingern, die in der nächsten Zeit zu ihnen kommen werden, nicht einfangen lassen. Für sie muß es genügen, daß sie wissen, daß jene Kreaturen nur die Geschäfte ihrer Ausbeuter betreiben. Eigenbüdel ist bereits genug in der Straßenbahnernbewegung vorhanden, so daß es wahrhaftig einer neuen Gründung mit gelbem Einschlag nicht mehr bedürfte. Wer von den Straßenbahnern sich organisieren will — und das müssen wohl alle Straßenbahnern wollen —, der schlicke sich der Sektion Straßenbahnern, Mitgliedschaft im Deutschen Transportarbeiterverbande, an.

Keine Aussperrung der Glasarbeiter in Weißwasser.

Bei der Firma Gelsdorf in Weißwasser hatten die Glasarbeiter am 24. Februar wegen Lohnabzug die Arbeit eingestellt. Der Unternehmerverband hatte darauf am 9. März in 15 Werken 351 Arbeiter zum 23. März gekündigt, und zwar mit der ausdrücklichen Mitteilung, daß die Kündigung als zurückgezogen gilt, wenn der Streik bei der Firma Gelsdorf beendet wird. Die Arbeiter der genannten Firma aber dachten nicht daran, den Lohnabzug ruhig hinzunehmen. Der Verband der Glasarbeiter beschloß, daß in allen Werken, in denen Arbeiter ausgesperrt werden sollten, auch die übrigen Arbeiter am 23. März die Kündigung einreichen sollten. Dieser Beschluß bewirkte, daß die Unternehmer sich zu Verhandlungen bereit erklärten; anfänglich hatten sie es rundweg abgelehnt, mit der Organisation zu verhandeln; sie wollten die Organisation überhaupt nicht anerkennen. Beide Parteien nahmen den von der Kommission ausgearbeiteten Tarif an. Der Tarif gilt bis zum 1. März 1914. Mit dem Abschluß des Tarifvertrages ist ein folgenschwerer Kampf vermieden worden. Den Industriellen aber wurde gezeigt, daß sie den Arbeitern nicht fortgesetzt mit Aussperrungen drohen können.

Letzte Nachrichten.

Demission des österreichischen Kriegministers.

Wien, 22. März. (B. G.) Das offiziöse „Neue Wiener Journal“ bringt die Meldung, daß der Kriegminister General der Infanterie, Ritter von Ruffenberg, seine Demission bereits gegeben habe.

Die auswärtige Politik in der französischen Kammer.

Paris, 22. März. (B. L. B.) Die Besprechung der Interpellation über die auswärtige Politik wurde heute fortgesetzt. Jaurès erklärte, die marokkanische Angelegenheit habe zwischen den lateinischen Mächten Verwirrung erzeugt und Frankreich in ein heißes Verhältnis zur Welt des Islams gebracht. Jaurès verlangte Deutschland gegenüber eine offene und rückwärtsvolle Politik. Der Redner wünscht Klarheit über die internationalen wirtschaftlichen Unternehmungen. Poincaré erklärte, er habe nicht gesagt, daß diese gemeinschaftlichen Unternehmungen aufhören sollten, da doch der Vertrag vom 4. November dieselben vorsehe. Jaurès fragte dann weiter, ob man die großen Banken überlasse. Poincaré stimmte mit Jaurès darin überein, daß die finanziellen Kräfte einen Teil der modernen Diplomatie ausmachen. Jaurès erklärte dazu, daß die Tätigkeit der Großbanken sich nicht im Dunkeln abspielen dürfte und fragte, ob sich bei der Marokkoangelegenheit nicht geheime Geschäfte mit Deutschland abgespielt hätten. Poincaré antwortete darauf, daß er keine geschäftliche Verbindung kenne, die im Auftrag der Regierung eingegangen worden wäre. Jaurès fragte darauf, ob nicht außerhalb der offiziellen Diplomatie derartige Geschäfte gemacht worden wären, was von Cassaig verneint wurde. (Bewegung.) Jaurès verlangte dann Klarheit über den Inhalt der Anfrage des Abgeordneten Poudere und bemerzte, solange nicht eine Entente zwischen Frankreich, England und Deutschland zustande gebracht wäre, man immer auf eine Erweiterung gefaßt sein müsse. Driant: Und Elsch-Lobringen! (Lärm!) — Jaurès: Die Wiederherstellung des Rechts, die Sie erwarten, würden weder aus neuen gewalttätigen Verbindungen, noch aus neuen vertraglichen Verbindungen hervorgehen. Das Bündnis mit Rußland hat nicht ausdrücklich als Grundlage die Erhaltung des Statusquo gehabt. Rußland hat uns nur die Hand zu einem Werke des Friedens gereicht. Die Elschler haben bewiesen, daß es nicht in dem Vermögen irgend einer Macht steht, die Erinnerungen sowie die Sympathien, die aus ihrer Verbindung mit Frankreich erhalten geblieben sind, aus ihrem Gedächtnis auszuschließen; sie haben ebenso bewiesen, daß sie auf die Arbeit und die Durchsetzung der Demokratie und der Freiheit in Europa rechnen. (Zwischenrufe, Lärm.) Die Republik sollte sich nicht zu einem Werk der Gewalt, wovon Sie (zur Rechten) träumen, hergeben. Sie liefern den Militaristen jenseits der Grenze Vorwände. (Bestigter Widerspruch, mehrere Abgeordnete der Rechten beschimpfen Jaurès.) Jaurès schließt mit den Worten: „Wir wollen keine Eroberungspolitik.“

Nach ihm spricht Poincaré und das von der Regierung geforderte Vertrauensvotum wird mit 418 gegen 81 Stimmen angenommen.

Erstwahl für Hertling.

Münster, 22. März. (B. L. B.) Das vorläufige Ergebnis der Reichstagswahl in Münster-Cösel ist folgendes: Gewählt wurde Geheimrat Medizinalrat Dr. Gerlach (Zentrum) mit 20619 Stimmen. Zersplittert waren 153 Stimmen. Die Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten hatten Stimmhaltung proklamiert. Gewählt haben 50 Prozent.

Der Brand in Tokio.

Hokkaido, 22. März. (B. G.) Die geistige Feuerbrunst in Tokio hat einen Schaden von mehr als 1 1/2 Millionen Mark angerichtet. Das Feuer sprang infolge des heftigen Sturmes bald auf den Stadtteil Susaki, das zweite Geschäftszentrum, über. Die einzige Brücke, die zu dem von drei Seiten von Kanälen umgebenen Stadtteil führt, wurde schnell ein Raub der Flammen. In der entzündeten Panik wurden viele Personen zerbüßt. Zahlreiche andere ertranken in den Kanälen. Ueber 600 Häuser, darunter eine Volksschule, sind vollständig zerstört. In einer Refabrik erfolgte eine Kesselexplosion, durch die zahlreiche Arbeiter ums Leben kamen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

88. Sitzung, Freitag, den 22. März 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Die zweite Lesung des

Staats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Kapitel

Kanalamt.

Abg. Legien (Soz.):

Die Lage der Arbeiter am Nord-Ostsee-Kanal hat sich trotz der hier im vorigen Jahre erhobenen Klagen nicht gebessert. Wiederum sind von Agenten zahlreiche ausländische Arbeiter herangeholt, obwohl einheimische in genügender Menge vorhanden waren.

Auch die Mißstände in den Baracken sind nicht gebessert worden. Hätte das Kanalamt den guten Willen, so könnte es da sehr leicht Besserung schaffen.

Ferner hat sich die Unfallgefahr beim Kanalbau gesteigert. 1910 kamen 17 Unfälle vor, von denen vier tödlich verliefen, 1911 passierten 40 Unfälle, darunter 15 mit tödlichem Ausgang.

Ein weiterer Mißstand ist, daß das Kanalamt verlangt, alle Arbeiter, die nicht einen eigenen Hausstand haben, sollen in den Baracken wohnen. Dazu hat das Kanalamt kein Recht.

Ueberaus ungünstig sind auch die Verhältnisse der Arbeiter bei den Waggerarbeiten. Wenn sie sich an die Unternehmer um Besserung wenden, so erhalten sie die Antwort, die Unternehmer arbeiten mit Unterbilanz, sie seien bei der Vergabe der Arbeiten vom Kanalamt getäuscht worden.

Ministerialdirektor v. Jonquieres: Bei Beginn des Winters wurden 64 Proz. inländische und 36 Proz. ausländische Arbeiter beim Kanalamt beschäftigt. Dies Verhältnis ist völlig normal.

Abg. Waldstein (Sp.): Der 4. Deutsche Seeschiffahrtstag hat einstimmig eine Resolution angenommen, die auf die erheblichen

Störungen der Schifffahrt im Kaiser-Wilhelm-Kanal hinweist und als Grund dafür die zu geringe Zahl der Lotsen anführt. Die Verhältnisse sind in der Tat unhalbar und es wäre dringend notwendig, daß noch in diesem Etat eine Reihe neuer Lotsenstellen eingesetzt würde.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich lege entschieden Wert darauf, daß das Hemmnis gegen die Abstellung der vom Vordredner gerügten Mängel in meiner Person liegen soll. Der Präsident des Kanalamts ist befugt, so viel Hilfslotsen einzuberufen, daß allen Erfordernissen des Verkehrs, der gerade in letzter Zeit sehr gesteigert ist, entsprochen werden kann.

Abg. Legien (Soz.):

Der Herr Ministerialdirektor sagte, zu Beginn des Winters habe die Zahl der inländischen Arbeiter 64 Proz. betragen. Ich weiß nicht, von wann er den Beginn des Winters rechnet. Er wird ja wissen, daß ausländische Arbeiter in Preußen vom Dezember ab nicht zugelassen sind.

Ministerialdirektor v. Jonquieres: Meine Zahlen über die ausländischen Arbeiter beziehen sich auf den 1. Oktober. Im Winter sind 80 Proz. inländische Arbeiter. Daß die Unfallverhütungsvorschriften nicht eingehalten, ist mir nicht bekannt.

Abg. Waldstein (Sp.): Ich schließe die Debatte. Das Kapitel wird genehmigt. Auf Antrag des Abg. Goch wird die vom Abg. Waldstein erwähnte Petition des Rautfertages dem Reichstanzler zur Berücksichtigung übergeben.

Es folgt das Kapitel

Aufsichtsamts für Privatversicherung.

Hierzu liegt eine Resolution Albrecht (Soz.) und Weynoffen vor, die die Vorlegung eines Gesetzentwurfs verlangt, durch den die sogenannte Abonnentenversicherung verboten wird.

Abg. Haupt (Soz.):

Es ist in diesem Hause schon wiederholt über den Unfug dieser Abonnentenversicherung gesprochen worden. Zuerst 1908 bei Beratung des Gesetzes über den Versicherungsvertrag. Da war es namentlich der Abg. Wiesberts, der sich auf das entschiedenste gegen diesen Unfug aussprach.

Kleines feuilleton

Die Frau in Haus und Beruf. (Ein Rückblick.) Wenn du dich dem länglichen Hundestall näherst, der auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers einen schier romanischen Anstrich hat, so erblickst du zunächst zwei große blaue himmelanstrebende Sandeläbner, die dir die Sehnsucht nach Hellas wecken und den Wunsch, zu wissen, wie sie eigentlich angeheftet werden. — Du trittst ein und näherst dich der Kasse.

Dann wagt du dich hinein: ein wildes Chaos bietet sich deinem Blick. Zunächst tritt eine Lobverkäuferin auf dich zu und häusert selbstgefällig lächelnd: du könntest das große Los ziehen. Darauf sagst du: bei ihr nicht — und schreitest in die Mitte des Saales. Stehe, dort liegt in einem Kasten ein weibliches Exemplar des gemeinen Hausschweins. Sieben Ferkel zudeln dem armen Tier die Milch aus der Brust. Ringsherum stehen die Leute und verneifen sich die Schenkel.

Rebenan holtiert ein Puter — dieses eitle Tier ist das einzig Männliche, das die tüchtige Kommission ausgestellt hat, — daneben eine Brutansalt, die klar und eindringlich die Entschiedenheit der Frau demonstriert. Ringsherum breiten sich die verschiedenartigsten Dinge aus:

Kinderbadewannen — (die Ausstellungs-Kommission ersucht uns, mitzutheilen, daß Kinderbadewannen laut Verfügung 187 des Herrn von Jagow nicht mehr ausgestellt werden dürfen und von ihr auch nicht ausgestellt worden sind) — in geflochtenen Strohkörben prangen schmachhafte Feldfrüchte (das tun Feldfrüchte in solchen Fällen immer), wachserne Krankenschwestern betreuen ebenfalls schlaftrunkene Keger, ein Krankepfleger verfährt: „Das, was Sie hier sehen, ist eine sogenannte Parade. Sie kann jederzeit abgebrochen werden.“ aber es bleibt bei der leeren Drohung.

In der Abteilung: „das gerupfte Schneehuhn“ darfst du die herrlichen Kopfbedeckungen schauen, die bei besonderen Anlässen dem Schmod Seufzer der Bewunderung — Zeile 15 Pf. — entringen. Auch eine retrospektive Abteilung ist da; schon deswegen, weil in eine historische kein Mensch gehen würde.

Die Frau in Haus und Beruf! In diesem Haus hat sie jedenfalls einen Beruf: wie rührend, wenn die schweligen Hände erbaulichster Frauen in Crêpe de Chine-Kleidern das Geld für den Kinetomatographen einsammeln! — Die Kiffionen haben ausgedient: Feindische Reger laufen — o tröstlicher Gedanke — jetzt in protestantischen Baumwollhosen herum, und forpulenten Pfaffen bringen den Chinesen das Wort bei: „Du sollst nichts haben als zweien Schuhe und einen Steden“. Den Steden haben sie. — Auch ist ein kleines Zimmerchen da — die Ausstellung berücksichtigt eben alle —, in dem der Arbeiterinnen gehagt ist. Die Lohnkassellen wurden

gerade abgestaubt, als ich da war und in der Abteilung für Glimmerarbeit war Grobkreinmachen, und konnte dieselbe nicht gezeigt werden.

Eine Abteilung wird schmerzlich vermißt: die Frau im häuslichen Beruf oder in einem beruflichen Berufe. Ueber dem Ganzen aber schweben die Protektorate höchster Persönlichkeiten, Erinnerungen an Besprechungen, Kommissionen, Sub-Kommissionen und Kommissionen.

Es folgten Zeitungsartikel. Die Frau Vorstehende: „Wie anders würde das Lebensglück sich herausarbeiten, nachdem der Schmelzerlingshaub der Plittterwochen abgestreift und die klare Wirklichkeit ihre Forderungen stellt. . . J. B. kann bei allgemeiner Verwendung eines Blechmessers beim Kartoffelschälen durch Schonung des Erwerbes unter der Schale sich die Summe feststellen lassen, die erspart wird. . . Zeit und Geldverteilung kann aber nur eine dazu ergogene Frauenkraft gut bewältigen, und nur ihr wird Kind und Dienerschaft sich beugen.“ Gerade dem sozialdemokratischen Frauen wird mit Recht eine unerhörte Behandlung ihrer Dienerschaft vorgeworfen.

Die „Deutsche Frauenwelt“ aber wird in ihrem Rückblick schreiben: „Von der Tisch bis an die Weisel, von der Maas bis an den Welt hallt es wider von Stimmen des Weisfalls. Und wenn sich, leider Gottes, auch von besonderer vaterländischer Seite Hohn und Spott über das große Unternehmen ergießen, so trifft dieses uns nicht, denn wir bürgerlichen Frauen sind nach eingeholter Genehmigung bei der Ortsparlamentarier der feinen Leberzeugung und geben derselben auch donnernd Ausdruck: Unser ist der Sieg! Gott ist mit der deutschen Frauenwelt! — Abonnements 140 M. monatlich. Beschwerden wegen unregelmäßiger Zufendung sind an die Expedition zu richten.“

Aus den Tagen der Kommune. Jules Claretie, der Leiter der Comédie Française, der den Bürgerkrieg als Augenzeuge miterlebt hat, erzählt in den „Annales“ eine Anzahl bisher noch nicht bekannt gewesener Geschichten aus den Kommunejahren. Während der „roten Woche“, der Niederwerfung der Revolution, wurden die Kommune-Kämpfer, die dem Militär bewaffnet entgegengetreten waren, vor die Militärkommissionen geführt und einem summarischen Gerichtsverfahren unterworfen; jeder Revolutionär betrat dann das Kabinett eines Obersten, um sein unangenehmes Urteil, das Leben oder Tod bedeutete, zu vernehmen. Ein Oberst, der in dem Direktionszimmer eines Theaters Recht sprach, war nicht wenig überrascht, als ihm eines Tages ein Mann vorgeführt wurde, den er schon tags zuvor zum Tode verurteilt hatte. Die Beine des Mannes waren mit Binden umwickelt, und es stellte sich heraus, daß er im Hofe des Theaters mit anderer Scrupulisten

mühten. Der „Eiffener Volkszeitung“, einem Zentrumsblatt, blieb es vorbehalten, die Einführung dieser Versicherung als eine soziale Tat zu bezeichnen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Nach 1908 hat sich der Reichstag noch 1909 und 1911 mit der Materie beschäftigt. Beide Male wurden Entwürfe des Zentrums angenommen, wonach die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen sollte, der die Abonnentenversicherung in Verbindung mit der Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr zuließe. 1911 wurde auch ein Antrag Wasser mann angenommen, der die Regierung aufforderte, eine Denkschrift über den Unfug der Abonnentenversicherung herauszugeben.

In all diesen Debatten wurde die Abonnentenversicherung als großer Abonnentenbetrug, unlauterer Wettbewerb, Schwindel, Verstoß gegen die guten Sitten dargestellt, da sollte man doch meinen, daß die Kunde der Gesetzgebung schneller in Bewegung gesetzt würde. Aber 1908 antwortete die Regierung, die Erwägungen sind noch nicht abgeschlossen, 1911 lautete die Antwort, die Erörterungen sind noch nicht abgeschlossen. Im nächsten Jahre wird es vielleicht heißen: die Erwägungen schweben, dann die Erörterungen schweben, und im übernächsten Jahre wird uns dann vielleicht mitgeteilt, eine Entscheidung ist bisher noch nicht erfolgt.

Zu erwähnen ist auch, daß die Postbehörde mit dem Weisfugel auch die Versicherungsprämie für die Abonnentenversicherung einzieht. Das dürfte für den Postetat noch von Interesse sein. — Ministerialdirektor Caspar hat hier am 20. März erklärt, in nennenswertem Umfange seien Mißstände überhaupt nicht vorgekommen. Beim Aufsichtsamts für Privatversicherung seien nur zwei Klagen eingegangen und die seien nicht begründet. Das zeugt von einer solchen Weltfremdheit auf einem Gebiete, wo Tausenden und Zehntausenden die Groschen aus der Tasche gezogen werden, wofür sie gar nichts bekommen, daß man an das Wort erinnert wird: was nicht in den Ästen steht, existiert nicht. Die meisten bei der Abonnentenversicherung in Betracht kommenden Personen sind viel zu unerfahren, um ihre Ansprüche im Rechtswege geltend zu machen. In einem Falle war jemand im Betrieb tödlich verunglückt, alle Bedingungen für die Auszahlung von 1000 M. waren vorhanden. Da erschien nach acht Wochen ein Vertreter des Verlages bei der Witwe und bot ihr eine Abfindung von 100 M. an, sonst laufe sie Gefahr, gar nichts zu bekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Bundesratsmitglied, namentlich wenn er juristisch vorgebildet ist, wird uns vielleicht sagen, nach den bestehenden Gesetzen ist er zu solchem Anerbieten berechtigt gewesen.

Wie die Dinge so liegen, nützt kein Herumreformieren an der Abonnentenversicherung, sondern das Uebel muß an der Wurzel ausgerottet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Caspar hat am 20. März v. J. auch versucht, die großartigen Leistungen der Abonnentenversicherung herauszustreichen; die Summen, die den Versicherten aus der Tasche gezogen sind, hat er dabei nicht angeben können. Um wieviel Hoffnungen und Millionen die Versicherten betrogen sind, entzieht sich seiner Kenntnis. Mit der Begründung des Ministerialdirektors, einzelnen seien Beträge ausgegahlt, könnte man auch jede Lotterie verteidigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alle maßgebenden Kreise haben sich gegen die Abonnentenversicherung ausgesprochen, vor allem der Verein deutscher Zeitungserleger.

Zu unserem Vorgehen werden wir nicht etwa durch Konkurrenzrisiken unserer Presse veranlaßt. Wo diese einmal Eingang gefunden hat, sorgt sie für Aufklärung, und die Abonnentenversicherung hört dann bald auf. Wo nicht eigensichtige Motive bewegen uns, sondern als berufene Vertreter der ärmeren Klassen fühlen wir uns verpflichtet, dafür zu sorgen, daß nicht unter dem Deckmantel der Wohlfahrt für die ärmeren Klassen einzelne Unternehmer sich die Taschen füllen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Delbrück: Nachdem im vorigen Jahre die Resolution Wasser mann hier angenommen war, die eine Denkschrift über Abonnentenversicherung verlangte, habe ich mich an die Regierung um Material gemahnt. Es ist fast vollständig eingegangen; ich werde nun bald an die Bearbeitung der Denkschrift gehen und hoffe, daß wir dann zu einer Verständigung darüber kommen werden, ob ein gesetzliches Eingreifen notwendig ist.

Abg. Dr. Marcoux (B.): Es handelt sich hier nicht um eine Parteifrage. Alle Parteien sind hier einig und nur ganz vereinzelte Blätter von bürgerlichen Parteien betreiben diese Versicherung nachdrücklich wegen der Konkurrenz der parteilosen Blätter. Ich freue mich, daß nun endlich eine Denkschrift über diesen Gegenstand vorgelegt werden soll. Ferner möchte ich die Aufmerksamkeit des Aufsichtsamts für Privatversicherung auf die Volksversicherung lenken, die nicht mindere Schäden zeitigt, wie die Abonnentenversicherung. (Sehr richtig!)

Abg. Werner (Anti): Auch wir beurteilen die Abonnentenversicherung. Besondere Aufmerksamkeit sollte das Amt der Fusion von Versicherungsgesellschaften zuwenden.

fürsüßigt worden war. Er war aber nur verwundet worden und die Gendarmen hatten ihn zwei Stunden nach der „Erschießung“ als „lebende Leiche“ gefunden. Der Oberst wollte nicht harter sein als das Schicksal und ließ den vom Tode Auserkauften frei. Drei Stunden darauf wurde der Mann noch einmal vorgeführt: ein Pförtner hatte ihn zur Anzeige gebracht und ihn der Polizei übergeben. Um ihn zu retten, schickte der Oberst ihn ins Gefängnis nach Versailles, indem er den General in einem Empfehlungsschreiben bat, dem auf so wunderbare Weise geretteten Manne die Freiheit wiederzugeben. Der Brief ging jedoch verloren und wurde erst ein paar Tage später, glücklicherweise aber noch zur rechten Zeit, gefunden; die Familie des Revolutionärs hatte die Hoffnung, den jungen Mann wiederzusehen, schon aufgegeben. Der hier erwähnte Oberst sah sich ein paar Tage später einem anderen hochdramatischen „Falle“ gegenüber: Man brachte ihm einen alten Herrn, der sehr vornehm ausah und freimütig erklärte, daß er für die Kommune gekämpft habe, während sein Sohn, der mit ihm zugleich verhaftet und eingekerkert worden war, ausjagte, daß er (der Sohn) von den Kommunisten nur als Geißel zurückgehalten worden sei und mit der Kommune selbst nichts zu tun gehabt habe. Der Richter nahm nun den Sohn besonders ins Verhör, und der junge Mann gestand, daß er von seinem eigenen Vater, einem zweiten Brutus, den Kommunisten übergeben worden sei; er sei dann freigelassen worden und habe den Vater auf Schritt und Tritt begleitet, um mit ihm zu sterben oder ihn zu retten. Der Oberst war von dieser Erzählung so ergriffen, daß er die beiden Männer freiließ und auf sein Richteramt, dem er sich nicht gewachsen fühlte, verzichtete.

Notizen.

Theaterchronik. Im Neuen Volks-Theater (Neue freie Volkshöhle) wird am Montag „Der König“ von Karl Gutzkow zum ersten Male aufgeführt.

Zeitschriftenchau. Der „Pan“, der von Alfred Kerr gegründet war und nach dessen Austritt vom Verleger Augustin wurde, geht in einen neuen Verlag über und wird vom 1. April ab wieder von Kerr geleitet.

Das Ende des französischen Wandertheaters. Das „ambulante Nationaltheater“ des Direktors Gémier, das im Frühling mit Lokomotiven und Rollwagen auszog, um der Provinz gute Theaterkunst zu vermitteln, hat ein rasches Ende gefunden. Am Dienstag kam alles unter den Hammer. Die Lokomotiven und die Garderobe- und Logenwagen, der Zellapparat, die Kostüme und Dekorationen. Für alle zusammen wurden 130 000 Fr. erlöst. Die Herstellungskosten hatten 650 000 Fr. betragen.

Ministerialdirektor Caspar erwidert, das Aufsichtsamt habe es an dieser Kontrolle nicht fehlen lassen.

Damit schließt die Debatte. Die Resolution Albrecht wird angenommen. Damit sind die fortbauenden Ausgaben erledigt. Es folgen die einmaligen Ausgaben. Beim Titel Beitrag zur Herausgabe des „Deutschen Handwerksblatts“, 8000 M., befristet.

Abg. Köhler (natl.) eine Resolution auf größere Förderung des „Deutschen Handwerksblatts“ durch Erhöhung des Reichszuschusses auf 10 000 M., sowie durch unmittelbare Unterstützung durch Verdrückung des Altes innerhalb der Staatsbehörden.

Abg. Pauli-Dagenow (L.): Wir danken der Regierung für die Erhöhung des Titels von 8000 auf 9000 M., halten sie aber auch nicht für genügend und stimmen der Resolution zu.

Der Titel und die Resolution werden angenommen.

Es folgt der Titel:
Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich — 60 000 M.

Abg. Büchner (Soz.):

Es wird der Regierung nicht unbekannt sein, daß in Deutschland seit einer ganzen Reihe von Jahren ein Rückgang der Geburtenziffer zu verzeichnen ist. Deutschland steht außer England und Oesterreich in der

Säuglingssterblichkeit

an erster Stelle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vorläufig ist unsere Säuglingsfürsorge noch in den Anfängen. Behörden und Kommunen suchen ihre Ursache aufzufinden und stellen Mittel zu ihrer Bekämpfung bereit. Berlin allein hat nahezu eine halbe Million in den Etat zu diesem Zweck eingestellt. Als wir vor Jahrzehnten 80 000 M. hierzu forderten, wurden wir von den bürgerlichen Parteien verlacht und verhöhnt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Anstalt für die hier 60 000 M. ausgeworfen sind, bekämpft die Säuglingssterblichkeit nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch. Es ist mit ihr Verbindungsanstalt sowie Säuglingsmutterheim verbunden. Es werden Stillprämiën für Mütter ausgesetzt, und es hat sich herausgestellt, daß 90 Proz. der Mütter in der Lage sind, ihre Kinder selbst zu stillen, wenn sie nur genügend Ruhe, Pflege und Nahrung haben. Für die Anstalt in Charlottenburg werden auch 200 000 M. Zuschuß von der privaten Wohltätigkeit geleistet. Das hängt jedenfalls damit zusammen, daß sie unter dem Protektorat der Kaiserin steht. Wir meinen, daß das Reich die Kosten für diese Anstalt zu übernehmen hätte. Sie sollte dem Reichsgesundheitsamt unterstellt werden. Im Interesse des Volkswohls ist der Staat verpflichtet, zur Stärkung der Nation genügend Mittel aufzubringen. Alles Material für eine gute Säuglingspflege sollte der schon bestehenden Säuglings- und Mutterheimen zur Verfügung gestellt werden. Wir sind bereit, im nationalen Interesse auf diesem Gebiete alles zu bewilligen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist wichtiger als neue Schiffe und Kanonen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Trotzdem die Sterblichkeit in Deutschland etwas zurückgegangen ist, starben noch nahezu

eine halbe Million Kinder in einem Jahre.

Das bedeutet einen Raubbau an unserer Volksexistenz. Wenn in den Großstädten ein geringer Rückgang der Säuglingssterblichkeit zu verzeichnen ist, so liegt das zweifellos an dem Rückgang der Geburtenziffer. Am höchsten ist nach einer Statistik von 43 Städten mit zusammen 13 1/2 Millionen Einwohnern die Säuglingssterblichkeit in dem früheren Rixdorf mit 44 Proz., am niedrigsten in Wiesbaden mit 14 pro Tausend. Diese Tatsache beweist, daß das soziale Elend der Eltern, die Unterernährung, Schuld an der großen Säuglingssterblichkeit ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unzählig sind die Frauen, die durch die Arbeit in der Fabrik, durch das Stehen am Waschbald, schwere Unterleibselenden zu bestehen. Nach dem Gesetz sollen die Frauen sechs Wochen vor der Niederkunft nicht beruflich tätig sein. Aber die Frauen beschweigen vielfach ihren Zustand, weil sie den Lohnausfall nicht ertragen können. Fast 4 Millionen Frauen sind im Hauptberuf tätig, nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Das Wort: „Die Frau gehört ins Haus“, kann heute nur noch jemand gebrauchen, der die Verhältnisse nicht kennt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Leider haben wir in Deutschland noch keine achtstündige Arbeitszeit für die Frauen, zehn, elf und zwölf Stunden darf der Arbeitgeber noch arbeiten lassen.

Vom Kaiserin-Viktoria-Haus ist im Jahre 1909 eine Festschrift herausgegeben worden, in der als ein Grund für die hohe Säuglingssterblichkeit auch das Anwachsen der Industrie angegeben ist, weil die Frauen in die Fabriken geführt werden und so das Selbststillsen der Mütter unterbunden wird. 1890 wurden in Berlin noch 50 Proz. der Kinder gestillt, 1895 nur noch 43 Proz. und 1900 sogar nur noch 32,50 Proz., also weniger als ein Drittel. Auch der Vorstand des vaterländischen Frauenvereins, an dessen Spitze hochkliegende Namen stehen, hat ein Merkblatt herausgegeben, worin den Frauen das Selbststillsen ans Herz gelegt wird. Von den Flaschenkindern heißt es da, sterben 8 bis 7 mal so viel, als von den Brustkindern. Jeder Tropfen Muttermilch, so wird in diesem Merkblatt den Frauen zugerufen, macht das Kind widerstandsfähiger gegen Krankheit. Für die Arbeiterfrauen ist das aber nur Theorie. Die Arbeiterfrauen und Mädchen müssen ihre eigenen Kinder in Pflege geben und sich selbst als Ammen verdienen, das Kind, das sie selbst unter dem Herzen getragen, geben sie fort, um ihre Kraft anderen zu geben für lungenes Geld. Da hat der Dichter recht, wenn er sagt: „es trinkt das fremde Blasse Kind die reinste Milch von unseren Frauen; doch wenn sie groß geworden sind, sind sie zu stolz, uns anzuschauen“. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Von den mit Kuhmilch ernährten Säuglingen sterben sie 6 mal so viel, von den mit Milchsurrogaten ernährten sogar siebenmal so viel, als von den mit Muttermilch ernährten. Das sind

erschreckende Zahlen,

die die Regierung wohl veranlassen sollten, diesen Dingen näher nachzugehen. Zeit man die Einwohner einer Stadt in Reich, den Mittelstand und die Armen und Notleidenden, so zeigt sich auch der Unterschied in der Säuglingssterblichkeit; in dem reichen Westen Berlins beträgt sie nur 3,2 Proz., in dem Berliner Arbeiterviertel dagegen 42 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Wohnungsverhältnisse spielen eine große Rolle. Die Wohnräume, in denen gewaschen und Gekleidet getrieben wird, sind die Brutstätten der Säuglingssterblichkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Frauen wissen, daß das Deutsche Reich nichts für sie übrig hat. Man macht wohl Tierischungsgehe, tagelang haben wir hier über Seuchengehe gesprochen, aber alle unsere Anträge zum Schutze von Mutter und Kind haben Sie stets abgelehnt, so nach bei der Reichsversicherungsordnung den Antrag, Stillprämiën zu gewähren. Sogar das Zentrum, in dem so viele Geistliche sitzen, lehnte diesen Antrag rundweg ab, obwohl doch die Arbeiter selbst zwei Drittel der Beiträge zu den Krankenkassen zahlen. Der Arbeiter bringt gern Opfer im Interesse seiner Frau und Kinder. Sie aber haben mit der Ablehnung unserer Anträge Ihres Menschenliebe bewiesen und sich einen Denkstein gesetzt, der Ihnen nicht zum Ruhme gereicht. Der Abg. Erzberger soll unlängst in einer Versammlung gesagt haben, sie hätten unsere Anträge ablehnen müssen, um die Sittlichkeit hoch zu halten (Lachen bei den Sozialdemokraten); man solle sich nur eine Dienstmagd denken, die ein uneheliches Kind habe und sich auf Kosten der Krankenkasse ins Bett lege; das gelte ihr dann so gut, daß die Sache im nächsten Jahre wieder passiert und noch öfter. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Wir erwarten von der Regierung, daß sie unsere Anregung bezieht. Eine Fülle praktischer und theoretischer Aufgaben liegen vor,

deren Lösung sie nicht den Kommunen überlassen darf, sondern sie muß eine Zentrale schaffen, damit die Ergründlichkeiten der Wissenschaft allen zugute kommen. Auch eine Lehrerin, die Mutter wird, darf nicht aus dem Dienst gejagt werden. Eine Frau, die selbst einmal Mutter gewesen ist, kann mindestens ebenso gut Pädagogin werden, wie eine, die nicht Mutter war. Ich bitte also die Regierung im Auftrage meiner Fraktion in Zukunft mehr für Mutter und Kind zu tun. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heym (Sp.): Die Säuglingssterblichkeit ist in unserem Vaterlande traurig groß, und was nicht genug betont werden kann, sie war vor 80 Jahren geringer, sie ist seitdem gestiegen, trotz der Fortschritte der Wissenschaft. (Hört! hört! links.) Die Säuglingssterblichkeit in Preußen und Deutschland ist größer wie in anderen Ländern und speziell auch auf dem Lande sehr groß. Es ist auch nicht richtig, wenn man sagt, durch das Wegsterben schwächlicher Säuglinge wird die Rasse verbessert. Die Erfahrung zeigt vielmehr, daß schwächliche Säuglinge sich später sehr kräftig entwickeln können und daß kräftige Säuglinge durch ungenügende Ernährung und Pflege sich werden. Die preussischen Provinzen mit größter Säuglingssterblichkeit zeigen auch die größte Kindersterblichkeit in den nächsten Jahren. Wir sollten nicht eine Wirtschaftspolitik treiben, die die Ernährung und Erzeugung von Kindern weiten Bevölkerungsfreien gefährlich und unmöglich macht. Dadurch würden wir uns verständigen an der Zukunft unseres Volkes. (Sehr richtig! links.) Das Unrecht, das die Reichsversicherungsordnung insbesondere in Bezug auf die Säuglingsfürsorge auf dem Lande begangen hat, muß baldmöglichst wieder gut gemacht werden. Sehr wichtig ist eine bessere Ausbildung der Hebammen in Kinderpflege- und Säuglingsheimen. Solche Heime sind in allen großen und größeren Städten eine Notwendigkeit, namentlich auch für die Pflege der unehelichen Kinder und ihrer Mütter. Ferner müssen gelehrtmäßig Berufsvormünder für alle unehelichen Kinder geschaffen werden. 60 000 Mark sind für alle diese Aufgaben nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Möge es der Regierung gelingen, im nächsten Jahre die Summe mindestens zu verzehnfachen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Baasch (natl.): Ich bin dem beiden Vorrednern für ihre Ausführungen sehr dankbar, namentlich auch Herrn Büchner, daher mit so warmem nationalen Empfinden dafür eingetreten ist, daß man der Gefahr, die in der Säuglingssterblichkeit für ein gesundes nationales Volksleben liegt, energisch begegnet. Es handelt sich hier um eine ernste Frage, an der keine Partei vorbeigehen kann. Wir müssen alles tun, um die Ursachen der Säuglingssterblichkeit zu beseitigen. Die Hauptsache ist aber die weitestgehende Aufklärung der Mütter über die Gefahren, die dem jungen Leben drohen, und über die Mittel, wie sie das Kind vor diesen Gefahren schützen können. (Bravo!)

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Ich begrüße es mit besonderer Freude, daß ein solches Institut aus der privaten Wohltätigkeit heraus geschaffen worden ist, das Erfahrungen sammelt, die legendär über das ganze Reich ausgebreitet werden können. Solche Lehrinstitute sollten auch in den Provinzen errichtet werden.

Damit schließt die Debatte.

Abg. Erzberger (Z.): Herr Büchner hat mir einen unsinnigen Auspruch in den Mund gelegt. Ich habe bereits im Dezember erklärt, daß ich diesen Ausdruck nicht getan habe; das Zitat entkommt zweifellos der sozialdemokratischen Presse. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es hat auch im Rainer Zentrumblatt gestanden.)

Der Titel wird bewilligt.

Zum Titel „Förderung der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose“ begründet

Abg. Reimach (natl.) eine Resolution, die einen Gesetzentwurf verlangt, der zur erfolgreichen Bekämpfung der Tuberkulose die Vereinfachung weiterer Gekleidet und geistliche Maßnahmen vorsieht, welche die Desinfektion verunreinigter Wohnungen sicherstellen.

Der Titel wird bewilligt; ebenso die Resolution und der Rest der einmaligen Ausgaben.

In außerordentlichen Etat werden 4 Millionen Mark gefordert zur Förderung des Kleinwohnungsbaus.

Hierzu liegen Anträge der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Nationalliberalen und Polen vor, die meist ein Reichswohnungsgesetz verlangen, der Antrag Albrecht (Soz.) auch Normativbestimmungen für die Beschaffenheit der Wohnungen und der Durchführung der Wohnungsinspektion sowie Schaffung eines Reichswohnungsamts.

Die Kommission beantragt Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern zur Beratung aller Initiativanträge zur Wohnungsfrage.

Abg. Hofrichter-Röhl (Soz.):

Die Wohnungsfrage ist eine Frage von großer sozialer Bedeutung. Wo weit in die Kreise des Mittelstandes machen sich die sanitären und sittlichen Gefahren der Mißstände des Wohnungswesens

bemerkbar. Vor allem besteht ein Mangel an brauchbaren Kleinwohnungen, der sich zum Teil zur Wohnungslosigkeit ausgewachsen hat. Die Mieten sind zu teuer, die Wohnungen vielfach ungesund. Nicht alle Erhebungen geben ein richtiges Bild, namentlich die der Haus- und Grundbesitzer sind vielfach irreführend. Wichtig sind nur Erhebungen, die neben der Zahl der Wohnungen auch Auskunft geben über den Kubikinhalt der Zimmer, über die Zahl der Bewohner, ihr Alter, ihr Geschlecht, ob sie zur Familie gehören, ob die Räume auch als Arbeitsräume benutzt werden, über die sanitäre Beschaffenheit, über die Höhe der Miete und ihr Verhältnis zum Einkommen der Mieter. Solche Erhebungen ergeben entscheidende Bilder über die sanitären und sittlichen Gefahren des Wohnungswesens nicht nur in großen und größeren Städten, sondern auch in kleinen Orten und auf dem platten Lande. Ich erinnere an das bekannte Wort des Kaisers: Im Osten sind die Viehställe zum Teil besser als die Wohnräume. Ich möchte mich nicht in die Schilderung von Glendbildern im einzelnen begeben, ich verweise z. B. auf das bekannte Elend in der Heimindustrie. Die preussische Regierung, der man sonst kein Uebermaß sozialer Einsicht nachsagen kann (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), erklärte seinerzeit in der Begründung zu ihrem Entwurf eines Wohnungsgesetzes: „Nach der Statistik und sonstigen Ermittlungen kann nicht bezweifelt werden, daß im Wohnungswesen weiter Bevölkerungskreise auch außerhalb der Industriegebiete erhebliche Mißstände herrschen, die zum wesentlichen Teil sehr erster Natur sind.“ — Der Zentrumsvorredner Jaeger stellt in seinem Vorschlag über die Wohnungsfrage den Satz auf: „Der Mietpreis steigt verhältnismäßig, je kleiner und je schlechter die Wohnung ist.“ Die zu hohen Mieten drücken die Lebenshaltung herab. Die Bevölkerung unterliegt einer doppelten Ausbeutung, der durch die Agrarier und durch die Hausagrarier. Für die Masse der Bevölkerung kommt für die Wahl der Wohnungen nicht die Größe der Familie in Frage, sondern lediglich der Preis. In Berlin wohnt die Hälfte der Bevölkerung in Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer. Auch Kellerwohnungen bestehen hier noch in prohem Maße. Ähnlich sieht es in anderen Städten aus. Die Räume sind überfüllt, und dazu kommen noch Einlogierer, die von den Familien aufgenommen werden. In Essen ist festgestellt, daß Tag- und Nachtlogierer in der Benutzung desselben Bettes sich abwechseln. Das ist im ganzen Ruhrgebiet der Fall. In solchen überfüllten Räumen wächst unsere Jugend auf. Wenn Sie über die Verrohung der Jugend klagen, so vergessen Sie ja nicht, daß dieser

Sumpfboden ungesunder Wohnungsverhältnisse

die Ursache davon ist. Hier ist viel gesündigt worden. Und werfen Sie immer vor, wir zerstören die Familie. Kann denn unter solchen Verhältnissen sich überhaupt ein Familienleben entwickeln?

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Kranke und Gesunde sind wahllos zusammengepackt in diesen Räumen. Ist da die große Säuglingssterblichkeit, die heute hier beklagt wurde, zu verwundern? Auch die Tuberkulose findet in solchen überfüllten Wohnräumen ihren besten Nährboden, und alle Maßnahmen zur Bekämpfung scheitern an diesen Wohnungsverhältnissen. Mit rührender Sorgfalt wacht die Regierung darüber, daß die Gesundheit des Volkes nicht gefährdet wird durch die Einfuhr ausländischen Wachsenfleisches. Noch in dieser Woche hat der Staatssekretär alle diese Maßnahmen wie eine Löwin ihre Jungen verteidigt. Würde die Regierung nur einen Teil dieser Sorgfalt der Wohnungsfürsorge zuwenden, so würde für die Volksgesundheit mehr erreicht werden. Der Staatssekretär hat erklärt, er wende der Frage seine Aufmerksamkeit zu. Das allein nützt aber nichts. Solche Erklärungen sind auch schon 1904 auf dem Wohnungslongrenz abgegeben, auch dort erklärte der Unterstaatssekretär, sein Chef sehe die Wohnungsfrage für eine Kulturfrage ersten Ranges an. Was ist aber in den seither verflochtenen acht Jahren geschehen. Man hat sich beschränkt, Baugenossenschaften der Arbeiter des Reichs zu unterstützen und zu fördern. Sympathieerklärungen allein nützen eben nichts, eine Wohnungsinspektion ist nötig, und vor allem muß man für ausreichende und preiswürdige Wohnungen Sorge tragen. Dazu ist ein gesetzliches Eingreifen notwendig. Der Staatssekretär sagt stets, es ist Sache der Einzelstaaten und der Kommunen. Gewiß ist das Reich ohne die Mitwirkung der Kommunen nicht in der Lage, Grundlegendes zu schaffen. Das entbindet das Reich aber nicht von der Verpflichtung gesetzlicher Schritte. Einzelne Bundesstaaten sind auch mit gesetzgeberischen Maßnahmen vorgegangen, aber Preußen hat völlig versagt. Im Lande des Dreiklassenwahlrechts ist das kein Wunder; hier zeigt sich, daß veraltete Gesetzesbestimmungen sich zu einer Gefahr in sittlicher und in sanitärer Hinsicht auswachsen. Auch die Städte sind belastet mit dem Dreiklassenwahlrecht und außerdem noch mit dem Hausbesitzerprivileg. Dadurch kommt es, daß Hausbesitzerinteressen im Brennpunkt der gesamten Gemeindepolitik stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun verweist man auf die Baugenossenschaften. Aber denen sind sehr enge Grenzen gezogen. Auf die Vorordnungen, den Bauungsplan, die gesamte Bodenpolitik der Gemeinde haben sie ja gar keinen Einfluß. Ferner wird auf die Arbeiterkolonien bestimmter industrieller Werke verwiesen. Nun, die Arbeiterkolonien im Ruhrgebiet sind

entblüht von allen Kulturereignissen.

Sie sind durch und durch feucht. Zudem ist ihr Besitz an die Tätigkeit in einem bestimmten Werke geknüpft.

Wenn also alle Stellen verlotzt haben, die man als Träger der Wohnungsreform in Anspruch nimmt, so muß das Reich selbst gesetzgeberisch eingreifen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Grundursache der Wohnungsmisere ist die ungesunde Spekulation, welche die Bodenpreise in die Höhe getrieben hat und ebenso die Mieten. Darunter leidet ebenso wie der Arbeiter auch der Mittelstand. Die Rechte und das Zentrum reden immer von der Hilfe für den Mittelstand. Wenn es ihnen damit ernst, müssen sie dafür sorgen, daß diese hohen Boden- und Mietpreise wieder beseitigt werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Besonders groß ist die Wohnungsmisere in Festungen. Wenn einmal das Festungsgelände verkauft wird, sollte das Kriegsministerium nicht nur darauf sehen, möglichst viel Geld herauszubekommen, sondern der betreffenden Stadt die Möglichkeit einer weitläufigeren Wohnungspolitik geben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Köln hat das Kriegsministerium die Stadt direkt zu einer engeren Bebauung, wie sie einer gesunden Wohnungspolitik widerspricht, gezwungen, indem es drohte, sonst das Gelände der Privat speculation zu überlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Von hoher Bedeutung ist ferner die Frage des Erbbaurechts. Schon 1907 wurde eine Denkschrift hierüber verprochen, 1910 wurde sie wieder für den Herbst oder nächsten Winter in Aussicht gestellt. Ich möchte jetzt erneut fragen, wann wir nun endlich die Denkschrift bekommen werden. Ich bitte Sie, unserer Resolution zuzustimmen und hoffe, daß wir nun endlich bald ein Reichswohnungsgesetz bekommen, das eine wirklich gesunde Wohnungspolitik gewährleistet. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Posadowsky (L. R.) kritisiert die Erhöhung des Zinsfußes der Versicherungsanstalten für Darlehen an gemeinnützige Baugesellschaften von 3 auf 5/2 Prozent. Das Reichsversicherungsamt sollte dafür sorgen, daß die bereits gegebenen Darlehen zum alten Zinsfuß belassen werden, weil sonst der Zweck der Darlehens Illustriert gemacht würde. Auf dem Gebiete des Wohnungswesens ist zum Teil von Gemeinden und einzelnen Industriebetrieben Muttergärtchen geschaffen; aber dringend notwendig ist ein Gesetz, welches die Mindestforderungen festlegt. Wenn die Einzelstaaten nicht solche Gesetze erlassen, so ist es Pflicht des Reiches, zwingende gesetzliche Bestimmungen zu treffen. Der Staatssekretär sagte, die Frage wird erwohnen, man wolle aber noch das Gutachten des Juristentages hören. Ich war der Meinung, daß das Reichsjustizamt wohl in der Lage sein sollte, gesetzliche Vorschläge auszuarbeiten. Den Kleinwohnungsbaue wird man nicht fördern, wenn man nicht das Großkapital dafür interessiert. Dies kann aber nur geschehen, wenn die gesetzlichen Bestimmungen über Erbschaft verbessert werden. — Der Zusammenhang zwischen Wohnungsverhältnissen und Tuberkulose ist vielfach studiert, nicht aber der zwischen Wohnungsverhältnissen und Verbrechen. Wenn das geschähe, könnte das Reich, der Staat und die Kommunen an manchen Ausgabenposten erheblich sparen. Die Wohnungsfrage ist eine Kulturfrage ersten Ranges, an deren Lösung alle mitarbeiten sollten. (Lebhafte Bravo!)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend

11 Uhr; vorher Staatsnotgesetz und Judenkonvention.

Schluß 7 Uhr.

Die braunschweigische Wahlreform in einem neuen Stadium.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Die Wahlrechtskommission des Landtages hat soeben ihren Bericht über die Wahlreformvorlage erscheinen lassen. Der Landtagspräsident wollte daran lediglich die Beratung knüpfen und die Wahlreform noch vor Ostern unter Dach und Fach bringen. Der Landtag war jedoch anderer Meinung. Es ging ihm, wie manchen Leuten vor dem Jahresabschluss, er erbat sich noch eine Gnadenfrist bis nach dem Osterfest. In der neuen Art, in der man im Braunschweigischen Landtage Politik treibt, meinte einer der Vertreter der Opposition: An die Beratung würde sich eine wüste Agitation der Sozialdemokratie im ganzen Lande knüpfen, was die öffentliche Weisheit schwer beeinträchtigen könnte. Man sieht daraus, daß es dem Landtage vor seinem eigenen Nachwerk graut.

Man hätte kaum glauben sollen, daß eine solche Jammerreform, wie die Wahlrechtsvorlage der Regierung, noch verabschiedet werden könne. Aber die Wahlrechtskommission, in der der Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig tonangebend war, hat es wirklich fertig gebracht. Auch keine einzige Anregung in der Richtung der Demokratisierung des Wahlrechts, dagegen nicht unwesentliche Verschlechterungen des Regierungsentwurfes!

An den 18 Vertretern der privilegierten Verfassungsklassen hat auch die Kommission festgehalten. Sie seien der Erfolg für die fehlende Erste Kammer. Da aber in der Ersten Kammer der Großgrundbesitz eine besonders starke Vertretung habe und auch in den

Landtagen ohne Erste Kammer einen besonderen Einfluss ausüben, müsse er innerhalb der privilegierten Berufsstände stärker vertreten sein. Ein reichendes Argument! Die Kommission hat deshalb der hohen Bureaucratie ein Mandat abgenommen und es den Großgrundbesitzern zugeteilt, so daß jetzt die 18 Privilegierten in 7 Großgrundbesitzer, 5 hohe Beamte, 4 Großindustrielle und 2 evangelische Geistliche zerfallen.

Den Weistlichen will die Kommission deshalb das Privilegium lassen, weil in allen Ersten Kammern die Geistlichkeit vertreten sei. Die Schule könne jedoch keine besondere Berufsvertretung verlangen, da sonst jeder Stand, schließlich gar auch noch die Arbeiterschaft, kommen und eine Berufsvertretung verlangen könne. Die Berufsvertretung solle aber das aristokratische Element im Landtage sein und seiner allzu starken Demokratisierung vorbeugen. Man denke, in einem Dreiklassenlandtage glaubt man auch noch, ein besonderes der Demokratisierung entgegenwirkendes Element nötig zu haben! Wer noch geglaubt haben sollte, die braunschweigischen Landtagsgrößen seien vielleicht doch etwas besser als ihr Ruf, der muß hierdurch allein schon eines anderen belehrt werden.

Etwas ganz Neues will die Kommission in die Wahlreform hineindringen, das sich selbst im preussischen Landtagswahlrecht komisch ausnehmen würde. Der zu wählende Abgeordnete soll nämlich im Wahlkreise wohnhaft sein müssen. Damit er nun nicht etwa kurz vor der Wahl zum Schein dorthin übersiedelt, verlangt die Kommission, daß er mindestens ein Jahr lang im Wahlkreise gewohnt haben muß, bevor er wählbar ist. Die Kommission bemängelt den Zweck dieser ganz beträchtlichen Verschlechterung zwar damit, daß sie behauptet, der Abgeordnete müßte über alle Einzelheiten seines Wahlkreises unterrichtet sein, in Wirklichkeit will sie es jedoch nur verhindern, daß ein ländlicher Kreis einen in Braunschweig wohnenden sozialdemokratischen Führer in den Landtag schickt. Wohlgerne wird diese Beschränkung nur den aus den allgemeinen Wahlen herbeigekommenen Abgeordneten auferlegt. Die Mandate der privilegierten Berufsstände sind nicht an einen bestimmten Wohnsitz gebunden. Da verrät sich also der Pferdeschweif ganz deutlich.

In der Wahlrechtsvorlage der Regierung wird das Wahlrecht unter anderem von einem dreijährigen ununterbrochenen Wohnsitz im Herzogtum Braunschweig abhängig gemacht. Die Staats-, Kirchen-, Gemeinde- und Schulangelegenheiten brauchen dagegen nur ein Jahr im Herzogtum gewohnt zu haben. Dieses ultiqne Privilegium, Küster- und Nachtwächterprivilegium hat die Wahlrechtskommission verteuert ernst genommen. Sie hat sogar die tiefgründige Spekulation angestellt, daß man unter Schulangelegenheiten auch die Lehrer an Privatschulen verstehen könnte. Wie sardonisch, wenn solche Privatschulen ein Privilegium erhielten. Deshalb soll statt Schulangelegenheiten Gemeindefschulangelegenheiten gesetzt werden. Ein Unrecht aber hat die Wahlkommission gut gemacht, sie hat zu den privilegierten Nachtwächtern die Briefträger gesetzt und auch die Angestellten des Reiches in die Bevorzugung hineingezogen.

Aus allem sieht man, mit welcher kleinlichen Geistes die Wahlrechtskommission an die Wahlreform herangetreten ist. Keine einzige großzügige Verbesserung. Dafür reaktionäre Löcherhückeri, Festschneiderei waren von den sieben Mitgliedern der Wahlrechtskommission nur die vier städtischen (zwei Bürgermeister, ein Bankier und ein Gymnasiallehrer) für die Wahlreform, die drei agrarischen Mitglieder haben ihrer Unterschrift ein diss beigefügt zum Zeichen, daß sie von einer Wahlrechtsreform überhaupt nichts wissen, sondern es beim alten belassen wollen, trotzdem die Agrarier statt bisher mit 4, künftig mit 7 berufständischen Mandaten bevorzugt werden sollen.

Aus Industrie und Handel.

Kalifunde in Nordamerika?

Bereits mehrfach sind in diesem Winter Nachrichten über angebliche Kalifunde in Nordamerika verbreitet worden. Bisher wurden sie aber stets immer wieder demontiert. Jetzt kommt die neue Meldung aus New York, daß in einem ausgetrockneten See in der Wüste Mohave (Südifornien) mächtige Lager löslicher Kalifunde entdeckt sein sollen. Ihre Größe wird auf etwa 10 Millionen Tonnen geschätzt d. h. etwa drei Viertel des Umfangs der deutschen Lager, die noch rund 5000 Jahre den Weltbedarf decken können.

Infolge der hohen Preise, durch die das Syndikat sein „natürliches“ Monopol ausnutzt, finden dauernd Vohrungen nach Kalifunden in außerdeutschen Ländern statt. Sie sind aber bislang ohne Erfolg geblieben. In Holland stieß man wohl auf Kalifunde, aber infolge starker Verwässerung hat dieser Fund keine Bedeutung. Neben Deutschland verbrauchen die Vereinigten Staaten am meisten Kalifunde zu Düngemitteln (insbes. für Baumwolle, Tabak und Obstbau, weniger für den Getreidebau). Von 11,55 Millionen Doppelzentnern der deutschen Ausfuhr im Jahre 1911 entfielen allein 8,43 Millionen auf die nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Diese haben daher ein besonderes Interesse daran, sich vom deutschen Markt befreien zu können; ein Interesse, das um so größer ist, als erst in diesem Jahre die letzten Lizenzen für den Kalifundit angeschlossen und die für die amerikanischen Abnehmer früheren günstigeren Verträge lösen mußten.

Sollte sich die Nachricht über die Kalifunde bewahrheiten, so würde Deutschland, die einzige Fundstätte von Kalifunde, aus seiner Monopolstellung verdrängt werden. Das Kalifundit hätte dann nicht mehr die Möglichkeit, dieses Monopol bei der Preisgestaltung in voller Höhe auszunutzen.

Ludwig Borne u. Co. Akt.-Ges.

Wie wir schon berichteten, zahlte Borne in diesem Jahre 18 Proz. Dividende (im Vorjahre 16 Proz.). Die günstige Situation der Metallindustrie im vergangenen Jahre zeigt sich auch sonst deutlich in den Geschäftsergebnissen der Gesellschaft. Rechnet sich doch die Verwaltung selbst: „Unser Umsatz sowie die Summe der Aufträge sind die höchsten seit dem Bestehen der Fabrik gewesen“. Der Bruttogewinn ist seit 1909 von 2,90 Millionen auf 3,92 Millionen gestiegen. Auf die 7,5 Millionen Mark Aktienkapital wird eine Dividende von 1,35 Millionen Mark gezahlt. Die Abschreibungen sind wiederum (auf fast drei Viertel Millionen Mark) erhöht worden. Der Umsatz ist gestiegen, das Lager der Fabrikate hat durch guten Abgang gegen das Vorjahr stark abgenommen.

Hochbahngesellschaft.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin veröffentlicht den Bericht über ihr 15. Geschäftsjahr. Zurzeit beträgt die Streckenlänge 17,8 Kilometer. Im Jahre 1913 werden die Linien Spittelmarkt—Schönhauser Allee (5 Kilometer) und die Linien Wittenbergplatz—Kurfürstendamm und Wittenbergplatz—Königsplatz (2,8 Kilometer) eröffnet werden. 1916 bzw. 1918 werden die Ost- bzw. die Westendlinien vollendet sein. 1918 wird das Streckennetz 33,5 Kilometer betragen (die den Gemeinden gehörigen Linien angerechnet). Die Einnahmen der Gesellschaft aus Fahrgebern belaufen sich auf 8,167 Millionen Mark. Die Durchschnittseinnahme betrug auf einen Fahr-

gast 13,05 Pf. Die Betriebsausgaben betragen 8,202 Millionen Mark, die Betriebsausgaben 8,998 Millionen Mark. Der Reingewinn stellte sich auf 3,244 Millionen Mark, der bei kommunalem Betrieb der Hochbahn, wie wir Sozialdemokraten ihn fordern, dem Stadtsäckel zufließen könnte. Jetzt fallen davon 2,444 Millionen (das sind 75,7 Proz. des Aktienkapitals von 42,5 Millionen) den Aktionären als Dividende und 59 000 M. dem Aufsichtsrat als Entlohnung zu. Als vertragmäßige Abgaben an die Stadtgemeinden werden nur 180 927 M. verzeichnet.

Die Gemeindegewahlbewegung.

Friedrichsfelde. Morgen, Sonntag, soll endlich die Entscheidung fallen, ob von der dritten Abteilung auch weiterhin ein bürgerlicher Vertreter ins Gemeindeparlament gesandt werden soll. Sicher werden unsere Gegner alle Anstrengungen machen, um ihren Kandidaten durchzubringen. Um den Sieg an unsere Fahne haften zu können, müssen die Genossen mit größtem Eifer ans Werk gehen und den letzten Mann zur Wahl heranziehen. Bereits am Vormittag, 10 Uhr, werden wir noch ein letztes Flugblatt von den Bezirkslokalen aus zur Verbreitung bringen und sofort nach Beginn der Wahlen unsere Tätigkeit im Schleppsal, Schulz, Lindenpark, in vollem Umfange aufnehmen. Kein Genosse darf dabei fehlen, damit das Wahlergebnis, welches abends 6 1/2 Uhr in den Bezirkslokalen bekanntgegeben wird, recht glänzend ausfällt. Also auf in den Kampf; es gilt den Gegnern das Mandat zu entwenden und unserem Kandidaten Otto Frenkel zum Siege zu verhelfen.

Reinickendorf-St. Morgen, Sonntag, nachmittags von 1 bis 5 Uhr, findet die Gemeindegewahl für den 3. Wahlbezirk, umfassend das östlich der Sonntagstraße bis zum Grünen Weg und der Kühlmeistrasse ausschließlich dieser beiden Straßen belegene Gebiet des östlichen Ortsteils, und zwar: Seestraße 18 bis 45 von der Junitustrasse bis zur Bentestraße, Junitustrasse 6 bis 53, Gesellschafts-, Regier-, Reptun- und Bentestraße, Bantower Allee 26 bis 58, Albert-Freitagstraße, Epensteinstraße, Schwarz-, Proving-, Holz- und Papierstraße, Grüner Weg, ausschließlich 2 und 11, Granatenstraße, Hausotterstraße 20 bis 57, Naritstraße, verlängerte Koloniestraße, Bürger-, Winter- und Hoppestraße, Hausotterplatz, Kamelo-, Herbst- und Sommerstraße, verlängerte Sommerstraße, Nordbahn-, Seebad- und Frühlingstraße, Schönholzer Weg 20 bis 31, Billestr. 11 bis 59, Raschdorffstr. 15 bis 58 und Amendeitr. 16 bis 94, statt. Gewählt wird in der Turnhalle der 4. Gemeindefschule, Goppestr. 7. Die Wahl beginnt um 1 Uhr nachmittags und wird pünktlich um 5 Uhr geschlossen. Unser Kandidat ist der Genosse Buchhalter Carl Schönberg.

Genossen! Die Sonntagswahl gibt Euch Gelegenheit, nicht nur selbst Eure Stimme abzugeben, sondern auch für regeste Wahlbeteiligung zu agitieren.

Wilhelmstr. Sonntag, den 24. März, findet von 12 bis 4 Uhr die Gemeindegewahl in der dritten Klasse statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist der Genosse Gastwirt Milbrodt. Wahllokal ist das Restaurant „Seebad“, Joh. Vötsch, Kronprinzenstr. 4. Die Parteigenossen und die mit und sympathisierenden Wähler werden ersucht, alle lässigen Wähler aufzuräumen. Ferner werden die Genossen ersucht, möglichst schon vor Beginn der Wahlhandlung anwesend zu sein.

Wahlergebnisse.

Gohensche-Wilbau. Bei der Wahl zur dritten Klasse wurde unser Genosse Paul Schulz mit 194 gegen den von „mehreren Baierlandfreunden“ (lies gelber Sumpf-Schwarztopf) aufgestellten Kandidaten Heilig, auf den 102 Stimmen entfielen, gewählt. Trotzdem noch in letzter Stunde die Gegner unsere bisherigen Vertreter in der verlogenen Weise beläpften, hat die organisierte Arbeiterschaft doch bewiesen, daß sie nur in den Vertretern der Sozialdemokratie diejenigen Leute erblickt, welche die Interessen der Allgemeinheit voll und ganz wahrnehmen. Die dritte Klasse ist also wieder vollständig durch unsere Genossen besetzt.

Jentzen. Bei der am Donnerstag stattgefundenen Stichwahl wurde unser Genosse Kalle's mit 82 Stimmen gegen den Postverwalter Kneifel, auf den 79 Stimmen (darunter 20 Forensen) entfielen, gewählt. Noch kurz vor Trosschluss machten die Gegner verzweifelte Anstrengungen, um uns durch Abgabe fast aller Papierstimmen zu schlagen.

Oranien. Bei der am 20. d. M. stattgefundenen Wahl zur Gemeindegewahl ist der Sammelkandidat des Grundbesitzer-, Bürger- und Beamtenvereins gegen unseren Kandidaten gewählt worden. Von 754 Wählern haben 307 ihr Stimmrecht ausgeübt. Es erhielten der bürgerliche Kandidat 213 Stimmen und unser Genosse Franz 184 Stimmen. Nur durch den in schärfster Form angewandten Terrorismus auf die zahlreichere Beamtenschaft haben unsere Gegner noch einmal das Feld behaupten können. Am Freitag, den 20. d. M., findet die Ersatzwahl für die dritte Abteilung statt. Hier kann ein Nichtangehörer gewählt werden. Die Genossen werden aufgefordert, energisch in die Agitation einzutreten. Die Aussichten für diese Wahl sind für uns sehr günstige. Bei intensiver Arbeit muß es uns gelingen, den Kandidaten der Sozialdemokratie durchzubringen.

Großbetsen. Bei der am Mittwoch, den 20. d. M., stattgefundenen Gemeindegewahl in der dritten Klasse erhielten von 74 abgegebenen Stimmen der Kandidat des Grundbesitzervereins 51, unser Genosse Hermann Schulze 23 Stimmen. In der zweiten Klasse erhielt Genosse Schramm eine Stimme. Die sich gegenüberschenden zwei bürgerlichen Kandidaten vereinigten auf sich 12 bzw. 9 Stimmen.

Buch. Die am Mittwoch, den 20. März, stattgefundenen Gemeindegewahl brachte uns nicht den erwünschten Erfolg. Trotz der günstigen Wahlzeit von 5 bis 8 Uhr hind doch ein Teil unserer Wähler nicht erschienen und haben so den Sieg des Gegners gestichert. Es wurden für unseren Genossen Hermann Gehrig 40, für die bürgerlichen Hartmann 65 und Pantel 17 Stimmen abgegeben. Es fehlten nur 4 Stimmen, um in die Stichwahl zu kommen, trotz der abkommandierten Beamten. Da unsere Genossen sich das erstmalig an der Gemeindegewahl beteiligt haben, nicht zu erwarten, daß bei nächster Gelegenheit eine bessere Agitation eintritt, wird, um auch hier in die Gemeindegewahlbewegung zu legen.

Ladeburg (Oberbarnim). Bei der am Mittwoch stattgefundenen Gemeindegewahl der zweiten und dritten Klasse ist es uns leider nicht gelungen, unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen. In der dritten Klasse wurde der bürgerliche Kandidat mit 27 gegen 22 auf unseren Kandidaten, Genossen Koad, entfallende Stimmen gewählt.

Aus aller Welt.

Mein Rock und meine Richtung.

In der Parteipresse lesen wir die folgende humorvolle Schilderung des Genossen Scheidemann über seine verfloessene Vizepräsidentenherlichkeit:

Zu einem halbwegs anständigen Karitätenkabinett habe ich allweil die unentschiedlichen Meinungen beizammen. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß ich im stillen schon daran denke, dem kaiserlichen Panoptikum Konkurrenz zu machen. Nein, wirklich nicht. Wenigstens vorläufig noch nicht. Ich binde mir aber auf keinen Fall die Hände für alle Zukunft.

Zunächst habe ich eine reichhaltige Autographensammlung. Ich belam im Laufe weniger Wochen, an die ich mit Vergnügen zurück-

denke, allerlei Zuschriften. Man hat mich beglückwünscht und verflucht. Einer hat mir geschrieben, daß ich und alle Juden aufgehängt werden müßten. Der Jüngling hat auch mich für einen Juden gehalten. Einige offenbar fröhliche Menschen, denen ich von ganzem Herzen gute Befehung wünsche, haben Gedächtnis auf mich gemacht. Das hat mir sehr wehe getan. Allen anderen, die die Verse lesen, wird es nicht besser gehen. Am freundlichsten hat es offenbar eine junge Dame mit mir gemeint. Sie erbot sich brieflich mit mir eine Gefälligkeit: ich sollte ihr eine Lode schenken, dann wollte sie mir auch gefällig sein. „Ich bin wirklich nicht so“, schrieb sie und nannte sich „Köschen von Bayern“. Da ich weiß, daß es kein Köschen ohne Dörchen gibt — ich bin verheiratet —, so suchte ich das bayerische Köschen zu vergessen und kaufte mir ein(ige) Glas Siechen. Die stammen ja auch aus Bayern und haben keine Dornen.

Dann erhielt ich aus Sachsen eine reizende Ballonmütze mit einer Aufschrift, die keinen Zweifel darüber aufkommen ließ, daß sie wirklich für mich extra angefertigt worden war. Aus Stargard in Pommern schickte mir einer aus der zahlreichen Familie der Schulzen einen feuerroten Jolinder, der, vom Portier getragen, vor jedem Panoptikum, Flohaktus oder ähnlichen Kunst- oder wissenschaftlichen Instituten, berechtigtes Aufsehen machen müßte. Jammten meiner Karitäten nimmt er sich ein wenig zu präbig aus.

Der Clou meiner Sammlung ist unbestreitbar mein Gehrod. Ich werde ihn von nun an wirklich nur noch ausnahmsweise bei ganz besonderen Anlässen tragen. Er hat auf alle, die ihn gesehen haben, jedenfalls erheblichen Eindruck gemacht. Freilich gingen die von ihm gegebenen Beschreibungen einigermaßen auseinander. Der eine schildert ihn als einen neuauftgebürsteten altmodischen Rod aus Urghroaters Zeiten. Ein anderer hat ihn gesehen als einfachen modernen bürgerlichen Rod. Wieder ein anderer schwur seinen Lesern hoch und heilig, ich hätte mich in dem aufstehenden Gehrod recht stattlich ausgenommen. Das hat mir sehr wohl getan und triumphierend habe ich es meiner Frau gezeigt. Dann hieß es, ich hätte mich in einem Rod vorgestellt, der dem besten Schneidermeister Berlins alle Ehre machen würde. Und endlich schrieb die Zentrumspreffe unter Hinweis auf meinen Rod, daß niemals ein millionenschwerer Graf so elegant dagefessen hätte, wie ich in dem kostbaren, wie wir gesehen haben, „altmodischen“, „modernen“, „neuaufgebürsteten“ Rod.

Daß ein solcher Rod, der überdies in mindestens einem Tugend tiefempfundener Gedichte besungen worden ist, seinen Wert für jede Karitätenbude hat, wird niemand ernsthaft bestreiten wollen.

Dann kommt mein „blütenweißes Hemde“ als Hauptstück in Betracht. Aber vielleicht ist es besser, von dem Hemde vorläufig zu schweigen. Ich brauche ja schließlich meine Geschäftsgeheimnisse nicht zu verraten. Im Vertrauen gesagt: das Hemd war gar nicht weiß, sondern zart bläulich und mit schwarzen Buntfäden betupft.

Bedauerlich ist es auf jeden Fall, daß ich meine politische „Richtung“ nicht so aufstellen kann, wie sie geschildert worden ist. Das gäbe eine Zugnummer ersten Ranges. Einer hat behauptet, daß ich in dieser Beziehung eigentlich ein unbeschriebenes Blatt sei. Herr Dörmann hat sein großes Ehrenwort dafür verpfändet, daß er mich für einen gemäßigten Revisionisten gehalten habe, von dem er hätte annehmen dürfen, daß er mit Wonne ein Kaiserhoch ausbringen werde.

Ein anderer schrieb, ich sei ein bekannter Revisionist, stände aber nicht ganz rechts. Wohlwollend deutete mich ein Journalist als eine verführliche Natur. Einer dekretierte; er ist ein gemäßigter Radikaler, von der Couleur Rosenbuh. Wieder ein anderer mußte es noch besser; ich sei ein „zartfüßiger“ Genosse, oder doch ein bekannter Radikaler. Eine andere Lesart: er ist einer der „schärfsten“ Sozialdemokraten.

Am besten konnten mich diejenigen politischen Naturforscher, die den Herren Spahn und Heidebrand am nächsten stehen: „er ist einer der radikalsten Genossen“, der „ruppigen einer unter feinesgleichen“, ein „smallroter Rajestitätsbelcidiger“, dieser „gräßliche Genosse“.

Wie meinen Rod, so hat man also auch meine „Richtung“ mit geradezu photographischer Naturwahrheit geschildert — ob, die Herren kennen mich sehr genau und sie haben mich sorgsam studiert, bevor sie die Federn in die Tinte tauchten. Das beweisen auch die Schilderungen meiner Haartracht. Ich bitte meine näheren Freunde, nicht so niederträchtig zu lachen!

Einer, der mir gewiß sehr gut gestunt ist, hat geschrieben, daß ich stets sorgsam irisiert sei. Ein anderer hat erzählt, daß ich mein blondes Haar geschneit trage. Einer, der mich offenbar schon in der Nähe gesehen hatte, der mir aber nicht wehe tun wollte, schrieb: ich hätte einen „etwas gelichteten Scheitel“. Das kann ich nun freilich nicht bestreiten; der Scheitel ist wirklich etwas gelichtet. Deshalb macht es mir auch einige Schwierigkeiten, den Scheitel immer richtig in die Mitte zu fassen.

Aber dieser Scheitel gehört ja, streng genommen, nicht zu den Karitäten. Ich werde als Ersatzstücke für ihn meiner Sammlung die fünf verschiedenen Lösschen, die mir junge Damen im besten Mannesalter „aus Liebe“ zugeschickt haben, einverleiben . . .

Zwei schwere Baunfälle.

In der Würzburger Straße in Klein-Rischow bei Leipzig stürzte am Freitagvormittag ein Baugerüst zusammen. Zehn Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Zwei von ihnen wurden schwer, vier andere leichter verletzt. — Ein zweites Baunfall ereignete sich in Engelsdorf bei Leipzig. Die von dort gemeldet wird, stürzte ein Erweiterungsneubau der Betriebswerkstätte der Eisenbahn ein, wobei acht Personen unter den Trümmern begraben wurden. Die Rettungsmannschaft brachte drei schwer und vier leicht Verletzte ans Tageslicht, während ein Verschütteter nur als Leiche geborgen werden konnte. Die Verunglückten wurden mittels Automobils nach dem Leipziger Krankenhaus geschafft.

Die Streikenden als Helfer.

Daß die preussische Politik, die Forderungen streikender Arbeiter mit Entsendung von Militär und Rajshingewehren zu beantworten, die einzig richtige ist, zeigt ein Vorgang, der sich beim englischen Bergarbeiterstreik abgepielt hat. Wie ein Telegramm meldet, brach in dem Bergwerk von Randolph in Dharst Feuer aus. Der Bergwerksbesitzer wandte sich an die streikenden Arbeiter mit der Bitte um Hilfeleistung. Die Bergarbeiter eilten herbei und beteiligten sich lebhaft an den Löscharbeiten. Da die Gruben völlig mit giftigen Gasen gefüllt sind, ist der Schaden bisher nicht zu übersehen, dürfte jedoch ziemlich beträchtlich sein.

Auch ein Beweis, wie notwendig das Niederfädeln Streikender ist.

Keine Notizen.

Berschwendener Dampfer. Der Hamburger Dampfer „Augsburg“ von der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, am 2. Februar mit einer Ladung Petroleum von New York nach Kapstadt abgegangen, ist bisher dort noch nicht eingetroffen und auch von seiner Zwischenstation gemeldet worden. Man vermutet, daß ihm ein Unfall passiert ist. Er hat 39 Mann Besatzung an Bord.

Töblicher Betriebsunfall. Auf dem Ostbahnhof in Hanau wurde am Donnerstagabend der 23jährige Rangierer Grauel beim Ueberstreifen des Gleises von einem Güterzug erfasst und auf der Stelle getötet.

Das Grubenunglück in Nordamerika. Nach den jetzt vorliegenden Meldungen sind bei der Grubenexplosion in Mac Courtin 116 Bergleute eingeschlossen worden. 28 Arbeiter konnten gerettet werden, während bisher 81 Leichen geborgen wurden. Die Verunglückten sind größtenteils Deutsche, Polen und Ungarn.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Hof III.
 Amt Norden, Nr. 1239. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1967

Montag, den 25. März 1912, abends 8 Uhr:

Versammlung der Schmiede, Kesselschmiede und Autogenischweißer

im Lokale von Schulz (Wendts Festfale), Münzstraße Nr. 17 (Eingang Königsgraben).
 Tagesordnung:
 1. Bericht. 2. Wahl der Drahtkommission. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Die Wichtigkeit der Tagesordnung verlangt zahlreiches Erscheinen.

Erwerbslose (Kranke).

Wegen Quartalsabschluss und der Osterfeiertage finden die Zahlungen der Unterstützung wie folgt statt:

- Für die Woche, welche am 30. und 31. März beendet ist, wird am Freitag, den 29. März, gezahlt.
- Für die Woche, welche am 1. April beendet ist, wird am Sonnabend, den 30. März, gezahlt.
- Am Montag, den 1. April, bleibt das Bureau geschlossen.
- Für die Woche, welche am 4. April beendet ist, wird am Mittwoch, den 3. April, gezahlt.
- Für die Woche, welche am 5. und 6. April beendet ist, wird am Donnerstag, den 4. April, gezahlt.
- Für die Woche, welche am 7. und 8. April beendet ist, wird am Sonnabend, den 6. April, gezahlt.
- Am Karfreitag und am zweiten Osterfeiertag bleibt das Bureau den ganzen Tag geschlossen.
- Am Dienstag, den 9. April, wird die laufende Unterstützung bis 12 Uhr gezahlt, nachmittags bleibt das Bureau geschlossen.

Da sämtliche Bücher wegen Quartalsabschluss eingezogen werden, ersuchen wir die Kranken Kollegen, ihre Unterstützung bis zum 30. März abgeben zu lassen.
 Ausgeschlossen davon sind diejenigen Kollegen, welche sich in Krankenhäusern oder Heilanstalten befinden und ihre Unterstützung erst nach Beendigung der Krankheit abgeben.

114/5 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.
 Sonntag, 24. März, mittags pünktlich 1 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59:
Außerordentliche Generalversammlung.
 Tagesordnung:
 Stellungnahme zu den Anträgen zu dem Verbandszuge zu München.
 Erscheinen sämtlicher dienstfreien Mitglieder ist notwendig.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Die Verwaltung.

Bekanntmachung.

Es wird empfohlen zu kochen:

März 24.	Knorr	Grünkernsuppe
" 25.	"	Reisuppe
" 26.	Knorr	Sierriebelesuppe
" 27.	"	Königinuppe
" 28.	Knorr	Erbensuppe
" 29.	"	Weibertreusuppe

Jeden Tag für 10 Pfennig 3 Teller feine Suppe nur mit **Knorr Suppenwürfel**
 Nach dem Urteil der Kenner sind **Knorr Suppen** die besten.

Ohne Anzahlung

teflere an jedermann
Möbel auf Kredit
 bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung
komplette Wohnungs-Einrichtungen
 sowie einzelne
 Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen
 Portieren, Gardinen, Leih u. Bettwäsche, Stoppdecken, Teppiche, Betten, Kronen, Kinderwagen usw.
 in modernster Ausführung. Ferner
Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
 Größte Auswahl neuester Fassons

S.DORN Weinmeisterstr. 9
 Ecke Alte Schönhauser Strasse

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Dienstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

in Dartschs Festfale, Hermannstr. 49.
 Tagesordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Aufstellung der Kandidaten zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. 3. Anträge. — Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert!
 Zahlreiches Erscheinen erwartet
 Der Vorstand.

Achtung! Tarifbewegung Achtung!

der Fleischergefallen in Neukölln.

Dem konsumierenden Publikum zur gest. Kenntnis, daß nachstehende Fleischermeister den Tarif anerkannt haben:

C. Fonfara (Burchstobich), Berliner Str. 27	M. Riess, Halles. 20
A. Reiland, Berliner Str. 23	G. Seidel, Jägerstr. 7
C. Bolte, Hermannstr. 232	M. Meier (Wwe.), Belferstr. 168
B. Riedel, Hermannstr. 46	W. Karger, Herbergr. 21
H. Jochmann, Jietenstr. 41	O. Schönbrunn, Richardstr. 61
P. Wonneberger, Beisestr. 24	H. Burck, Weichselplatz 4
K. Gerlach, Barthelstr. 70	P. Jünger, Bärnacker. 5
G. Saft, Barthelstr. 58	W. Rademacher, Dobreststr. 19
Th. Pohnke, Barthelstr. 73	F. Klein, Rottbuler Damm 12
W. Friedmann, Barthelstr. 7	Jos. Orth, Ufer Str. 26
P. Lukaschek, Berliner Str. 23	F. Schilde, Beisestr. 51

Nachstehende Fleischermeister, die zurzeit keine Gefellen beschäftigen, haben ebenfalls ihre Zustimmung erklärt:

E. Schilde, Herrfurthstr. 23	M. Falkner, Donaustr. 7
C. Immrich, Rojastr. 14	

288/13
Zentralverband der Fleischer.
 Berlin NO., Giesebtsstr. 11. Teleph. Amt: Köpenick Nr. 3024.

Orts-Krankenkasse der Stadt Schöneberg.

Rechnungsabschluss 1911.

Einnahme.	
1. Barbestand vom 1. Jan.	127351,78
2. Zinsen	18561,61
3. Beiträge	1043108,10
4. Ertragsleistung für gewährte Krankenunterstützungen	6909,07
5. Ertragsleistung von Berufsgenossenschaften	6331,93
6. Aus verfallenen Wertpapieren usw.	—
7. Aufgenommene Darlehen, durchl. Posten	4142,18
8. Sonstige Einnahmen	6829,73
Summa	1215304,40

Ausgabe.

1. Für ärztl. Behandlung	103199,39
2. Für Arznei und sonstige Heilmittel	141890,10
3. Krankengelder:	
a) an Mitglieder	888643,47
b) an Angehörige	13333,12
4. Unterstützung an Wöchnerinnen	21903,00
5. Sterbegelder	15002,67
6. Arzt- und Verpflegungskosten in Heilanstalten	183460,55
7. Ertragsleistung für gewährte Krankenunterstützung	8988,05
8. Zurückgezahlte Beiträge	2274,12
9. Für Kapitalanlagen	132880,44
10. Zurückgezahlte Darlehen	7021,59
11. Verwaltungskosten:	
a) persönliche	104664,63
b) sächliche	47788,90
12. Sonstige Ausgaben	5629,97
Summa	1172158,50

Summa der Einnahmen 1215304,40
 Summa der Ausgaben 1172158,50
 Bestand am 1. Januar 1912 43146,10
 Die Stärkung d. Reservefonds betrug: 133427,98 Pf.
 Erkrankungsfälle d. männl. Mitgl. 6453 weibl. 5151
 Krankheitsstage d. männl. Mitgl. 132844 weibl. 144090
 Sterbefälle der männl. Mitglieder 119 weibl. 39
 Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1911 23725, die des Vorjahres 21640, mithin mehr: 2085.
 272/5 Der Vorstand.

Möbel

gegen Baar oder gegen günstigen Abzahlungsvertrag

der dem Käufer die Vergünstigung einräumt, für die Hälfte der jeweils gezahlten Ratensumme Möbel als Eigentum zu beanspruchen. Sie können also nie das ganze gezahlte Geld verlieren!

Dresdenerstr. 16
Siegmund Misch

Orts-Krankenkasse für Pankow.

Am Sonntag, den 31. März 1912 finden im Restaurant Rocuzzi, Panlow, Kreuzstraße 3/4, die Ergänzungswahlen der Vertreter zur Generalversammlung für das Jahr 1912 statt.
 Es wählen die Herren Arbeitgeber von 11-12 Uhr vormittags vorn im kleinen Zimmer 2 Vertreter.
 Die Arbeitnehmermitglieder im großen Saal von 10-11 Uhr vormittags 45 Vertreter.
 Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Mitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
 Als Legitimation genügt für die Herren Arbeitgeber die letzte Quittung über gezahlte Kassenbeiträge, für die Arbeitnehmer Mitgliedskarte oder Mitgliedsbuch.
 Pankow, den 22. März 1912.
 Der Vorstand,
 Otto Rihmann, Vorsitzender.

Teppiche

130x200:	5 bis 19 Mk
165x230:	10,50 bis 40 Mk
200x300:	22 bis 64 Mk
250x350:	32 bis 120 Mk
300x400:	67 bis 186 Mk

Gardinenhaus
Bernhard Schwarz
 Wallstr. 13 (beizehn)

Stoffe

Reste, Coupons sind aus den Fabriken eingetroffen, „Neuhelten“ Nr. 2, 3, 4 u. 5.
 Zulieferer Koch & Soelken G. m. b. H., Gertraudenstr. 20-21, Berlin SW.

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung
 liebere elegante
Herren-Moden
 fertig und nach Mass.
 Garantie für tadellosen Sitz und beste Verarbeitung.
J. Kurzberg
 Mass-Schneiderer
 Rosenthaler Strasse 40-41 am Hackeschen Markt
 Frankfurter Allee 104 part, Ecke Friedenstrasse
 Reinickendorfer Strasse 4 am Weddingplatz

Farbige Pappdächer

für Sommerhäuser, Lauben etc.
 erzielt man dicht und dauerhaft nur mit **Dachpix, rot, grün, weiß (alle Farben)**
 sämtliche Materialien für Bedachung
 Anstrich-Farben für alle Zwecke.
 Moritzpl. 1908 **Dachpix-Gesellschaft** Plan-Ufer 38
 Muster, Auskunft etc. gratis.

Das größte und bekannteste Credit-Haus in Groß-Berlin heißt:

Der Große Glogau

Alte Jakobstr. 73
 Dresdener Str. Ecke Neue Roßstr. Ecke

Einzelne Möbel	Anz. von 5	Einzelne Zimmer	Anz. von 10
Tische, Stühle, Kleiderschränke, Büffets, Vertikoi, Wasch-Toiletten, Sofas, Betten	Mark an	enthaltend: 1 Bett, 1 Schrank, 1 Tisch, 2 Stühle	Mark an
1 Zimmer u. Küche	Anzahl 15	1 kompl. 2-Zimmerwohn. bestehend aus: 1 Wohnzimmer, 1 Schlafzimmer und 1 Küche	Anzahl 35
enthaltend: 1 Bett, 1 Kleiderschrank, 1 Tisch, 2 Stühle	Abzahl. 150 Woche	komplett	Mark an

Damen- u. Herrengarderobe ohne Anzahlung für alte Kunden!

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung, Freitag, den 22. März, 11 Uhr vorm. Am Ministertisch: v. Troitz zu Solz. Etat des Volksschulwesens. 3. Tag.

Abg. Kurzwahl (Polen): Die Bunde, die dem polnischen Volk durch die völlige Ausschaltung der polnischen Sprache als Lehrgegenstand und die Einführung der deutschen Sprache im Religionsunterricht geschlagen wurde, wird nie vernarben. Dadurch wird die Religion geschädigt. Die polnisch-katholischen Lehrer werden unerhöht tyrannisiert und überdies werden viel zu wenige angestellt. Selbst Bismarck hat einmal erklärt, daß es unsinnig ist, jemandem die Muttersprache nehmen zu wollen.

Abg. Dr. Schupp (Sp.) wendet sich zunächst gegen die Beeinflussung der Städte dahin, daß sie den Lehrern keine höheren Ortszulagen gewähren. Der von den Rechten beeinflusste Neue preussische Lehrerverein hegt gegen den alten, wodurch übrigens auch die Friedensverhandlungen zwischen Lehrern und Lehrern erschwert werden. Gedankenlos Angriffe sollten bloß die Aufmerksamkeit davon ablenken, daß der Neue preussische Lehrerverein in der Schulaufsichtfrage nicht mit den Konservativen übereinstimmt. Wenn die Angriffe des Abg. Heß unwahr sind, müßte der Minister die Lehrer in Schutz nehmen, andernfalls müßte er gegen die Lehrer einschreiten, wenn er sich nicht am Ende sagt: Um Persönlichkeiten wie Dr. Heß bekümmere ich mich nicht! (Sehr gut! links.) Die ganze Rede des Abg. Heß sollte nur die Sozialdemokratie als schlimmes Uebel hinstellen, um dann sagen zu können: Seht, und das unterrichten die Lehrer! Statt aber diese Behauptung zu beweisen, hat er Müdigkeit vorgeschützt. Das Vorgehen des Abg. Heß verstößt gegen die guten Sitten. — Als der Redner im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen zitiert, daß Abg. Heß der „Pädagogischen Zeitung“ Schandbriefe und Frechheit vorgeworfen hat, wird er vom Präsidium Dr. Behn, v. Erffa zur Ordnung gerufen. Auf den lebhaften Einspruch der Linken zieht der Präsident den Ordnungsruf zurück, hält aber die Mäße wegen des Ausdrucks „Verstoß gegen die guten Sitten“ aufrecht.

Abg. Dr. v. Campe (natl.) weist die persönlichen Ausfälle des Abg. Heß gegen D. Hadenberg zurück. Dieser habe sich wenigstens ernstlich bemüht, in den Gedankengang der Sozialdemokratie einzudringen und einen berechtigten Kern herauszuschälen. Deshalb haben ihn die Sozialdemokraten auch ruhig angehört. — Das Zentrum vertritt hier den Standpunkt der katholischen Kirche, will aber uns verwehren, den des Staates zu vertreten. Der Redner weist auf die weltliche Agitation unter den Schulkindern hin und bespricht dann Standesfragen der Lehrer.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Borchardt (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich habe mich nicht gegen Dr. Heß zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet, weil ich gegen ihn nichts mehr persönlich sagen will. Es bleibt ja nur Lungenhaschee von ihm übrig.

Präs. Dr. Behn, v. Erffa: Das ist ein ganz unparlamentarischer Ausdruck.

Abg. Borchardt (Soz., fortfahrend): Zur Geschäftsordnung will ich bemerken, daß Dr. Heß wieder mehrere Anfragen an die Sozialdemokraten gerichtet hat, die sich auf meine Rede bezogen, daß er aber durch seine Abkündigung für den Schluß der Debatte die Antwort mir unmöglich gemacht hat. Er wird nun vielleicht wieder draußen verkünden lassen, daß die Sozialdemokratie ihm die Antwort schuldig geblieben sei. Die sachliche Antwort auf seine Fragen wird ihm aber bei anderer Gelegenheit noch erteilt werden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Zum Titel Unterrichtsverwaltung liegen zwei sozialdemokratische Anträge vor, die die Regierung ersuchen, noch im Laufe der jetzigen Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den gegenüber den Zwangsverfügungen der Schulaufsichtsbehörden das Verwaltungsstreitverfahren zugelassen wird, und die weiter eine Aufhebung der Zwangsverfügungen verlangen, die von Schulaufsicht wegen ergangen sind wegen Erteilung von gewerkschaftlichem Unterricht an nicht vollschulpflichtige Jugendliche und wegen Erteilung von nicht-gewerkschaftlichem Unterricht an Jugendliche wegen Abhaltung von unpolitischen Vorträgen vor Jugendlichen usw.

Auf Antrag des Abg. Windler (l.) werden unter Zustimmung des Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) beide Anträge der Unterrichts-Kommission zur Vorberatung überwiesen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Ich halte es für notwendig, in Verbindung mit den vorliegenden Anträgen auf die

Politikalisierung der Volksschule

einzugehen. Im Gegensatz zu den Versicherungen der Regierung ist die Politikalisierung der Volksschule eine bewiesene Tatsache. Keine Freunde Hirsch und Borchardt haben schon dargelegt, daß die ganze Art des Unterrichts auf die Förderung einseitiger politischer Ziele in der Volksschule hinausläuft. Ganz abgesehen davon ist aber ein unmittelbares Hineintragen der Parteipolitik in die Volksschule in immer härteren Maße zu beobachten. Besonders in Wahlzeiten tritt dieses Verfahren sehr in die Erscheinung. Aus der Fülle des mir vorliegenden Materials will ich nur wenige Fälle hier vortragen. Im Münsterlande ist in einer Schule von dem Hauptlehrer an die Schüler der Volksschule des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie verteilt worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein von Lügen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie strotzendes Blatt. Ebenso sind in anderen evangelischen Schulen die Jugendblätter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie von den Lehrern an die Kinder verteilt worden. Ein Lehrer in einem westfälischen Ort hat bei der Gemeinderatswahl die Kinder seiner Klasse bei den Witzeln vortreiben und sie bitten lassen, dem Herrn Lehrer ihre Stimmkraft zur Wahl zu geben. Im Februar 1912 fand ein katholischer Lehrer in einer westfälischen Schule im Paplerford ein Exemplar der „Bergarbeiterzeitung“, in dem das Bräutlein eines Jungen eingeweiht gewesen war. Der Junge wurde einem hochmalerischen Verhöf unterzogen, und es wurden ihm wegen des Hineinschleppens einer sozialdemokratischen Zeitung in die Schule schwere Vorhaltungen gemacht. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In einer katholischen Schule Westfalens erliefte der Lehrer den Kindern, die Sozialdemokraten wollen nicht arbeiten und sind nicht zufrieden, man sollte sie

vor die Kanonen binden und totschießen.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Während der Wahl sind auch die Kinder vielfach zur Flugblattverteilung für die „Rechtsparteien“ verwendet worden. Ich habe noch eine Fülle von Material, ich habe aber hier nur diese einzelnen Fälle mitgeteilt, weil sie typisch sind für das Hineintragen der Parteipolitik in die Volksschule im ganzen Staatsgebiet.

Im härtesten Gegensatz zu dieser Politikalisierung steht das Verhalten der Unterrichtsverwaltung gegenüber dem wirklich unpolitischen Unterricht der von Arbeitervereinen, Gesangsvereinen und anderen Arbeitervereinen der Jugend erteilt wird. Die Unterrichtsverwaltung führt den Kampf gleichmäßig gegen die Arbeiter-Jugendbewegung und gegen die polnischen Organisationen. Der Kultusminister hat im vergangenen Jahre erklärt, daher eine Zirkularverfügung

erlassen habe, durch die die Praxis der Schulaufsichtsbehörde in Einklang gebracht werden sollte mit der bekannten Reichsgerichtsentscheidung vom Juni 1910. Damals waren schon Dreivierteljahr nach der Reichsgerichtsentscheidung verfloßen. Bis heute haben wir aber die Verfügung noch nicht kennen gelernt. Warum werden solche allgemein interessierenden Verfügungen nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Minister hätte dazu um so mehr Veranlassung gehabt, als er die Behörden rechtfertigen mußte gegen die Anklage, mit der die Verfügungen des vergangenen Jahres schlossen, daß nämlich die Behörden unbenehmt in der laudablen Weise Recht und Gesetz brechen. Der Minister hat nun erklärt, daß er sich der Reichsgerichtsentscheidung nicht anschließen könne, sondern an dem Standpunkt festhalte, daß auch der Unterricht an der Fortbildungsschule als ein solcher zu betrachten sei, für den ein privater Unterricht als konkurrierender Erfolg in Betracht kommen könnte. Dieser Standpunkt ist aber rechtlich völlig unhaltbar.

Es ist

eine grobe Verletzung des Rechts,

daß das Kultusministerium sich der Reichsgerichtsentscheidung nicht fügen, um so das Reichsgericht zur Revision seiner Auffassung zu veranlassen. Niemand dürfte sich ein „Unterricht“ einen solchen Refus an Widrigkeit der Rechtsprechung leisten. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister geht aber noch hinaus über das, was er zu Unrecht als sein Recht beansprucht. Die Rechtslage ist nach dem Reichsgericht so, daß nach der Kabinettsorder von 1894 die Qualifikation für Schulleiter privater Schulen oder für gewerkschaftlichen Hausunterricht in den Gegenständen der öffentlichen Schulen gefordert wird. Nur wenn gewerkschaftlich Unterricht erteilt wird, sei die Schulaufsicht zuständig. Es wird aber gar nicht geprüft, ob gewerkschaftlicher Unterricht vorliegt. Einzelvorträge, z. B. unseres Genossen Däumig über: „Eine Wanderung durch Afrika“, oder wenn ein Arbeiter mal ein paar Jungen zeigt, wie man turnt, werden als solch gewerkschaftlicher Schulunterricht betrachtet. In Oberschlesien sind Exekutivstrafen von 300 M. für jeden Fall verhängt worden, wo ein Mann einen Kinderchor in der Kirche dirigiert hat. Alles Belehrende soll da Unterricht sein. Da darf man schließlich mit Kindern nicht mehr spazieren gehen, reden, spielen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weshalb fordert der Minister nicht gleich von allen Eltern in Preußen einen Unterrichtsverlaufschein? (Abg. Hoffmann: Kommt ja noch!) Sie alle wissen ganz genau, daß dieses Vorgehen der Schulaufsicht unberechtigt und nur aus politischer Verbildung oder Voreingenommenheit zu erklären ist.

In den vorstehenden Fällen wird dem Turnwart in Arbeitervereinen kein Entgelt gezahlt, von Gewerkschaftlichkeit kann keine Rede sein. Aber alle Eingaben, die darauf hinweisen, sind vergeblich und die Strafverfügungen gegen die Arbeiterturnvereine häufen sich gemäß dem Scheimerlach vom 7. 8. 1907 in unerhöhter Weise. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie wird als unvereinbar mit der Fähigkeit zum Unterricht erklärt. Wir fühlen uns turnhoch erhaben an moralischer Fähigkeit zur Erziehung über jene, die mit widerrechtlichen Erlässen gegen uns vorgehen. Das ist nur ein weiterer Beweis dafür, wie der Klassenhaß gegen die wichtigste Kulturbewegung unserer Zeit vorgeht. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.)

In den Anstellungen des Ministers wird „jugendlich“ mit „minderjährig“ — unter 21 Jahren — identifiziert und der „Unterricht“ an Personen bis 21 Jahren der Schulaufsicht rechtswidrig unterstellt. Und dafür werden Exekutivstrafen von tausenden Mark verhängt, wie im Fall Groniedt 6000 M., so daß der Unglückliche ins Ausland getrieben wurde. Die Verwaltung nimmt sich heraus, die Leute einzusperrten, die solchen

insamen Strafbesehlen der Kultusverwaltung

nicht nachkommen. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Der Kultusminister sieht den Vorsitzenden, Vizepräsidenten Vorsch, groß an.) Die Kultusverwaltung will gegen Recht und Gesetz die Arbeiterunterrichten ausrotten. (Vizepräsident Vorsch: Das dürfen Sie nicht sagen.) Es gibt gewisse Grenzen; aber die Krone in diesem Vorgehen hat die Unterrichtsverwaltung erungen. Die Lieder sollen wer weiß wie gefährlich sein. Die Informationen vom Ministertisch kennen wir. Die Kammersteinatten sind noch nicht vergessen, die Inzuvorlässigkeit der Informationen des Kultusministers, namentlich auch da, wo Polen in Frage kommen, werden wir noch nachweisen.

Nun sieht der Minister die Zuständigkeit der Schulaufsicht nur für die Dauer der Fortbildungsschulpflicht gegeben, aber in Oberschlesien wird sie trotzdem bis zum 21. Jahr erstreckt und auf meine Eingabe bezogen an den Kultusminister, diese Verfügungen aufzuheben und den Betroffenen Ersatz zu leisten, hat der Minister erklärt, er habe keine Veranlassung, einzuschreiten — obwohl er doch selbst hier diesen Zustand als nicht mit seiner Rechtsüberzeugung übereinstimmend erklärt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister behauptet einfach, der Gesangsunterricht, den er bestrafte, sei ein Ersatzunterricht, weil auch in den Fortbildungsschulen des Bezirks Oppeln Gesangsunterricht erteilt werde. Der ist aber fakultativ, er wird vielleicht nicht besucht! Dem Minister ist es ganz egal, ob fakultativ oder obligatorisch. Es ist aber überhaupt gar nicht richtig, daß dort nur in den Fortbildungsschulen in den Städten Gesang gelehrt werde, während die verfolgten Gesangsvereine gerade auf dem Lande sind! Und jedenfalls geht die Fortbildungsschulpflicht nicht bis zum 21. Jahre. Obgleich Groniedt sich verpflichtet hat, Leute unter 18 Jahren nicht mehr in seinem Unterricht zu dulden, sagt die Verfügung, daß die Duldung von jüngeren als 18jährigen Leuten „unbestritten“ sei, und wenn ich näher danach frage, sagt der Minister einfach: „Es steht fest.“ Es sind gar keine Feststellungen getroffen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die von mir erbetene Spezialisierung der Anlässe der Verhaftungen Groniedts wurde vom Minister abgelehnt, obgleich die Aufgabe gestellt ist, die neue Rechtslage infolge des Reichsgerichtsurteils anzuwenden.

Im Fall Groniedt handelt es sich um eine Gesamtstrafe von über 6000 M. mit der Wirkung der Vernichtung einer Existenz und der Vertreibung eines Mannes aus Deutschland. Und da hat man die Nachprüfung durch Akteneinsicht mir versagt. Das Kultusministerium steht als

ein absolutistischer Bloß

da, keine andere Kontrolle als die ganz unzureichende dieses Hauses; es kann auf die Öffentlichkeit pfeifen. Und trotzdem verbannt es noch die ganze Schulaufsicht in die Dunkelkammer! Hört! dieses geschwätzige Treiben nicht auf, so wird man energisch versuchen müssen, den Minister zivilrechtlich haftbar zu machen. Das Strafgericht, das Verwaltungsstreitverfahren — sie alle sind nicht zuständig. Es handelt sich um eine Ehrensache des Ministeriums. Hier hat keine Partei außer den Polen uns bei unseren schweren Anklagen unterstützt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ran verfolgt, je nachdem, die Lehrer, die Beförderer der belagerten Lokale, und allen diesen Schulaufsichtsverfügungen steht man hilflos gegenüber. Die Stadtgemeinden werden ebenfalls verfolgt. Dem Volksschulchor in Berlin hat man die Schullokale abgetrieben, während sie der Deutsche Turnverein benützen darf.

Am 24. Februar 1912 hat der Berliner Polizeipräsident dem Restaurateur Heide die Duldung eines „Ersatzunterrichts“ vortragen ohne Unterrichtschein bei 100 M. Geldstrafe namens des Provinzialschulkollegiums verboten. Kein Wort über das Alter der nicht zu unterrichtenden Personen, die selbst nach dem Ministers

Erklärung nur nicht unter 18 Jahren sein dürfen. Kein Wort darüber, ob der Betreffende gewerkschaftlich „unterrichtet“. Dem Vortragenden selbst ist der „Unterricht“ durch einen Vortrag bei 100 M. Geldstrafe, eventuell 10 Tagen Haft verboten worden. Berichtet war das an unseren Kollegen Hoffmann (Weiterer), der natürlich sich ans Gesetz, nicht an die Ungeheuerlichkeit des Erlasses gehalten. Glauben Sie, daß Abg. Hoffmann ein gewerkschaftlich unterrichtet hat? Das Ministerium selbst weiß, daß das nicht der Fall ist, kümmert sich aber den Teufel ums Gesetz.

Möge die Unterrichts-Kommission unsere Anträge und diese Fälle genau prüfen. Verlangt der Minister auch von den Vortragenden und unentgeltlichen Gelegenheitslehrern oder dirigenten der patriotischen Turn- und Gesangsvereine Unterrichtscheine? Die Lehrlinge der Eisenbahnwerkstätten werden laut „Arbeitszeitung“ turnerisch unterrichtet. Was ist da auch die Schulaufsicht wie bei allen Arbeiterveranstaltungen? Ist da schon einmal beim Fehlen des Unterrichtscheins eine Zwangsstrafe verhängt worden, wie das ohne Mahnung oder Aufforderung zur Beschaffung des Unterrichtscheins uns gegenüber stets geschieht? Nicht die Verwaltung mit zweierlei Maß oder will sie alle mit der gleichen Mute züchtigen?

Aber die Verwaltung weiß, daß die Verfügungen nur hervorgehen aus politischer Voreingenommenheit und Gefässigkeit. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Vorsch: Ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. Dr. Liebknecht (Soz., fortfahrend):

Daß sie hervorgegangen sind aus Gewissenlosigkeit! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Lärm rechts.)

Vizepräsident Dr. Vorsch: Ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Das Kind muß beim rechten Namen genannt werden! Den Instanzengang hat man uns entzogen. Wir haben kein anderes Forum als dieses hier! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden zwar hier im nächsten Jahre dieselben Klagen wieder erheben müssen, denn dieses Haus will keinen reinen Tisch machen. Hier muß mit eisernem Besen ausgekehrt werden, denn in dieser Frage hat sich das Kultusministerium, dem Polizeiministerium zum Trost, gezeigt als das verwerflichste preussische Ministerium! (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Großer Lärm bei der Mehrheit.)

Vizepräsident Dr. Vorsch ruft den Abg. Liebknecht zum 3. Mal zur Ordnung.

Kultusminister v. Troitz zu Solz: Was will Abg. Dr. Liebknecht mit diesem, unter erzeugten Menschen ungewohntem Ton, mit seinen immer wieder vorgebrachten Verleumdungen erreichen? Auf mich machen Sie keinen Eindruck. (Bravo! rechts.) Er wird ja in seiner Partei selbst sehr vertrieben eingeschätzt. Wer liest denn seine Reden? Dazu sind ihrer zu viele und sie sind zu lang. (Sehr gut! bei der Mehrheit. — Abg. Liebknecht: Ach, Herr Minister, antworten Sie lieber! — Vizepräsident Vorsch: Sie sind ruhig angehört worden, hören Sie auch den Herrn Minister ruhig an!) Es ist meine Pflicht, den sozialdemokratischen Angriffen auf die Schule entgegenzutreten, das geschieht auf dem Boden des Gesetzes und bedeutet kein Hineintragen der Politik in die Schule. Sie (zu den Sozialdemokraten) senden Flugblätter in die Schulen, worin den Kindern gesagt wird, daß sie nichts von dem glauben sollen, was ihnen da gesagt wird. (Rufe der Sozialdemokraten: Wo? Wann?) Ich werde Ihnen diese Flugblätter zeigen. — Ich halte mich durchaus an das Reichsgerichtsurteil, habe es aber erst nach drei Monaten bekommen. In dem Erkenntnis ist vom Alter nicht die Rede, die Fortbildungsschulpflichtigen fallen darunter. Unsere Auffassung von der Gewerkschaftlichkeit wird vom Oberverwaltungsgericht sanktioniert. Wir warnen die Leute, die keinen Unterrichtschein haben, Unterricht zu erteilen, erst dann, wenn sie nicht folgen, werden Exekutivstrafen verhängt. Uebrigens mußte Abg. Liebknecht mehrere Jahre zurückgehen, um Material zu finden. Der Herr in Oberschlesien ist bereits gestorben. (Weiterer rechts.) Die „harmlos“ Gesangsvereine in Oberschlesien betreiben großpolnische Propaganda und erklären sogar in ihren Statuten: Politik ist nicht ausgeschlossen. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen und rechts.) Meine Herren (zu den Sozialdemokraten), nicht wir greifen Sie an, sondern Sie uns. Ihren Versuchen, die Jugend an sich zu ziehen, werden wir entgegenzutreten, so lange wir die Mittel dazu haben. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien. Entrüstete Rufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Tourneau (l.): Durch die Anstellung hauptamtlicher, also weltlicher Kreis- und Schulinspektoren, denen übrigens viel eher katholische als evangelische Schulen unterstellt werden, wird der Einfluß der Kirche auf die Schule zurückgedrängt. Dafür müßte anderweitig Ersatz geschaffen werden.

Abg. Graf Stradwih (l.): Die Sozialdemokraten wollen immer mehr die Lehrer für sich gewinnen. In Hannover wurde in den Schulen ein Flugblatt von den Sozialdemokraten verteilt, worin gesagt wird, daß die Schule durch keine überfüllte Lehrscheiter die Gesundheit der Schüler beeinträchtigt, bloßes Auswendiglernen von Gebeten sei ihre Fortbildung und den Himmel würde das Volk sich schon auf Erden bereiten. Die Schulaufsichtsbehörden müssen diese Bestrebungen mit Feuer und Schwert austrotten. Bedauerlich ist es, daß sich der Minister nicht äußert über die bekannte Äußerung auf dem Lehrerkongress in Hannover: „Besser, der junge Mann geht in einen sozialdemokratischen Jugendverein, als in gar keinen.“ Die „Päd. Ztg.“ hat das gar nicht abfällig kritisiert. Unsere christlich-nationale Schule darf der Sozialdemokratie nicht ausgeliefert werden. Es hat sich gezeigt, daß die Sozialdemokratie kein überwindener Standpunkt ist. Keine Schwäche in der Schulaufsicht!

Abg. Graf Stradwih (l.): Unsere Armeewürde eine Revolution blutig niederschlagen. Aber wenn unsere Lehrer die Jugend sozialdemokratisch erziehen würden, könne auch die Arme oder ein starker Mann nicht ausreichen. Möge sich die Staatsregierung da nicht täuschen und nicht alles laufen lassen, wie es geht. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Kultusminister v. Troitz zu Solz: Die heftigen Angriffe der Sozialdemokratie auf mich zeigen, wie unberechtigt die Klage des Abg. Graf Stradwih über mangelnde Bekämpfung der Sozialdemokratie ist. Ich habe auch erklärt, daß ein Sozialdemokrat nicht Lehrer sein kann. In der Beurteilung des hannoverschen Lehrertags geht Graf Stradwih zu weit. Der vom Grafen Stradwih mit Recht aufs schärfste kritisierte Hamburger „Molod“, der gegen Vaterlandsliebe und Königstreue schreibt, ist von dem entlassenen Bremer Lehrer Heinrich Scharrelmann herausgegeben. Die preussische Lehrerschaft hat damit nichts zu tun. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) persönlich: Dem Minister werde ich bei anderer Gelegenheit antworten. Er hat behauptet, ich hätte die Unwahrheit gesagt in bezug auf den ins Ausland getriebenen Groniedt, von dem er sagt, es komme eine Rememor nicht in Frage, weil er gestorben sei. Ich habe vom Groniedt Briefe erhalten vom 14. Januar. (Vizepräsident Vorsch: Das ist nicht persönlich.) Ob das Stimmen aus dem Hades (der Unterwelt) sind, weiß ich nicht. Es ist unrichtig, daß dieser Mann schon gestorben sei und durch die betreffenden Neuierungen des Ministers wird die Gesamtheit des Ministers charakterisiert.

Abg. v. Wonna (l.) begründet einen Antrag, möglichst viele Kreis- und Schulinspektoren im Hauptamt anzustellen und zwar mit der erforderlichen Rotwehr gegen die Sozialdemokratie.

demokratie, gegen die Polen und Dänen. Die Mitwirkung der Geistlichen ist unentbehrlich. Was eine Handvoll Bildungsprofessoren will, ist uns gleichgültig, aber wenn die Sozialdemokratie und sogar Lehrvereine die Schule angreifen, muß ich ärgster Kampf die Parole sein.

Abg. Hoff (Sp.): Der Herr Peter Peters-Riel, dessen Aeußerung in Hannover Graf Strachwitz so heftig angriff, ist einer der um die Jugenpflege verdientesten Männer. Ich möchte, wir hätten mehrere solche! Der Redner begründet dann einen fortschrittlichen Antrag auf Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht. Es ist doch fraglich, ob die Kirche, die dem Staat das Recht der Schulaufsicht bestreitet, geeignet ist, sie auszuüben!

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Wir sind in erster Linie für den fortschrittlichen Antrag, in zweiter für den freikonserватiven Antrag, die sich doch nur im Tempo unterscheiden.

Abg. Tarnau (Zentr.): Wir bitten um Ablehnung des freikonserватiven Antrags. Die geistliche Schulaufsicht muß das Eindringen des Unglaubens in die Schule verhindern.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der fortschrittliche Antrag wird abgelehnt gegen Fortschrittler, Sozialdemokraten und die wenigen anwesenden Nationalliberalen; der freikonservativen Antrag geht an die Budgetkommission.

Sonnabend 10 Uhr: Fortsetzung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Kolonialtats in der Budgetkommission des Reichstags.

Bei der Weiterberatung des Etats für Kamerun wurde in der Freitagssitzung die harte Einfuhr von alkoholischen Getränken und die Gefahren und Folgen des Schnapskonsums für die Eingeborenen besprochen. Eine vom Abg. Gothein gestellte Resolution fordert, daß auf die Einschränkung des Alkoholverbrauchs hingewirkt werde, zunächst durch Erhöhung des Zolles und der Lizenz-

abgaben. Im Verlaufe der Erörterungen kam der Staatssekretär nochmals auf den „Herrenstandpunkt“ zu sprechen, der angegriffen worden war. Er halte an diesem Standpunkt fest, der aber nicht der des Sklavenhändlers zum Sklaven, sondern des Vaters zum Kinde sein müsse. Die Eingeborenen in den Kolonien seien Kinder, er habe ihnen daher in Samoa auch keinen Schnaps gegeben. Der Weisse möge so viel trinken, wie er vertragen könne, der Schwarze aber nicht. Abg. Ledebour erklärte zu diesen Darlegungen, daß der Herrenstandpunkt in den Kolonien nicht den vom Staatssekretär gewollten idealen Charakter habe, sondern in der Praxis der brutalsten Ausbeutung und Unterdrückung der Eingeborenen diene. Man solle doch nicht den Zauber vormachen wollen, als ob die Weissen als die väterlichen Freunde der Eingeborenen in die Kolonien gehen. Die Resolution Gothein wurde angenommen. — Die Beratung des Etats für Togo führte zu einer Debatte über christliche und mohammedanische Propaganda unter den Eingeborenen. Abg. Ledebour fragte an, ob die vor einigen Jahren unter größtlicher Beschwindelung der Eingeborenen aufzulaufende Landläufe wieder aufgehört worden sind. Dr. Solff erklärte, daß 40 000 Hektar Land an die Eingeborenen zurückgegeben worden sind.

Wahlprüfungskommission.

Die Prüfung der Wahl des Abg. Brandes (Soz.) wurde am Freitag beendet. In zwei Wahllokalen in Halberstadt sollen die Wahlgellen so beschaffen gewesen sein, daß die Wähler beobachtet werden konnten. Dieser Einwand ist bereits bei der amtlichen Ermittlung des Wahlergebnisses erhoben worden. Der vom Wahlkommissar berufenen Kommission gehörte auch der bürgerliche Stadtverordnete Gerlach an. Dieser gab sofort zu Protokoll, daß er — vermuthlich in amtlichem Auftrage — die Wahlgellen aller Bezirke in Halberstadt vor Beginn der Wahlhandlung inspiziert und in Ordnung befunden habe. Gätte man nun das Resultat in diesen beiden Bezirken für ungültig erklärt, dann hätte der Abg. Brandes noch immer eine Mehrheit von 48 Stimmen gehabt. Der Referent (natl.) verlangte nunmehr, daß dem Ge-

wählten auch die Stimmen der Wähler — 131 an der Zahl — abgezogen werden sollen, die nicht zur Wahl gegangen sind. Damit hätte der Abg. Brandes dann keine Mehrheit mehr gehabt. Diefem Verlangen trat der sozialdemokratische Referent ganz entschieden entgegen. Der vom Referenten gestellte Antrag auf Beanstandung der Wahl wurde abgelehnt und die Wahl dann gegen die Stimmen der Nationalliberalen für gültig erklärt. — Gleichzeitig für gültig erklärt wurde die Wahl des Abg. Sperlich (Z.), der im Wahlkreise Mag mit großer Mehrheit gewählt wurde.

Marktbericht von Berlin am 21. März 1912, nach Ermittlung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—36,00. Linfen 40,00—42,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,60—4,00. 1 Kilogramm Stroh 1,20—2,40. Wale 1,80—3,00. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,40—2,60. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,80—3,20. Fische 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

Witterungsüberblick vom 22. März 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. 6 u. n. 4 Uhr
Swinemünde	748,6	4	Wolflig	7	Haparanda	753,8	4	bedeckt	1	
Dammburg	745,8	4	bedeckt	7	Petersburg	757,6	3	bedeckt	2	
Berlin	750,8	3	Wolflig	8	Schw.	745,8	3	Wolflig	8	
Frankfurt	749,8	3	Wolflig	8	Aberdeen	743,8	3	bedeckt	6	
München	753,8	2	bedeckt	5	Paris	747,8	3	bedeckt	7	
Wien	755,8	1	bedeckt	3						

Wetterprognose für Sonnabend, den 23. März 1912. Etwas trüber, teilweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regenschauern und trübigen südwestlichen Winden.

Unserem Parteigenossen und früheren Bezirksführer Anton Grylowicz und seiner jungen Frau Anna geb. Breuer unsere herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Vermählung. Die Parteigenossen des 399. Bezirks.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Frankfurter Dierckl. Bez. 280. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Transportarbeiter

Wilhelm Grulms

Wilmannsstr. 46, gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 25. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 21/12 Der Vorstand.

Berichtigung.

Die Beerdigung des Kaufmanns Adolf Letzel, Brangelstr. 59, findet nicht am 3. Uhr, sondern um 2 Uhr statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpacker

Wilhelm Grulms

am 16. d. Mts., im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 25. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kutsher

Reinhold Jakob

am 18. d. Mts. im Alter von 36 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kasareth-Kirchhofes Heinersdorf-West aus statt.

Ehre ihrem Andenken! Um rege Beteiligung ersucht 62/18 Der Vorstand.

Allgemeine Ortskrankenkasse zu Berlin.

Am Mittwoch, den 20. d. M., verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser verehrter Bureauvorsteher

Herr Gustav Riedel

im Alter von 57 Jahren.

Der Dahingegangene, welcher seit 22. Dezember 1884 in unseren Diensten stand, war ein Vorbild treuester Pflichterfüllung, dessen Andenken wir für immer in Ehren halten werden.

Der Vorstand.

B. P i e h l, Vorsitzender.

Die Beerdigung findet am Montag, den 25. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 272/3

Nach schwerem Leiden ist am Mittwoch, den 20. März, unser Bureauvorsteher

Gustav Riedel

im Alter von 57 Jahren verstorben.

Wir haben in dem Dahingegangenen einen pflichttreuen, ehrenwerten Kollegen verloren.

Seinem Andenken Ehre!

Die Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin.

Die Beerdigung findet am Montag, den 25. März, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 272/4

Sozialdemokratischer Wahlverein Treptow-Baumschulenweg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kohlen-träger

Karl Wandke

am 19. März verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Kohlenplatz Baumschulenweg, 20/31, nach dem Treptower Gemeinde-Friedhof, Neue Krug-Wiese, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Hermann Priedemuth

am 19. März an Blinddarmentzündung gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. März, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Ferner starb unser Mitglied der Gärtler

Richard Schönwalder

am 20. März an Magenleiden.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.

Ehre ihrem Andenken! Rege Beteiligung erwartet 114/8 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim.

Bezirk Weißensee. Den Mitgliebrern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Rouvier

Karl Danies

am 20. März im Alter von 63 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. März, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Alt-Weihenfeer-Friedhofes, Falkenberger Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 18/4 Der Vorstand.

Am Mittwoch, den 20. d. M., verschied nach schwerem Leiden unser Bezirksmeister, Herr

Gottlieb Hanke.

Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen treu bewährten Mitarbeiter, der mit unermüdlichem Eifer und bestem Interesse auf seinem Posten stand.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten. 748/8

Lange, Herker & Co., Kofferfabrik.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Filiale Berlin. Am 19. März verstarb unser Mitglied, der Färber

Max Kiersch

Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Rixdorfer Gemeinde-Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.

Um rege Beteiligung ersucht 197/4 Die Ortsverwaltung.

Knaben- und Jünglings-Garderobe

fertigt u. nach Maß am billigsten und realisten in der Fabrik

Koppenstr. 85, part., 2 Minuten v. Schloß Bahnhof

Karl Hustädt. Herren-Garderobe nach Maß.

Allen Verwandten, Bekannten, Genossen und Genossinnen die

traurige Nachricht, daß am Mittwoch, den 20. März, früh 2 Uhr, nach langem, schwerem Leiden

Franz Weise

im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

Dies zeigt tiefbetrußt im Namen der Hinterbliebenen an Frau Weise nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe.

(Deutscher Senefelder-Bund.) Am 20. März verstarb unser Kollege und Mitglied, der Stein-drucker

Franz Weise

im Alter von 59 Jahren an einer Lungenentzündung.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 109/7

Die Verwaltung der Filiale I.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die

traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, unser guter Bruder und Schwager, der Kutsher

Reinhold Jakob

infolge eines Unfalls plötzlich verstorben ist.

Dies zeigen tiefbetrußt an Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Kasareth-Friedhof in Heinersdorf-West statt.

Verband der Sattler und Portefeullier

Ortsverwaltung Berlin. Die Beerdigung des Kollegen

Georg Rohr findet am Sonntag, den 24. d. Mts., von der Leichenhalle des Moabiter Krankenhaus aus nach dem Heiland-Kirchhof in Bismarckstr. statt.

Um rege Beteiligung ersucht 156/13 Die Ortsverwaltung.

WESTMANN

Mohrenstr. 37a Gr. Frankfurterstr. 115.

Schicke, fescbe Kostüme

vorrügl. Schnitt, beste Verarbeitung, tadelloso Stoffe.

MODELLE!

Preis: 16, 21, 27, 33, 42, 50 bis 200 Mark.

Ein Ausnahme-Angebot!

Frühjahrs - Uister

für diese Woche 12, 16, 25, 32, 36 M.

Rechtzeit. Einkauf vor d. Feste empfehlenswert!

Duchesse-Taffetmäntel ca. 140 cm lang, von 18 an

Modelle von 25 bis 200 M.

Kleider a. Taffel, Valle, Marquisette, sehr schick

Einsegnungs- und Prüfungs-Kleider

Gestelltes Fresko-Kostüm auf Seide, 39 M.

Künstliche Augen

Ludwig Müller-Uri, Berlin NW., Karlstr. 9, 1. Etage.

Die künstlichen Augen werden in Anwesenheit der Patienten angefertigt u. eingesetzt, dieselben können auch über dem erblindeten Augapfel getragen werden. Auch wird nach Muster angefertigt. 41/13

Möbel-Cohn

58 Gr. Frankfurter Str. 58 unweit der Kaiserstraße.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stube und Küche:

Mark 15	30	50	75
bis 25	bis 45	bis 70	bis 160

Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke Gröste Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.

Vorzeiger dies. Inserat erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Der Verkauf der zurückgelieferten Monatsgarderobe

des größten Abonnementshauses für feine Herrenbekleidung J. STOCK & Co. befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr., Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

A. B. KOCH

Gegr. 1893. Kohlen- und Brikett-Großhandlung

Hauptkontor: Berlin O. 34, Petersburger Straße 1. | Telefon: Amt 7, 3040 und 3096.

Lagerplatz 1: O. 34, Rüdorsdorfer Str. 71 (Küstriner Platz, alt. Ostb.).
Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)

Preise für Ia Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:

pr. Ztr.	pr. Ztr.
Ia Sentenh. Marienglück Salon 84 Pf.	Ia Ilse Salon 1.00 M.
Ia Sentenh. Gotthold Salon . 87 Pf.	Ia Halbstelle 84 Pf.
Ia Diamant Salon 1.00 M.	Ia Anthracit Cadé . . . 2.25 M.

(Ges. gesch. p. Ztr. 115—120 Stck.)

Holz, zerleinert, per Zentner 2.00 M.

Bei Franklieferung je nach Quantum per Ztr. 5—18 Pf. mehr.

Bruchbriketts, Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.

Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialofferte.

Sonntags wieder von 8—10 Uhr geöffnet.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstraße 69 (Laden).

Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner.

Von Dr. August Erdmann.

Preis gebd. 2 Mark.

Das Buch bringt eine Zusammenstellung von Urteilen, die von gegnerischer Seite über die Sozialdemokratie gefällt worden sind und zwar Urteile gänstiger Art. Ein ausführliches Register erleichtert das Nachschlagen. 247/2

Richard Kurtzke Kottbusser-Damm 8.
Otto Pahnitz Eig. Werkstatt 14
C. Richter Rixdorf, Friedelstr. 49.
Otto Wehnert Schillerstr. 87. Hg. Fabr.
 Chausseestr. 50.

Lehranstalten
Zuschnode-Schule des
Deutsch-Zuschnoder-
Verbandes, e. V., BERLIN
 Maurowstr. 80/83, T. 13401.

Rudolf Maurer
 Friedrichstr. 61a, Ecke Mohrenstr.

Strahlendorffs
Handels-Akademie.
 Beuthstr. 10 u. 11, I., II., III. Etage.
 Größtes Institut Berlins
 Ausführl. Lehrpläne umsonst.

Linoleum u. Wachs.
Haase Rixdorf, Bergstr. 42.
Häntsch Weidenstr. 22, Berlin.
Rausch, Rich. Linoleum-
 Fabrik-
 Niederlage Warschauerstr. 6.

Manufakturwaren
Grünberg Nachf. W. Petersstr. 34-39.
 Modewaren.

Möbelhandlungen
W. Bachmann, Charl. Beckstr. 13.
Bethke, Georg Muskauer-
 str. 44.
 Rixd., Hilbertstr. 33, Kalk-Friedr. 94-94.
 Weststr. 159, Friedelstr. 23.
 Treptow, Grätz-Str. 54.
 Borsdorf, G. H., Kalk-Friedr. 87-87.
 C. Basse, Reichenkondorferstr. 29.
 Jul. Conrad, Reichenkondorferstr. 44.
 Bernhard Danne, Kalk-Friedr. 10-11.
 C. E. Fink, N. Pankstr. 92.

Prese, Ernst & Geschäfte
 im SO.

Gaeger, Otto Charlotten-
 burg.

Paul Gaeger, Spandau.

Jos. Hauke Mohrenstr. 36.
 Hermannstr. 173.
 Hermannstr. 39/39.
 Bergstr. 144.
 Kalk-Friedr. 31/34.

Heinrich R. Charlotten-
 burg.

Karl Hahn, Scherersstr. 2.

Korn, Hugo Wrangel-
 str. 117.

A. Kobbelt Berlin 12, L. A. Nord 83/83.
 12 u. 13. Etage.
 B. Krüger, Schöneberg, Hauptstr. 133.
 E. Kanze, Charl., Knobelsd. 84, 10.
Lenz & Jagmann, Wilmstr. 43.
 Posenstr. 15, Stralauer-Allee 11.
 Lüdke, H., Fruchstr. 67.
 Gus. Meyer, Hohl. 54, 18, Wilm-Str. 1.
 C. Neugebauer Ober-Schönewalde
 Carmen-
 Str. 185.
Nitsch & Rabsahl, Spandau.
 Otto Nowack Nachf. Spandau.

F. Pfugmacher, Colonnenstr. 48.
Greifswalderstr. 11,
via vis Lippohorst.
Manneinstr. 17.
Steinmetzstr. 27.
Mariannenstr. 14.
Markth. Marksteinstr.
Markth. Borschestr.
Reichen-
bergerstr. 35.
Walter Seidel, Borschestr. 28.
Thiele, Nachf., Prinzenstr. 10.
H. Weidler, Reichenkondorferstr. 64.
Reinhold Werner, Tegel, Treckstr. 19.
B. Zyczynski, Ri. Pannierstr. 59.

Möbelmagazine
Gustav Böse Tischlermstr., Lesien-
 Ofen 22, am Oranienplatz.
 Berliner Möbelhalle, Achterstr. 120 u.
 Möbelhalle, Nordend, Allee 118.
Dachne, F., Ri., Neue Jonasstr. 36.
A. Dohmann, Stromstr. 44.

Wilh. Gabbert, Brunnen-
Str. 102.

Geppert, Paul, Zossenstr. 32.
Gercke, Fritz, Müllerstr. 145.
Alexand-
erstr. 42.
H. Gebert, Möbel-Fabrik.
 Birkenstr. 44.
 Grill, Reichenkondor, Schornweberstr. 13.
Wilh. Kamann Schönehauser-
 Allee 42.
Harnack Stallbesitzerstr. 57,
 Bar- und Teilschlag,
 Verkauf i. Fabrikgeb.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 132.
König, A., Ri., Berlinerstr. 102.
Herm. Kogel Rixdorf,
 Hermannstr. 12.

Küchenmöbel
 Berliner Küchenmöbel-Fabrik
 Neue Königstr. 81-82, T. VII 4746

Lüdecke, Kottbusser
Damm 83/85

Lange, Max Schwedter Str. 2.
 a. d. Kast. Allee 6

L. Lazarus, Petersburger Str. 62.
 L. Lüdke, E. Ri. Bergstr. 4.

Misch Legmann
 bred. 34, 1st
 und Teilschlag

Hugo Mob. W. 57, Pankstr. 17a.
Rebsch, E., Spandau.
 C. Reiber Nachf., Veteraniinstr. 21.

Emil Ruffler
 Tischler-Innungsmeister
 Prinzenstr. 34

Schmidt, Otto Möbelfabrik
 Gartenstr. 32.

Siebeky, W. Guelensau-
 str. 18,
 A. Schuster, Ob. Schönewalde, Edmonstr. 59

Wilhelm Slotawa
 Turmstr. 81, Waldensarstr. 34

Schwanke, Rixd., Hermannstr. 223.
 eig. Tischlerei u. Tapezierwerkst.

Wendland, Ernst Swinemünd.
 Straße 121.
 Möbelfabrik - Bar- u. Teilschl.
Herm. Wendland Reichenkondor-
 Straße 114.

Jos. Werner Charlottenburg
 Schorrenstr. 10.

Möbel-Transport
P. Enders, Schöneberg, L. A. Nord 1180.
Robert Frenzel, Cappelstr. 102.
Krüger, Rixdorf, Hermannstr. 254, T. 518.
 Bitterstr. 94, IV., 4195.
J. Lange Billigste Preisberechnung.
 Paul Schur, G. u. H. B. Birkenstr. 87.

Molkereien
Molkerel „Nord-West“ Brennerstr. 50
 Bredowstr. 36

Milchkuranstalt
am Viktoriapark
 Kroubergstr. 27-28, T. A. VI. 1070

Kinder- und Kermilch.
Wilh. Schmidt
 Rixdorf,
 Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96.

„Schweizerhof“
 Meierei und Milchkuranstalt.
 Emdener Str. 48, u. Tel. II. 2505.

Musikalien
Niemeyer, Brückstr. 8, Köpenickerstr. 76
Scholz Frankfurter-Allee 73 b
 Frankl.-Chaussee 115.

Musikinstrumente
Kirst, Rich., Brunnenstr. 43.
Menzel-Pianos Gütig, Kantstr. 61
 g. u. l. jedem Preis.
 Plato & Co., Köpenickerstr. 105/6.
 Lorenz Rahmel, Oranienstr. 181
 Lorbeer, Müllerstr. 14.

Musik-Haus
Lenzenhauer
 Größtes Spezialgeschäft der
 Branche. Spittelmarkt 14a.

Reetz, Spandau, Havelstr. 21.
 Schindke, Otto, Ri., Richardstr. 115.

Nähmaschinen
Bellmann, E., tielnowstr. 36.
 Waschmaschinen.
Ferra Hermannstr. 177.
Pfaff Kottbusser Damm 23.
 bestes deutsches Fabrikat
 Steinhilber, Spandau.
Littauer, Vertr. Wilke, Ri. Berlinerstr. 84,
 Hermannstr. 54/50.

Singer
Nähmaschinen
 Läden in allen Stadtteilen.
Afrann-Nähmaschinen
 G. A. Dittmer, Andreasstr. 79, Peiserburger-
 str. 27, Spandau, Scheiwalderstr. 19

Optiker
Bardorf, Moubi, Turmstr. 74.
Dass, Paul, N. Müllerstr. 174.
Gros, Paul, Warschauerstr. 66.
Hasler, Gollnowstr. 18. Kassenstr. 6.
Rieck, Münsterstr. 14-15.
Schubert, Carl, Ri., Bergstr. 145.
Wienstrack, Spandau, Peiserstr. 19.

Papier- u. Schreibw.
G. Prochnow, Ri., Hermannstr. 69.
Seldler, Louis, Ri., Bergstr. 43.

Pfandleihen
Rixd., Pfandleihe Rixdorf, 58
 nur Bergstr.
 Spätlicher Betzverkauf, Hochmoderne
 Herren- u. Damen- u. Kleider- u. etc.
E. Kron, Köpenickerstr. 55a, I.
Langer, Wasagstr. 52, Billiger Verkauf.
Schmidt, Fennstr. 3
E. Seifrieden, Kottb.-Damm 28. I.

Photogr. Apparate
Ingo Schultz Müllerstr. 160 a
 Eng. Artikel 0%, Gelegenheitskäufe
Schmidt, Fennstr. 3
E. Seifrieden, Kottb.-Damm 28. I.

Putz- u. Modewaren
M. Haase Rixdorf, Bergstr. 1
 Putzgeschäft
34 Hermann-Str. 34 e. Damenhüte.
Bertha Mierzwa Frankfurter-
 Allee 56
 Spezialhaus für Damenhüte
Peters Spezialha. f. Damenhüte
 L. Frankl.-Chaussee 192 a
 Liefer. d. Konsumgenossenschaft.
 Schmalhals, Ri. Bergstr. 141, Pankstr.

Puppen
P. R. Zierow, Schönehauser
 Allee 173

Restorhandlungen
Luise Frömel, Greifswalderstr. 109.
Carl Joch, N.O. Pallasdenstr. 97.
Pauline Preisling, Reichenkondorstr. 131.
Berth. Schreiber, See Königsstr. 33.

Schuhwaren, Schuhm.
Ernst Adam, Friedrichshagen.
Anhalt, E., Andreasstr. 13.
Baumgart, H., Müntzstr. 23.
 Warschauerstr. 31.
Hans Bry Rumburg, Mozartstr. 2.
 Damasker, Javalidenstr. 144.
J. Donzig Nachf., Chausseestr. 26
Eilers, Anhaltstr. 4, Lindenstr. 112.
Engel, W., Reichenkondorferstr. 93
Osk. Engler, Schwandauerstr. 43.
Osw. Fabian, Köpenick, Kiefernstr. 17.
Formanowicz, Yorkstr. 53 (194. Kalk.)
Otto Grätzsch, Chausseestr. 120. 67.
Goldmann, Spandau, Scheiwalderstr. 54.
Heinrich Johann, Peterab.-Str. 26.
H. Jetzlaff, Badstr. 54.
 Fabrikmarke
 für haltbarste
 Flschuhe und
 Pantoffeln.
Kn
P. Lange, Nowawes, Priesterstr. 27

Herm. Kärmer, Köpenick.
G. Kramer, Wilm., Berlinstr. 121.
Fiedr. A. Lange, Lützowstr. 58.
Paul Lehmann, Friedrichshagen.
Ernst Müller, Teltowstr. 59.
Neuringer, Kalk-Agustastr. 27.
C. Neumann, Falkensteinstr. 27.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 145.
Platzmann, Jagowstr. 29, 59.
Reetz, Max Spandau, Schön-
 walderstr. 12.
G. Rechenberg, Schöneb., Akazienstr. 4.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 50.

Schuhwarenhaus des Westens York-
 str. 46.
 Schwerezer, Turmstraße 48.
Alb. Seeger, W., Lortzingstr. 6
Sommer, Wilh., N. Schick, Allee 45.
A. Tretsch, Friedrichshagen, Friedelstr. 23.
Witt, Spand., Neuenfelderstr. 29.

Schirme u. Stöcke
Grod, F., Spandau, Potsd. Str. 19.
Herrmann, Lybesser- u. Ege-Fabrikale.
Jehnichen, Rixdorf, Kalk-Friedr.-Str. 18
H. Lerehe, Schöneberg, Kollnuserstr. 62
A. Rieck, Badstr. 11, Bezüge billigst
Herm. Rosenky, W. Kastellanstr. 4.
G. Schleussner, Warschauerstr. 80.

Seifen
Gustav Gumbal, Kantstr. 64.
Heldke, Paul, Burgstr. 12.

Teppiche u. Gardinen
J. A. Schulz Weinberg-
 Weg 10 I.

Trauer-Magazin
Westmann
 Mohrenstr. 37 a, Gr. Prkf. Str. 115.

Uhren u. Goldwaren
Oscar Aldag, Charl., Krummstr. 19.
J. Behrendt, Wrangelstr. 63.
Otto Brauer, Müllerstr. 164.
Charlottenburg
 Spandauerstr. 30
 u. L. Hohl, fr. Treck
Max Busse Charl. Bergstr. 14.
 Reichenkondorferstr. 96.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
 Brunnenstr.
 175/177.
W. Eisele, Charl. Wilmstr. 111.
Eilinghausen, Gebr., Gruberweg 48.
Fenske, S., Kottbusserdam 96
P. Fischer, SO., Michaelkirchstr. 2
 Charlottenburg.
J. Gebhardt Berlinerstr. 124.
George, Adolph, Badstr. 65.
Ernst Gröber, Brunnenstr. 78.
Hilber, 57, Lief. 4.
M. Graupner Kasan-Gebr. Berlin a. P.
H. Kammler, Charl., Krummstr. 29
 Brunnenstr.
M. Sarel 118.
Knebusch, W., Pfr. Chaussee 61
E. Kautz, Lützowstr. 52, 53, 54
B. Lechtermann, Reize- u. W. Sackstr. 1
Lehmann, Alb., Frankl. Allee 40.
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 23.
Lüders, H., Schöneberg,
 Kollnuserstr. 53.
Nolte, K., Simon-Dachstr. 13.

Rudolf Plunz Brunnenstr. 112.
 Brunnenstr. 84

Emil Quade Quitzow, Joh., Müllerstr. 14.
 Schöneberg,
 Hauptstr. 148.

Carl Schlewinsky, Koppenstr. 4.
R. Schmelz Reichen-
 kondorferstr. 143

Wilh. Schmidt, Friedelstr. 13.
Gustav Scholz Schöneberg
 Hauptstr. 155.

Schönemann, G. Ri., Bad-Str. 73.
F. Schönwig, Berl. O., Gaslerstr. 27
W. Schulz Kollnuserstr. 33
Schumacher, O., Tegel, Berl.-Str. 50.
Schulz, Osw., Frankl. Allee 24.
Gust. Schuder, Oranienstr. 155-56.
W. Studel Swinemündenerstr. 96
 Ecke Lortzingstr.

Max Storch, Eibingerstr. 105.
M. Tomedna Nachf., Kiefernstr. 16.
Paul Treck, Charl., Spand.-Str. 23.
A. Trümner, Wilmshagen, Hauptstr. 12.
Truxa, W., Frankl. Allee 189.

Uhren- u. Goldwaren-Industrie
 Berlin 200, Lindenstr. 16. Beste
 direkt. Bezugsquelle! Katalog gratis.
 Versand nach allen Ländern, billige Preise.
E. Welsch, Nowawes, Priesterstr. 74
 Rixdorf.
Wittig, Ad., Berlinstr. 115.
 Zabel Nachf., Charl., Bergstr. 118.

Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
 Arbeiterversicherung - Schutz-
 Störklassenversicherung, str. 5

„Friedrich Wilhelm“
 Berlin W 8, Behrenstr. 56-57
 Lebens-, Sterbeklassen-Arbeiterversicherung.
 Mit u. ohne Freil. Untersuchung.
 Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge

Iduna' zu Halle a. S.
 Berlin, Charlottenstr. 82
 Volks- und Lebensversicherung.

Warenhäuser
Warenhaus M. Nipsch
Spandau

Wilh. Herm. Lesser
 Kaiserstr. 14, Schöneberg, Kollnstr. 14
 Bei jedem Einkauf Rabatt

Welse, Löhre u. Fruchthölzer
Hugo Selig
 40 Filialen in allen Stadtteilen.
Bettinger, E., Wald- u. W. Kollnstr.
Elie m. Weyl, Lützowstr., Gedächtnisstr. 14.
Groß, Zur Sonne, P. Freudenberg.
Martin, Bruno, Ri., Hermannstr. 5.
Ignatz Sello Brunnenstr. 18
 und Filialen.
 Hauptstr. 14, Rixd.-Friedr.

Conrad Großdestillation
 Oranienstr. 207.

Waschmittel
Verlangen Sie
„Edelweiß“
 Krone aller Waschmittel.
Woll-, Wollw., Trikot.
Ahlscher, Gust., Chorinestr. 76.
H. Barts, Schönehauser Allee 107.
Brandow, Otto, Ri., Hermannstr. 36
 Reusselstraße 78
M. Gardels Tauroggenstr. 10
Georgi, Ernst Kreuz
 Str. 51a.

Hoffmann, Carmen Sylvanstr. 5
Koppe, E., Scharnweberstr. 52.
 Lortzingstr. 9.
Julius John Dünkerstr. 1.
Jonas, Hermann Kollnstr. 111.
 Lohse, Lohsestr.
Juncker, H. Hermannstr. 172.
Carl Klein, Höchststr. 16, N.O. 378.
Robert Kutsche, Gubenstr. 56
Kriebel, Schöneberg, Lützowstr. 5
A. Kuesler, Caprivistr. 4.
Ch. Loewy Lützowstr. 12/13
 vis-a-vis der Kirche.
Meyer, Hermann, 12, (Arbeiterklub)
 Nachmann, Wilmstr. 131a, Kas.-Lief.
Fr. Ollwetski, Alte Jakobstr. 157.
Schaefer, Hauptstr. 43.

M. Schaefer
 S.W. Hollmannstr. 43
 W. Maassenstr. 17.

Schram, Lina, Mirlschstr. 21.
Otto Seefisch, Kochstr. 81.
Hermann Meyer, Schönebergstr. 21.
Stein Schaefer, W. Schönebergstr. 118

Ad. Schäfer Nachf.
 50. Admiralstr. 4.
L. Schneider, Weberstr. 61.
A. Tschaege Elisabethkirchstr. 13
 Wäsche, Bettfedern
Thurau, O., Charl., Gauerstr. 14
L. Vierarm, Zionskirchstr. 24.
E. Voigt, Reichenkondor, Anhaltstr. 181.
 Urbanstr.

Wild u. Geflügel
C. Dittmann Rixdorf,
 Berliner Str. 42.
P. Hildebrandt Brunnen-
 str. 129.
Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 13
Zastrow, Lützowstr. Allee 147, P. d. S.

Zahn-Atelier
E. Bode, N. Schönehauser Allee 43. I.
Hollbruch, Hermann, Fankelstr. 5, geg. 1071
Herold, H., Eissenerstr. 97, a. Rosenthal Pl.
Jordan, Alfr., Fennstr. 21, geg. 1888.
Krüger, O., Reichenkondor, Chausseestr. 146
 Muskauerstr. 14
Witte, Max Alte Hauptstr. 12.

Riba Schokolade Eiweiß-Nährschokolade für Gesunde und Kranke

Sarotti

Riba Kakao Eiweiß-Nährkakaó für Blut, Kraft, Nerven

Architekt
 W. Zimmer, Sander, Obere Seelgasse.
 Entwirft und künstlerisch erfährt
 übernimmt die Herstellung von Ent-
 würfen zu Gebäuden jeder Art für
 die Partei, die Gewerkschaften und
 die Genossenschaften. 1772*

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
 I.: Neue Friedrichstr. 35
 neben Zentral-Wandhalle
 II.: Turmstr. 67
 liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
 nach Maß
 unter Garantie für tadellosten Sit-
 z gegen tödentliche Zeitverzögerung
 von **1 Mark** an.
 Auf Wunsch Besuch des Bekleiden
 mit neuesten Stoffen.
 Beford. Abholung f. fert. Garderobe
 Sonntag geöffnet.

Greift zu!
 Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill.
 kleiden will, empfehle eleg. Mo-
 natsgarderobe in feinsten Werk-
 st. Berlins garb. von Herr-
 schaften, Doktoren, Kavalieren nur
 kurze Zeit geb. (für jed. Fig. pass.)
 Monats-Jacket-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
 Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
 Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
 Monats-Herren-Hosen 2,50, 3,00 M.
 Ulster, sehr billig.
 Große Abteilung neu u. r. Garderobe
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98
 (Nähe Strausberger Pl.)
 Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Größtes Unternehmen der Kredit-Branche
 im Osten Berlins!
 154¹ Frankfurter Allee 154¹

Möbel
 Ganze Einrichtungen auf KREDIT

Richard Krumbeck
 Berlin o. Frankfurter Allee 154
 liefert alles auf Kredit

Möbel
 Ganze Einrichtungen auf KREDIT

Richard Krumbeck
 Berlin o. Frankfurter Allee 154
 liefert alles auf Kredit

Herren-Garderobe
 Rock- u. Jackett-Anzüge
 Massersatz wöchentlich 1⁰⁰

Damen-Garderobe
 Kostüme, Blusen
 Röcke, Jackette wöchentlich 1⁰⁰

Mit 20 M. Anzahlung
 1 Schrank
 2 Bettstellen
 1 Tisch
 3 Stühle
 1 Spiegel
 1 Spiegelspind
 1 Küchenspind
 1 Küchentisch
 1 Küchenrahm.
 2 Küchenstühl.
 wöchentlich 2⁰⁰

Mit 30 M. Anzahlung
 1 Schrank
 1 Vertiko
 1 Tisch
 4 Stühle
 2 Bettstellen
 1 geschl. Spieg.
 1 Spiegelspind
 1 Küchenspind
 1 Küchentisch
 1 Küchenrahm.
 2 Küchenstühl.
 wöchentlich 3⁰⁰

Mit 40 M. Anzahlung
 1 Schrank
 1 Vertiko
 1 eleg. Tisch
 4 Rohrichtst.
 2 Muschel-
 betten
 betten mit Matrutz.
 1 Trumeau
 1 Sofa
 1 Küchenspind
 1 Küchentisch
 1 Küchenrahm.
 2 Küchenstühl.
 1 Kehlkasten
 1 Handtuchhit.
 wöchentlich 4⁰⁰

Teppiche
Gardinen
Portieren

Bunte
Küchen

Kn
 1 Kleiderobrak
 1 Vertiko
 1 Bettstelle mit Matrutz
 oder
 2 Matrutz u. Kalkissen
 1 Küchenspind
 Spiegel und Spiegelspind
 wöchentlich 5⁰⁰

Monats-Garderobe!
 Die besten Sommer- Paletots
 und 4-500 getragene Anzüge für
 Herren, Smoking-Anzüge, Freize-
 anzüge, sowie von Kanakern ge-
 tragene, fast neue Sachen (Seide),
 für jede Figur passend, in größter
 Auswahl zu unübertroffen billigen
Preisen.
 1 Tr., best. billiger wie im Laden.
Hirsch Kieferbaum, str. 12/13 I

1 Mark
 wöchentl. Teilzahlungen
 liefert elegante fertige

Herren-Garderoben
 Ersatz für Mass-
 Anfertigung u. Mass
 Tadellos Ausführung

Julius Fabian
 Schneidermeister
 Gr. Frankl. Str. 37^H
 Eingang
 Strausberger Platz.
 K. G. Turmstr. 18
 einh. I. Etage,
 nur 1. Etage,
 nur 1. Etage.

Herrenmoden
 nach Maß, Deutsche u. engl. Stoffe, Kn-
 gen 40 Bl. Paletots 20 Bl. Cole 13 Bl.
 auch bessere Maßhaar- u. Bekleidung.
 Über 1000 Stoffe liefern von 20 Bl. an.
 Preis- u. Zeit-Zuschneide- u. Anprobe-
 system einzig für tadellosten Sit.
F. Hänke Preussenerstr. 26.
 (Alexanderplatz)

Partei-Angelegenheiten.

Neukölln. Stadtoberordneten der zweiten Abteilung. — Am morgigen Sonntag steht in den Bezirken der Hausagitation resp. die persönliche Rücksprache mit den Wählern der zweiten Abteilung ein. — Die Ausgabe des hierzu notwendigen Materials erfolgt heute von 6 bis 7 Uhr abends von folgenden Stellen aus, und zwar für den ersten Bezirk bei Brungel, Reuterstraße 46, zweiten Bezirk bei Jibel, Elbestr. 8, dritten Bezirk bei Wolf, Kirchhoffstr. 41, vierten Bezirk bei Schröder, Rogatzstr. 33/34, fünften Bezirk bei Fischer, Weisestr. 14, sechsten Bezirk bei Müller, Mainzer Straße 14. — In Anbetracht unserer großen Sache bitten wir, diese Tätigkeit recht gewissenhaft auszuführen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Neukölln. Zu der morgen, Sonntag, den 24. März, nachmittags stattfindenden Theatervorstellung „Die beiden Leonoren“ von Paul Lindau sind noch Billets in den Parterreboxen und bei den Genossen Pfeifer, Herrmannstr. 49, Fischer, Weisestr. 14, Meier, Prinz-Sandberg-Str. 3, Gemmeder, Kaiser-Friedrich-Str. 22, zu haben. Der Bildungsausschuss.

Steglitz. Am Sonntagmorgen 8 Uhr findet auf Grund der öffentlichen Stimmabgabe bei der Gemeindevertreterwahl eine Hausagitation zur Gewinnung von Wahlvereinsmitgliedern und „Vorwärts“-abonnenten statt. Die Genossen und Genossinnen wollen sich rechtzeitig in den Bezirkslokale einfinden.

Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverteilung. Bezirk 5 und 8a bei Lenski, Chausseestr. 55. Sämtliche Bezirke der übrigen Bezirke, auch die Genossen vom Osten bei L. Weintnick, Ringstr. 17, Ede Holsteinstraße.

Der Vorstand.

Tempelhof. Sonntag, den 24. März, vormittags 8 Uhr, von den Bezirkslokalen aus wichtige Flugblattverteilung.

Treptow-Baumhulenkamp. Morgen, Sonntag früh 8 1/2 Uhr: Flugblattverteilung von sämtlichen Bezirkslokalen aus.

Der Vorstand.

Ober-Schöneberg. Die Versammlung am Dienstag, den 26. März, kann unvorhergesehener Umstände halber nicht stattfinden. Am Sonntag findet aber trotzdem eine anderweitige Flugblattverteilung statt, an der die Mitglieder des Konsumvereins regen Anteil nehmen mögen. Die Bezirksleitung.

Neinikendorf-Ost. Morgen, Sonntag, von 8 Uhr ab: Flugblattverteilung zur Gemeindevertreterwahl im 3. Bezirk (alle östlich der Sonntagstraße belegenen Straßen; also die Provinzstraße mit ihren Seiten- und Nebenstraßen). In Betracht kommen Teile des 1. und 2., ferner des 6., 7., 8., 9. und 10. Wahlvereinsbezirks. Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Dienstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Mllh, „Schwarzer Adler“, Plattenburger Straße 4: öffentliche Versammlung. Thema: „Der Kampf gegen wirtschaftliche Ausbeutung“. Referent Genosse Virus-Berlin. Dazu am Sonntag, 8 Uhr, von den bekannten Stellen: Handzettelerbreitung. Die Bezirksleitung.

Groß-Becken. Am Sonntag, den 24. März 1912, nachmittags 2 Uhr, in Köchlsdorf, Lokal von Gollspat: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 3. Bericht der Gemeindevertreter. 4. Maßfrage. 5. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Arbeit.

Oben im Norden der Stadt schaffen Hunderte an einem Riesenwerk. Gewaltige Steinquadern türmen sie dort zu massigen Bogentwölbungen. Gerippte Eisenpfiler verankern sie in tief ausgewähltem Erdreich. Holz und Stahl, Beton und Ziegel geben das Material für die sich an die nördliche Weichselgrenze der Riesenstadt schiebende Hochbahnstrecke.

Unermüdet singt dort die Arbeit ihr Lied. Die Herde der Feldschmieden hauchen züngelnde Flammen. Hämmer drohnen. Nietmaschinen rattern. Spaten knirschen im kieseligen Grunde. An gewaltigen Steinblöcken wuchten Tümpel von Armen. Das Klingt und klirrt Stunde um Stunde. Und fast zusehends wächst der gewaltige Bau.

Wer täglich des Weges kommt, kennt bald einzelne der Leute, die dort schaffen; wenigstens dem Aussehen nach. Die Grundröße sind selten. Das dort sich müht, steht meist in der Blüte seiner Kraft. Breitschulterige Monteure in blauen Hosen tragen mit geschickten Griffen Teil an der schlängelnden Eisenkonstruktion. Auf schmalen Trägern, die Pfeilerkrönung mit Pfeilerkrönung verbinden, schreiten sie behende mit staunenswerter Gewandtheit dahin. Von einem hochgelegenen Platz aus, der im Geviert nur nach Quadratdezimetern zählt, verrichten sie ihre Arbeit: hämmern sie, feilen sie, säubren sie. Und rings um sie her braust ein wüster Lärm: Gebläse fauchen, Räder rattern, Maschinen stampfen. Sagen, Sägen, Kerze und anderes Arbeitsgerät decken den Boden. Die Feldschmieden hauchen ihre Glutdämpfe zu dem emsig sich Mühenden empor. Die tauend Gefahren des Arbeiterrisikos sind nach, formen sich zum Wilde, das sich unvergeßlich dem Auge des angsterfüllten und doch bewundernden Beschauers einprägt. Der aber, nicht diese Anstalt und diese Bewunderung gelten, achtet ihrer nicht; achtet auch nicht der Gefahren, die ihn umdrängen. Mit einer selbstverständlichen Leichtigkeit übt er seine Pflicht aus; seine handwerkliche Gewandtheit triumphiert über alle Schwierigkeiten der Arbeit.

Und wie der eine, so auch die andern. Jeder in seiner beruflichen Spezialität. Wie eine Ameisenlarve umlauert und umlaufen diese Menschen mit ihren vielfältigen Handlungen den wachsenden Riesenbau. Immer mehr Steinbogen wölben sich. Immer mehr Eisenpfiler wachsen aus der Erde. Ihr roter Mennigeanstrich läßt sie weißlich leuchten. Hunderte von Armen sind in planmäßiger Bewegung. Rechts und links lauten und huschen die Wagen der Elektrischen vorüber. Die Rauchfahnen stöhnender Ringbahnlokomotiven wälken im Norden den Horizont. Staub und Ruch durchwirbeln die Luft. Aber aus den grauen Schleieren der durchwühlten Stunde leuchten weiß die massigen Steinbogen an den Strahlenübergängen und flammen rot, wie Fackeln, die Kolonnen der Eisenpfiler, die die Arbeit hier im Norden der Millionenstadt aufgepflanzt hat.

„Der Berliner Magistrat als Landwirt.“ In diesem Thema schreibt uns ein städtischer Arbeiter: „Unter diesem Titel bringt der „Vorwärts“ am 20. d. M. eine Notiz über den Meiereibetrieb Berlins. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Vorwärtslesern die nicht mehr neue, doch vielleicht unbekannte Tatsache unterbreiten, daß sowohl der Meiereibetrieb wie auch der Betrieb der Meiereien auf den Rieselwiesen im Laufe der Zeit vergrößert und verändert

wurden; der wichtigste Bestandteil der Meiereibetriebe, die Arbeiter und Arbeiterinnen der Rieselwiesen, aber immer noch unter den alten und verrosteten Bestimmungen der Gesindeordnung von Anno Tobad zu leiden haben. Aber nicht genug, daß der Magistrat die Rieselwiesenarbeiter und -arbeiterinnen unter diesem verkommenen Ausnahmegesetz schmachten läßt und alle Verbesserungsversuche der Organisation der Gemeindegewerkschaften und auch der sozialdemokratischen Fraktion unter den Tisch wirft, besteht auch noch ein Ausnahmezustand für die Rieselwiesenarbeiter und -arbeiterinnen gegenüber den andern städtischen Arbeitern und Angestellten. Um dieses zu beweisen, nur wenige Beispiele: Der Magistrat hat für alle städtischen Betriebe schon seit langen Jahren Arbeiterausweise eingeführt, nur für die Rieselwiesenarbeiter und -arbeiterinnen nicht. Alle städtischen Betriebe haben für die Arbeiter und Angestellten nach bestimmten Karenzzeiten Erholungsurlaub von 8-10 Tagen bewilligt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Rieselwiesen müssen aber darauf verzichten, weil sie nach Ansicht der Verwaltung immer in der „frischen reinen Luft“ und darum nicht erholungsbedürftig sind. Mit Verlaub! Frisch mag die Luft auf den Rieselwiesen öfter sein, aber das „rein“ möchte ich stark anzweifeln. Und schließlich liegt die notwendige Erholung nicht allein an der frischen Luft, sondern auch Ruhezeit tut dem Arbeiter not. Das wissen übrigens die Beamten der Verwaltungen ganz genau; denn sie selbst sind in jedem Jahre längere Zeit erholungsbedürftig, obwohl sie meist ihren Dienst in dieser „frischen und reinen“ Luft verrichten. Alle städtischen Arbeiter und Angestellten der städtischen Betriebe, welche verheiratet sind und unter 2000 M. jährlich verdienen, haben im vergangenen Winter infolge der Teuerung eine Teuerungszulage in Höhe von 40 M. bekommen. Den Arbeitern und Arbeiterinnen der Rieselwiesen aber wird diese Teuerungszulage vorenthalten. Warum? Weil sie als Deputat Kartoffeln anpflanzen dürfen, aber im vergangenen Jahre nichts geerntet haben; weil sie sich auch Gemüse ziehen dürfen, welches aber im vergangenen Sommer meist verbrannt. Für die Rieselwiesenarbeiter besteht demnach die Teuerung so gut wie für alle übrigen Schichten der Bevölkerung; der Magistrat enthält ihnen jedoch die Teuerungszulage vor. Das tut ein kommunaler Arbeitgeber, der es fertig bringt, den Rieselwiesenarbeitern seit etwa zwei Jahrzehnten — trotz der inzwischen bedeutend veränderten Lebensbedingungen — den Jammerlohn von 1,20 M. pro Tag im Winter zu zahlen.“

Zentralfundbureau für Groß-Berlin.

Der Polizeipräsident gibt bekannt: Der Minister des Innern hat auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 — Gesetzsammlung S. 265 — durch Beschluß vom 12. März d. J. die ortspolizeiliche Zuständigkeit hinsichtlich der Fundfächer in den Gemeinden Charlottenburg, Lichtenberg, Vogelsang-Rummelsburg, Stralau, Neukölln, Schöneberg und Deutsch-Wilmersdorf vom 1. April d. J. dem Königlichen Polizeipräsidenten von Berlin übertragen. Zugleich hat der Minister die Vorchrift in § 6a der Dienstvorschriften betreffend die polizeiliche Behandlung der Fundfächer vom 27. Oktober 1899 in gleicher Weise, wie dies für den Stadtkreis Berlin bereits geschehen ist, auch für die übrigen in dem obigen Beschlusse aufgeführten Gemeindebezirke dahin abgeändert, daß vom 1. April d. J. ab der Auszug aus dem Fundverzeichnis in den Geschäftsräumen der in Frage stehenden Vorortspolizeiverwaltungen nur während eines Zeitraumes von zwei (statt von vier) Wochen auszuhängen ist. Vom 1. April d. J. hört demnach die Tätigkeit der städtischen Fundbureaus in Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln und Lichtenberg auf. Die Geschäfte werden zugleich mit den Geschäften des Fundbureaus für den Stadtkreis Berlin von dem neu errichteten Zentralfundamt für den Landespolizeibezirk Berlin übernommen. Die Geschäftsräume des Zentralfundamts befinden sich in dem Dienstgebäude am Alexanderplatz, Zimmer 32a. Die Polizeibehörde üben ihre bisherige Tätigkeit in Fundfächer weiter aus. Die Abgabe gefundener Gegenstände kann bei jedem Polizeiviertel im Landespolizeibezirk Berlin erfolgen, unabhängig davon, ob der Gegenstand im Bezirk des in Anspruch genommenen Polizeiviertels gefunden worden ist oder nicht. Die Verzeichnisse der Fundfächer werden in den Geschäftsräumen des Zentralfundamts und der Vorortspolizeiverwaltungen ausgehängt.

Zu dieser Bekanntmachung müssen wir bemerken, daß wir wiederholt in unserem Blatte auf die Unzulänglichkeiten hingewiesen haben, welche die bisherige Zerstückelung des Fundwesens für Verlierer wie für Finder mit sich brachte und Abhilfe durch Zentralisierung verlangten. Es ist erfreulich, daß mit der Einrichtung eines Zentralfundbureaus für den Landespolizeibezirk Berlin den bisherigen Unzulänglichkeiten ein Ende gemacht worden ist.

Bemerkt sei, daß Gegenstände, die im Bereiche der Eisenbahnverwaltung gefunden werden, von dem Fundbureau der Eisenbahndirektion aufbewahrt werden.

Neue Postämter in Groß-Berlin. Verschiedene neue Postämter werden am 1. April in Groß-Berlin eingerichtet. Postzweigstellen mit Paketannahme und Telegraphenbetrieb werden folgende neu eingerichtet: Berlin N. 49, Berlin-Rantow 2 und Charlottenburg 8. Das neue Postamt Berlin N. 49 kommt in das Haus Müllerstr. 55 A und wird dem Postamt N. 65 in der Kagareikirchstraße zugeteilt. Berlin-Rantow 2 wird sich Berliner Straße 111 befinden und wird dem Postamt Rantow in der Rollanstraße zugeteilt, das vom 1. April an die Bezeichnung Berlin-Rantow 1 führt. Beide Postämter werden werktags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags geöffnet. Sonn- und Feiertags geschlossen. Das Postamt Charlottenburg 8 kommt in das Haus Neptunstr. 43 und wird dem Postamt Charlottenburg 1 zugeteilt. Es ist von 8 bis 8 Uhr geöffnet, für Pakete und Wertbriefe bis 7 Uhr nachmittags. Sonn- und Feiertags ist es geschlossen. Bei der Postzweigstelle Berlin-Schöneberg 5 in der Brunnenwäldstr. 41 wird eine Paketannahmestelle eingerichtet, die von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags geöffnet ist. Auf dem Bahnhof in Großbeeren wird endlich eine Postfilialstelle unter der Bezeichnung „Großbeeren Bahnhof“ eingerichtet.

Kinder verlangt!

Erwerbsarbeit der Kinder ist immer noch ein lohnendes Geschäft für diejenigen, die keine Bedenken haben, von der Arbeitskraft der Kinder zu profitieren. Das sogenannte Kinderschutzgesetz ist leider so unvollkommen, daß es noch einen sehr reichlichen Spielraum läßt, Kinder in allerlei Erwerbszweigen zu beschäftigen. Die Meinung, daß solche Verwendung und Ausnutzung von Kindern als höchst bedenklich anzusehen und aus Gründen der Gesundheit wie der Erziehung unbedingt zu vermeiden sei, findet in den Kreisen der Arbeitgeber und auch der Eltern noch lange nicht allgemeinen Beifall, weil in diesem Punkte den meisten das Gewissen durch Sitte und Gesetz noch nicht hinreichend geschärft worden ist. Die Gegner dieses Standpunktes können sich ja auch darauf berufen, daß das Kinderschutzgesetz, das — wie gesagt — die Erwerbsarbeit der Kinder nicht gänzlich unterdrücken will, ihnen recht gibt.

Darum wird dann auch die Nachfrage nach Kindern, deren Arbeitskraft vermehrt werden soll, und ebenso das Angebot solcher Kinder, noch immer mit einer Ungeniertheit betrieben, wie wenn das alles, sofern es nur im Rahmen des Kinderschutzgesetzes bleibt, etwas ganz Selbstverständliches wäre. Ein Leser unseres Blattes hat in einem entrüsteten Schreiben uns darauf aufmerksam ge-

macht, daß in Lichtenberg durch ein öffentlich ausgehängtes Plakat nach Kindern verlangt wird, die erwerbsfähig sein wollen. Daraufhin haben wir uns persönlich überzeugt, daß im Hause Kronprinzstr. 20 in einem Fenster des Trinkamtes ein Plakat tatsächlich ein Plakat ausgehängt, das so lautet: „Kinder zum Erlernen sofort verlangt.“ Dagegen wird leider kaum etwas zu tun sein, wenn bei der Beschäftigung der Kinder die Vorschriften des Kinderschutzgesetzes, das auch so weitherzig, beachtet werden. Die Kinderschutzkommission, die immer wieder Heberretungen dieses Gesetzes feststellt, macht nicht selten die Erfahrung, daß Eltern und gelegentlich wohl auch Arbeitgeber von den Vorschriften des Kinderschutzgesetzes wenig oder nichts wissen. Wir hoffen, daß die Persönlichkeit, die Kinder zum Erlernen sucht — ob die Inhaberin des Trinkamtes, das Geschäftes selbst ist, entgeht sich unserer Kenntnis —, ganz genau weiß, wie weit zu gehen das Gesetz ihr erlaubt. Ueber die wichtige Frage des Alters und der Arbeitszeit der von ihr beschäftigten Kinder ist uns bisher nichts bekannt geworden, und es ist uns auch nicht so ohne weiteres möglich, näheres hierüber zu ermitteln.

Der Einsender jenes Schreibens hat nur sehr bestimmte Angaben über die Höhe des Lohnes gemacht, der den Kindern gezahlt wird, sowie des Verdienstes, den die Arbeitgeberin davon habe. Wir müssen annehmen, daß er auch sonst noch manches über die Lage der für sie arbeitenden Kinder weiß. Bedauerlicherweise hat er es aber unterlassen, eine genaue Wohnungsangabe beizufügen, so daß wir ihn bisher nicht auffinden konnten. Daher müssen wir bis auf weiteres es uns versagen, seine Mitteilungen hier wiederzugeben. Zuschriften ohne genaue Angabe der Wohnung des Einsenders müssen wie anonyme behandelt und unbeantwortet gelassen werden. Vielleicht fühlt der Verfasser jenes Briefes durch diese Zeilen sich veranlaßt, uns nachträglich noch zu melden, wo er wohnt. Oder kann sonst jemand uns über die Erlernerei, die Kinder verlangt, etwas mitteilen?

Im Fundbureau erschossen. Ein Unglücksfall, dem durch die Unvorsichtigkeit eines Angestellten ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich Donnerstag nachmittag auf dem Fundbureau des Schützenbahnhofs. In diesem Fundbureau, das in den Räumlichkeiten des Bahnhofs untergebracht ist, werden an jedem Abend umfangreiche Reinigungsarbeiten vorgenommen. Für diesen Zweck ist die Reinmachefrau Ernestine Vormann aus der Mühlener Straße 31 angestellt, die auch am Donnerstag in dem Bureau anwesend war. Als nachmittags um 4 Uhr in der Dienstzeit der Beamten ein Schußwechsel erfolgte war, ergriff der kurz vorher eingetretene Angestellte des Bureau, Preuße aus Treptow, einen als Fundobjekt eingelieferten Browningrevolver, um ihn einem seiner Kollegen zu zeigen. Er entfernte das Patronenmagazin, ließ jedoch unvorsichtigerweise eine Kugel im Lauf des Revolvers stecken. Frau Vormann hatte inzwischen an einem Tisch in der Mitte des Zimmers Platz genommen, um ihren Kaffee zu trinken. Preuße berührte nun aus Unvorsichtigkeit den Abzug des Revolvers, der sich plötzlich entlud. Die Kugel drang der ganz ruhig Kaffee trinkenden Frau Vormann mitten in das Herz, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche der Frau wurde von der Polizei beschlagnahmt, während Preuße festgesetzt und nach dem Polizeipräsidium gebracht wurde.

Wegen einer heftigen Gasexplosion wurde die Feuerwehre gestern abend kurz nach 8 Uhr nach der Elsäßer Straße 30 gerufen. Der Explosionsherd lag im zweiten Stock des Vorderhauses in der Wohnung einer studentischen Vereinigung, die gerade im Umzug ist. Beim Abdrücken einer Gaslampe hatte sich in der Decke eines Zimmers ein Verdrüß des Gasrohrs gelodert, jedoch das Gas ausströmte. Als der Couleurdienste der Verbindung den Gasgeruch bemerkte, beging er die Unvorsichtigkeit, das Zimmer mit einem offenen Licht zu betreten. Die ausgetretene Gasmenge entzündete sich an diesem Licht und kam zur Explosion. Der Couleurdienste erlitt erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. Seine Frau kam mit leichten Verletzungen davon. Feuer ist bei der Explosion nicht entstanden.

Aus dem Zuge gefallen.

Am gestrigen Freitagmorgen gegen 7 Uhr wurde auf den Gleisen des Nordbrings zwischen den Stationen Gesundbrunnen und Wedding ein junger Mann in befehlungslosem Zustande aufgefunden, der schwere äußere Verletzungen aufwies. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Bahnhofsstraße gebracht, wo festgestellt wurde, daß er außer einer klaffenden Kopfverletzung, mehreren Rippenbrüchen, auch schwere innere Quetschungen erlitten hatte. Unter den Bemühungen der Ärzte gelang es schließlich, den jungen Mann, der als der 18jährige Friseurgehilfe Hermann Wahrer aus der Liefenstr. 9 erkannt wurde, wieder zur Besinnung zu bringen. Er gab an, daß er gestern abend bei dem schönen Wetter von seiner Arbeitsstelle in der Herderstraße in Weisensee bis nach dem Gesundbrunnen zu Fuß gegangen sei. Dort habe er sich auf einem Nummernplatz aufgehalten und habe dann gegen 1/2 12 Uhr einen Rordringzug bestiegen, um nach der Station Wedding zu fahren. Das Abteil dritter Klasse, das er benutzte, sei so besetzt gewesen, daß er unmittelbar an der Tür habe stehen bleiben müssen. Beim Passieren der Unterführung an der Herderstraße sei in dem Saucen plötzlich ein Gedränge entstanden und er sei so heftig gegen die Tür gedrückt worden, daß diese, die er in der Hand wohl nicht fest genug gefaßt habe, nachgab und er spurüber auf den Bahnkörper gestürzt sei. Hier habe er dann bewußtlos die ganze Nacht hindurch gelegen. Die Polizei sieht diese Angaben sehr skeptisch gegenüber. Würde tatsächlich ein Unglücksfall vorliegen, so hätten die übrigen Fahrgäste doch die Kordbremse gezogen oder auf der nächsten Station Anzeige erstattet. Das ist aber nicht geschehen. Die Behörde ist daher der Ansicht, daß es sich in diesem Falle um einen Selbstmordversuch des Wahrer handelt, für den die Gründe allerdings nicht bekannt sind. Der Friseurgehilfe wurde in bedenklichem Zustande nach dem Rudolf-Birchow-Krankenhaus übergeführt.

Ein Raubschwindler wurde gestern von der Kriminalpolizei verhaftet. In einem Lokal in dem Potsdamer Viertel erschien seit längerer Zeit ein junger, elegant gekleideter Mann, der sich bald durch seine Freigebigkeit das Herz der Puffstube eroberte. Zwischen beiden entspann sich ein Liebesverhältnis, das bald durch die außerordentlich großen Zuwendungen des „Kavaliers“ seiner Geliebten gegenüber dazu führte, daß diese ihre Stellung aufgab, um alle Vorbereitungen zu einer Italienreise zu treffen, die in den nächsten Tagen angetreten werden sollte. Gestern erschien nun plötzlich in der Wohnung der Puffstube ein Kriminalbeamter und beschlagnahmte alle Sachen, die schon zur Reise verpackt in ihrem Zimmer aufgestapelt waren. So mußte sie mehrere prachtvolle Kostüme, große Hüte mit kostbaren Füllcreusen, drei Mohrtüllentücher sowie andere Gegenstände, die ihr Geliebter ihr „verehrt“ hatte, wieder zu ihrem größten Erstaunen abgeben, weil ihr galanter und freigebiger Liebhaber sich als ganz gerissener, schon lange gesuchter Raubschwindler entpuppte. Dieser ist ein 24 Jahre alter Kaufmann Paul Hänel, der früher in der Kullmstraße wohnte, seit längerer Zeit aber keine feste Wohnung mehr hatte. Hänel mietete in der Königgräberstraße ein großes vornehmes Geschäftslokal und gab dem Hauswirt gegenüber an, ein besseres Weinrestaurant eröffnen zu wollen. Er suchte auch in verschiedenen Zeitungen allerhand Angestellte für seine Weinstuben, machte aber Raubschwindlerstellung zur Bedingung. Viele Geschäftsführer, Köchler usw. meldeten sich auch und wurden aus-

Sinterlegung von Kauttionen in Höhe von 500-1000 M. von ihm engagiert. Diese Summe steckte der Schwindler immer in seine Tasche und er konnte, da es so reichlich floß, auch gut den flotten „Kavalier“ spielen.

„Die Chronik von Palästina.“ Der Verlag des obigen Werkes teilt uns zu der Mitteilung unter dieser Spitzmarke in der Nr. 65 vom 17. März mit, daß der Buchhandel bis jetzt bei Lieferung der bestellten Werke keine Klagen zugegangen seien. Es handelt sich nur um circa 80 Exemplare, die gegen monatliche Raten von 1 M. verkauft seien. Der Gesamtpreis für das Werk sei deutlich und groß auf dem Bestellchein vorgegedruckt und entspreche nach dem Urteil von gerichtlichen Sachverständigen dem tatsächlichen Werte des Buches. Auch sei zu berücksichtigen, daß die Buchhandlungsfirma lediglich an ihrem eigenen Gerichtsstand Klagen kann, und dort nicht täglich 3-4, sondern trotz des großen Umfangs ihres Geschäftes höchstens alle 3-4 Tage eine einzige Klage zu vertreten sei, wobei auch die anderen Werke ihres Vertriebes befreit seien.

Beim Fensterputzen schwer verunglückt ist gestern vormittag der 26jährige Hausdiener Julius Kemus aus Rummelsburg, R. der bei der Hausverwaltung der Bank des Berliner Kasinobereichs, hinter der katholischen Kirche 2, angestellt war, war gestern vormittag gegen 1/10 Uhr mit dem Reinigen der Fenster des Bankgebäudes beschäftigt. Als er in der Höhe der zweiten Etage, auf einer Leiter stehend, arbeitete, stürzte er plötzlich infolge einer unvorsichtigen Bewegung ab. Der Hausdiener schlug so unglücklich auf das Pflaster auf, daß er eine klaffende Kopfwunde, Bruch beider Arme und innere Verletzungen davontrug. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation am Spittelmarkt Notverband und wurde dann in beklagenswertem Zustande nach dem Krankenhaus Bethanien übergeführt.

Der Raubüberfall auf den Chauffeur Grundmann beschäftigt noch immer die Kriminalpolizei. Wie jetzt festgestellt, haben die Diebstahls dem Kraftwagenführer die Uhr mit Kette geraubt. Es ist eine dicke, silberne Herrenarmenuhr mit gelbem Zifferblatt und glottem Goldband und trägt die Fabriknummer 79 780, sowie außerdem noch die Reparaturnummer 1675. Die geraubte Kette ist ebenfalls dick und aus Silber gearbeitet und besteht aus langen Schaken, zwischen denen sich Spiralfeder befinden, so daß sie behäufert ist. Wahrscheinlich werden die Diebstahlsversuche, die Uhr zu beschädigen oder zu verlegen. Unter Hinweisung auf die Belohnung von 1000 M., die auf die Ergreifung der Räuber ausgesetzt ist, bittet die Kriminalpolizei alle Personen, die über den Verbleib der Uhr oder über sonstige Wahrnehmungen Mitteilungen machen können, diese umgehend abzugeben.

Vermisster Geisteskranker. Spurlos verschwunden ist seit dem 19. d. M. der 67jährige Tischler Friedrich Köhn aus der Götterstr. 38 in Schöneberg. R. Er ist schon seit circa zwei Jahren schwer nervenleidend und konnte infolgedessen in letzter Zeit seinen Beruf nicht mehr ausüben. Am Dienstag früh kurz nach 9 Uhr entfernte sich der Tischler aus seiner Wohnung, ohne sich von seinen Angehörigen zu verabschieden und kehrte nicht wieder nach Hause zurück. Alle behördlichen und privaten Nachforschungen nach seinem Verbleibe sind bisher vergeblich gewesen. Es wird angenommen, daß R. in einem Anfälle geistiger Störung in Berlin oder Umgebung planlos umherirrt. Bekleidet war der Vermisste mit dunkler Hose, grauer Winterjoppe, schwarzen Filzschuhen und schwarzem Hut.

Die Leiche eines Mannes wurde am 17. d. M. aus der Havel bei Bichlowen gelandet; man nimmt an, daß dieselbe etwa 14 Tage im Wasser gelegen haben mag. Der Mann ist circa 80 Jahre alt, 1,75 Meter groß, hat dunkelblondes, dünnes Haar und Schnurrast und war bekleidet mit dunkeltem Winterüberzieher mit schwarzem Futter, dunkelgestreiftem Jackett, Hose und Weste, einer grünen wollenen Unterjacke, mit wollestem grauem Hemd, Unterhose, schwarzen Schafstiefeln und braunem Schuhwerk. Im Oberkörper befanden sich vier werbe Taschentücher, gezeichnet W. J. Berner wurden bei der Leiche vorgefunden eine goldene Uhr mit Kette, gezeichnet Weihnachten 1908, ein goldener Trauring gezeichnet E. H. 20. 7. 1908, ein goldener Aneifer, ein größerer Geldbetrag sowie mehrere andere Gegenstände. Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei Zimmer 409 vormittags sowie jedes Polizeirevier zu 1182 IV/50. 12 entgegen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Freitag am Savignypfad in Charlottenburg. Dort wollte der Radfahrer Willi Jenzich, Wohnstr. 85 wohnhaft, mit seinem Rad die Schienen kreuzen, wurde jedoch am Hinterrad von dem Vorderperson des Motorwagens 1210 der Linie 90 gestreift und stürzte so unglücklich zu Boden, daß er einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung davontrug. Der Verunglückte fand auf der nahen Unfallstation die erste Hilfe und wurde dann nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht.

Wer ist der Tote? Aus dem Rummelsburger See wurde vorgestern nachmittags gegenüber dem Hause Hauptstr. 9/10 zu Vohagen-Rummelsburg die Leiche eines ungefähr 40 bis 50 Jahre alten Mannes gelandet, dessen Persönlichkeit sich bis jetzt noch nicht feststellen ließ. Die Leiche muß schon längere Zeit im Wasser gelegen haben, da sie schon stark in Verwesung übergegangen ist. Der Tote ist 1,70 Meter groß, hat ein bartloses Gesicht und dunkles Haar und trug einen blauen Jacketanzug, eine etwas dunklere Hose und schwarze Gummistiefel. Die Leiche wurde nach der Rummelsburger Friedhofshalle gebracht.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Ueber die Säuglingssterblichkeit in Lichtenberg entspann sich in der letzten Stadterordnetenversammlung eine längere Diskussion. Der Arzt Dr. Polosger glaubte den Nachweis führen zu können, daß die Sterblichkeitskoeffizienten in Lichtenberg gar keinen Anlaß zu irgendeiner besonderen Maßnahme gäbe. Er beriefte die Zahlen eines Jahres — 1910 — aus verschiedenen Gemeinden Groß-Berlins, um nachzuweisen, daß Lichtenberg mit seiner Säuglingssterblichkeit nicht an der Spitze stehe. Weihenitz mit 156 Sterbefällen pro 1000 Neugeborenen im ersten Lebensjahre übertrage Lichtenberg, das nur 160 Sterbefälle aufweise. Die Ziffern beweisen gar nichts. Bei so kleinen absoluten Höhen, wie sie für Weihenitz in Betracht kommen, können verschiedene Umstände — z. B. Seuchen — für ein Jahr ganz abnorme Verhältnisse herbeiführen. Weihenitz zählt nur die halbe Einwohnerzahl Lichtenbergs, hat aber eine größere Geburtenziffer. Die gute klimatische Lage eines Ortes wie Lichtenberg kann die Fruchtbarkeit und die Säuglingssterblichkeit und Ernährungsverhältnisse nicht aufheben. In diesen Gründen sind die Ursachen der hohen Sterblichkeit in Lichtenberg zu suchen. Im Jahr 1910 kamen auf je 10 000 Einwohner Geburten: in Berlin 216, in Lichtenberg 278, in Weihenitz 284, in Grünwald 72. Daß die Geburtenhäufigkeit in den unentwickelten Schichten am größten ist, darf als eine bekannte und unbestrittene Tatsache vorausgesetzt werden. Aus den Geburtenziffern ergibt sich die Säuglingssterblichkeit; aber nur die Ergebnisse einer Reihe Jahre geben einwandfreie Vergleichswerte. Nach den Angaben des statistischen Jahrbuches für den preussischen Staat haben von 1000 Lebendgeborenen im 1. Lebensjahre durchschnittlich pro Jahr in dem Jahrzehnt von 1881 bis 1890 im Staate bei den Ehelichen 100,8, bei den Unchelichen 355,8, in Lichtenberg aber bei den Ehelichen 261 und bei den Unchelichen 556. Die letztere Zahl ist von keiner Stadt und keinem Regierungsbezirk übertriften worden, nur bei den Ehelichen geht Brandenburg mit 283 und Stettin mit 297 über die Ziffern Lichtenbergs hinaus. Für die Zeit von 1901-1909 ergeben sich folgende Durchschnittswerte: Staat Eheliche 170,8, Uncheliche 812,5; Lichtenberg 212 und 408. Lichtenberg nimmt nun einen etwas günstigeren Platz ein. Die Sterblichkeit ist größer bei den Ehelichen in Breslau (214), Sieditz (240), Ranzfurt a. O. (235) und Liegnitz (241), bei den Unchelichen in Rülbeim a. Rhein (498), Oberhausen (478), Bromberg (443), Linden-Gannover (432),

Königsbrunn (412), Spandau (456), Rünster i. Westf. (528) und Dortmund (446). Alle anderen Städte bleiben hinter der Lichtenberger Ziffer um Teil recht erheblich zurück. Eine energische Säuglingsfürsorge kann hier viel, sehr viel bessern.

Vohagen-Rummelsburg.

Stadterordnetenversammlung. Einleitend bemerkte der Bürgermeister Dr. Dahn, daß der diesmahlige Vorschlag ein etwas günstigeres Bild wie die letztjährigen darstelle. Wenn Rummelsburg selbstständig geblieben wäre, ließe es sich ermöglichen, mit einem Gemeindevollkommenerausgleich von 130 Proz. statt wie in den letzten Jahren 135 Proz. den Vorschlag zum Vorkommen zu bringen. In Einnahmen und Ausgaben stellt sich der Gesamtvorschlag auf 3 541 673 M., gegen 3 494 842 M. im Vorjahre. Da nach dem Vereinigungsvertrage mit Lichtenberg auch in Rummelsburg nur ein Einkommensteuerausgleich von 100 Proz. zu erzielen ist, so ist der Differenzbetrag von 30 Proz. gleich etwa 133 000 M. von Lichtenberg aufzubringen. Die Höhe der Grundsteuer, die 3/4 Promille bei bebauten und 7 Promille bei unbebauten Grundstücken betragen, desgleichen die Höhe der Gewerbesteuer, welche in der 1., 2. und 3. Klasse mit 250 Prozent und in der 4. Klasse mit 187,5 Proz. erhoben werden, bleiben nach dem Vertrag mit Lichtenberg 8 Jahre lang in dieser Höhe bestehen. Die Steuererträge sollen bringen: Gemeindevollkommener bei 100 Proz. Zuschlag 456 000 M. gegen 498 800 M. bei 135 Proz. im Vorjahre; Grundsteuer 570 000 M. gegen 556 830 M. im Vorjahre; die Gewerbesteuer ist auf 96 000 M. gegen 78 375 M. im Vorjahre festgesetzt. Die Einnahmen aus der Biersteuer sind mit 88 000 M., aus der Hundsteuer mit 20 100 M., aus der Wertzuwachssteuer mit 88 000 M. und aus der Umsatzsteuer mit 200 000 M. veranschlagt. Von der sonst üblichen Generaldiskussion über Vorschlag und Verwaltung wurde diesmal in Anbetracht der am 1. April d. J. bevorstehenden Vereinigung mit Lichtenberg abgesehen und lediglich in der Beratung der einzelnen Kapitel des Vorschlags, der der Staatskommission bereits vorgelegen hatte, eingetreten. Da ein gemeinsamer Etat beider Orte nicht aufgestellt worden ist, so berät und beschließt auch jede Gemeinde für sich ihren Vorschlag für 1912 und wird demzufolge auch die Verwaltung der vom 1. April ab vereinigten beiden Orte für das Etatsjahr 1912 — abgesehen von der gemeinsamen Stadterordnetenversammlung und dem gemeinsamen Magistrat — auf Grund und entsprechend der geforderten Vorschläge noch getrennt gefahren. Beim Kapitel Wohlfahrtspflege waren vom Lichtenberger Magistrat Einwendungen gegen die Erhöhung der Sätze für Bekämpfung der Schwindsucht um 700 M., der Ferienkolonie um 1000 M. und der Reinigung von 1500 M. für Mittagstisch an bedürftige Schulkinder mit der Begründung gemacht worden, daß dies des Guten zuviel sei! Nachdem unser Genosse John sich entschieden gegen die Herabsetzung dieser von der Staatskommission eingeforderten höheren Mittel gewendet und besonders in Bezug auf die räumliche Ausfüllung des Lichtenberger Mittagstisch dargelegt hatte, daß solche Gelder, die der Förderung der gesundheitlichen Verhältnisse und der Verhütung des vorzeitigen Eintritts der Erwerbsunfähigkeit unserer Einwohnerschaft dienen, der Gemeinde doppelt und dreifach durch Windertragungen für Krankenhauspflege und Armenunterstützung wieder zugute kommen, wurde das Ansehen des Lichtenberger Magistrats ein wenig zurückgewiesen. Außer den 1500 M. für Mittagstisch sind eingeleitet 1500 M. für Frühstücksstisch an bedürftige Schulkinder, 3000 M. für Badefarten (diese Badefarten werden unentgeltlich an jeden Einwohner abgegeben; es löst ein Wannenbad, das auf einer Gemeindebadefarte bei den beiden im Orte befindlichen Wannenbädern genommen wird, hat 40 nur 20 M.); ferner 3000 M. zur Bewässerung von freien Bäumen, 1500 M. zur Bekämpfung der Rinderpest, 2000 M. zur Bekämpfung der Schwindsucht und 6000 M. zur Unterbringung bedürftiger Kinder in Ferienkolonien und Heilstätten. Die weitere Beratung des Etats wurde hierauf auf Freitag, den 22. März, vertagt. Die von der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft beantragte Ausdehnung der Straßenbahn, langgestreckt auf die Benutzung der Kominiener, Simon-Dach- und Wilhelmstraße wurde, nachdem von unserem Vertreter bezüglich des vorgeschlagenen Vertrages verschiedene Bedenken geäußert waren, an die zuständige Kommission zurückerwiesen. In der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung wurde beschlossen, daß am Freitag, den 29. März, die Wahl der hier unbesetzten Stadträte, die nach dem Vereinigungsvertrage auf die Dauer von 6 Jahren von der Rummelsburger Gemeindevertretung zu wählen sind, stattfindet.

Die Gemeindevollkommener der Abgeordnetenhaus hat die Eingemeindung von Vohagen-Rummelsburg nach Lichtenberg am Freitagabend einstimmig beschlossen. Die Beratung im Plenum soll am Dienstag erfolgen, so daß das Herrenhaus Ende dieses Monats seine Zustimmung geben kann. Die Vereinigung beider Gemeinden wird am 1. April dann erfolgen können.

Weihenitz.

Kriegervereinschmerzen. Die Kriegervereine wollen zwar immer unpolitisch sein, wenn es sich aber um die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften handelt, dann machen sie auch etwas in Politik. Ein „Herr Kamerad Ojze“ hat jetzt 3 R. an seine Mitglieder auf offener Volksliste eine Anzahl Fragen zur Verantwortung gestellt, manach er wissen möchte, ob der betreffende gewerblicher Arbeiter, Gewerbetreibender oder selbständiger Handwerker, Beamter, Privatangestellter oder Landarbeiter ist oder Landarbeiter mit Landbesitz? Die weiteren Fragen lauten: Würden Sie sich berufen a) gegen Ausperrung und sozialdemokratischen Terrorismus? (Wochenbeitrag 10 Pf.) für Arbeiter und Privatangestellten — ja oder nein; b) gegen Vorhof durch sozialdemokratischen Terrorismus (Wochenbeitrag 10 Pf.) — nur für Gewerbetreibende oder selbständige Handwerker; c) gegen Krankheit; d) gegen landwirtschaftliche Schäden? Im Anschluß daran wird gefragt, wieviel Wochen der Betreffende in den letzten drei Jahren als Arbeiter durch Ausperrung oder sozialdemokratischen Terrorismus arbeitslos gemacht worden ist. Endlich wird nach der Höhe des den Gewerbetreibenden oder Handwerker durch sozialdemokratischen Vorhof verursachten Schadens gefragt? Diese Fragen sollen zur Einrichtung einer Kriegerversicherungs- und Fürsorgekasse dienen. Man könnte eher glauben, daß es sich hier um eine Materialiensammlung für die Erdrosselung des Sozialrechts der Arbeiter handelt. Hoffentlich fallen die Antworten nicht so „mager“ aus, damit die Würde des Fragestellers den wohlverdienten Lohn findet.

Herzfelde.

Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung beschloß, die Lieferung der Schulbänke usw. für das neue Schulgebäude in der Mollenstraße der Firma Heller u. Wulfsberg-Berlin zu übertragen. — Der Vorsitzende teilte darauf mit, daß die Klage gegen die Gemeinde Rallberge-Müderdorf bez. Zahlung eines Beitrages in Höhe von 1000 M. zu den höchsten Schulbänken vom Kreisamt abgewiesen worden sei. Es wurde beschlossen, den Prozeß weiterzuführen. — Sehr verständig scheint den Vorsitzenden, Gemeindevorsteher Rüter, ein Anschlag im höchsten Volksblatt publiziertes „Eingefandt“ zu haben, das die „Prüfung“ hier anzustellender Lehrer durch einige nicht gerade mit besonderen geistigen Qualitäten ausgestattete Gemeindeväter mit beiderer Ironie geistlich. Er zog dagegen zu Felde und betonte, daß „weitere Schritte in dieser Angelegenheit vorbehalten bleiben sollen.“ Dem Verfasser des betreffenden Artikels wurde angedroht, daß sofern sich ein solcher Fall wiederholt, seinem Name die amtliche Publikationsbefugnis entzogen würde. — Darauf wurde die Stadterordneten Ende geführt und die Steuerzuschläge festgesetzt. An Einkommensteuern werden 125 Proz. Zuschlag (im Vorjahre 120 Proz.) und an Realsteuern 190 Proz. (im Vorjahre 180 Proz.) für das Rechnungsjahr 1912/13 zur Erhebung gelangen.

Rallberge-Müderdorf.

Ein Automobilunfall ereignete sich am Donnerstag gegen Mittag auf der Berlin-Frankfurter Chaussee in Loddorf. Dort

stieß das Automobil des Prinzen Bernhard von Lippe mit einem anderen Kraftwagen zusammen. Letzterer wurde durch den heftigen Anprall vollständig zertrümmert. Die Insassen des Autos kamen ohne ernstere Verletzungen davon.

Spandau.

Kaufmännentum und Waldfischerei beherrschten völlig die fünfständige Stadterordnetenversammlung am 21. März. Der Rindfleisch, der auch durch die am Mittwoch unter Verschreibung des Bodenreformers Damachse abgehaltene Protestversammlung gegen den Kauf der Kaufmännentum und den Verkauf von Stadtwald angefaßt war, drohte wiederholt zu explodieren. Der Verkauf der Kaufmännentum war in der vorigen Sitzung mit 31 Stimmen, darunter die sozialdemokratischen, gegen 11 Stimmen angenommen worden. Ein Protest gegen die angeblich unkorrekte Haltung des Protokolls gab den Gegnern erwünschte Gelegenheit, sich den Unmut nochmals dem Herzen zu reden. Scharfsinnig meinte Genosse Pies, es müsse, nachdem schon mehr als genügend über eine erledigte Sache verhandelt sei, wohl immer noch Leute mit schweren Begriffen geben. Nach der Erklärung des Oberbürgermeisters Köpke, daß das Protokoll sich auch seiner Uebersetzung nach mit den Anträgen und Beschlüssen decke, war der erste Zwischenfall abgetan. Die Debatte wurde aber sofort von neuem eröffnet durch die Mitteilung vom Eingang der Resolution über die Protestversammlung. Vom Magistratsrat ist die Aufhebung der Protestversammlung habe wohl in der Hauptsache Propaganda für die Damachsemänner treiben wollen. Der Magistrat habe die Einladung ignoriert, weil es nicht seine Aufgabe sei, sich in öffentlichen Versammlungen zu verteidigen. Wie die Gegner des Kaufmännentums arbeiteten, erhelle schon daraus, daß man in der Protestversammlung den Stadterordneten Pieper, ehe er noch zum Reden gekommen, einfach niedergebrellt habe. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde nach Einspruch des Genossen Pieper abgelehnt, weil es sich ja bei der vorgelegten Protestresolution nicht bloß um den erledigten Kaufmännentum, sondern um die im gegenwärtigen Stadium viel wichtigere Frage des Waldverkaufs handelt. Stadterordneter Kantorowicz brachte die Verhandlungen auf eine bessere Höhe mit dem auch von unseren Genossen unterstützten Antrag, den für die geheime Sitzung reservierten fünften Punkt des Waldverkaufs in voller Öffentlichkeit zu verhandeln, was mit großer Mehrheit beschlossen wurde und in Zukunft auch bei ähnlichen Millionenprojekten wünschenswert ist. Der triumphierende Hinweis aus der „Fraktion Damachse“, deren Mitglieder übrigens fast durchweg dem „Reichsenitenverband“ angehören, daß man sich mit öffentlicher Erörterung dem Druck der Protestversammlung füge, erhalte heitere Zurückweisung. Genosse Pieper erinnerte an den übertrieben viel zu billigen Verkauf des Johannistiftlandes. „Wir wollen kaufen“, so betonte der Redner, „wenn wir günstig kaufen können, aber wir dürfen keine Handbreit verkaufen, am allerwenigsten Wald.“ Das rief den Stadtkämmerer auf den Plan. Er schilderte den Vorteil noch nicht des zehnten Teiles städtischen Waldbesitzes in so glänzenden Farben, als ob von den 9 Millionen Einnahme, die sich durch Infosen um sicher zwei Millionen verringern werden, das Wohl und Wehe des Städtchens abhängig ist. Um die Finanzsauce schmackhafter zu machen, führte er das chronische Schreckgespenst der Erhöhung des Kommunalsteuerausgleichs vor und rief dem Genossen Pieper zu, ob etwa die Arbeiterchaft bereit sei, aus der ablehnenden Haltung der Fraktion die Konsequenzen zu ziehen und künftig höhere Kommunalsteuer zu bezahlen. Das ist natürlich eine ziemlich problematische Rechnung, denn die vielleicht sieben Millionen Reingewinn machen den Kohl auch noch nicht fett, und schließlich wird sich wohl, um einer Steuererhöhung vorzubeugen, noch andere Deduktion finden lassen. Oberbürgermeister Köpke behandelte das Projekt mehr vom Standpunkte einer großzügigeren Entwicklung. Wenn man jetzt nicht zugreife, schädige man diese Entwicklung. Er habe schließlich auch nichts gegen den Ausschlag des fraglichen Waldgebietes zu Billkolonien, aus denen natürlich niemals ein „Bannsee“ werden könne, aber das wäre für die Stadt ein schlechtes Geschäft. Daß der Magistrat mit Krupp verhandelt habe, sei eine Fälschung. Er wisse überhaupt nicht, wer im Hintergrunde des Kaufes stehe, und könne nur vermuten, daß ein industrielles Riesenestablishment geplant sei. Auch Stadterordneter Dr. Kantorowicz hieß in dieselbe Reihe. Die Entwicklung stehe nun mal nach einem modernen Schlagwort nicht still. Wer spazieren gehen wolle, solle eine halbe Meile weiterlaufen! Recht interessant war die Erklärung des von den Damachseuren angesprochenen Oberbürgermeisters, daß er allerdings in einer schwachen Stunde dem Bunde für Bodenreform beigetreten sei, aber sich nunmehr schleunigst empfehlen werde. Genosse Pies rief es den Liberalen unter die Nase, daß sie anderweit gegen die Waldverteilung getrennt, hier aber dem Spekulantentum entgegenkommen. So gab es denn drei Marschrouten: keine Handbreit Wald verkaufen, alle 500 Morgen nach dem Magistratsprojekt beschneiden, nur zum Teil verkaufen! Bei dieser Stimmung fand der Antrag Schob, die ganze Angelegenheit einer gemischten Kommission zu überweisen, mit großer Mehrheit Annahme. In diese Kommission von sieben Mitgliedern wurde durch Zufall auch Genosse Pies gewählt. Die übrigen mehr als 60 Punkte der Tagesordnung noch durchzugehen, bestand keine Neigung mehr.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 100. 1. und 2. Rein. — W. S. 1234. 1. Kann nur beantwortet werden, wenn bekannt ist, in welchem Grade Sie mit dem Verfasser verhandelt waren. 2. bis 6. Sie können sofortige Herausgabe des Buches fordern von demjenigen, der im Besitz des Buches ist. — W. S. 99. Rein. — W. S. 1. Für die länger als 4 Jahre zurückliegende Zeit ist der Unterhaltanspruch verjährt. Für die übrige Zeit nicht. 2. Kann dann nicht, wenn der Verleiher mit einem anderen Mann innerhalb der gesetzlichen Empfangszeit — das ist der 181. bis 302. Tag vor dem Tage der Rückgabe — zurückgelassen hat. 3. Rein. — 100 S. 2. 1. Kommt darauf an, wo der erste Obenlohnstempel gewirkt ist. 2. 8 M. jährlich. Es kann eine Besetzung gemeldet werden. 3. Wenn sofortige Meldung erfolgt, sind Lohnanspruchsbefugnisse zu erwarten. — Letzte. Einrichtungsbescheid. — W. S. 52. 1. Die Gründe sind ausreißend. Die Beweislage erscheint aber fraglich. 2. und 3. Freilich, wenn auf Antrag das Gericht eine einstweilige Verfügung erlassen hat oder, soweit das Kind in Frage kommt, das Vormundschaftsgericht einen Bescheid erlassen hat. 4. Entschädigung kann dem Hauswirt einbehalten. 5. Ja. — W. S. 262. 1. 2. 3. Soweit erfüllt, ist Ihre Frau zahlungsunfähig. — W. S. 300. Abfindung ist nicht erreichbar. Die Rente wird auch im Auslande rezual. Teilen Sie die Adresse der Versicherungsanstalt mit. — W. S. 64. Rein. — W. S. W. Antrag an das Polizeipräsidium. Kosten ganz geringfügig. — W. S. 28. Der Teil der Rente, der der Versicherungsanstalt entfällt, ist noch nicht in Kraft getreten. Zeitpunkt nicht bestimmt. — W. S. 28. Rein. — W. S. 10. 1. und 2. Rein. 3. Erbacher Thonel, Berlin SW. 12, Leipziger Straße 89. — W. S. Rummelsburg. Wissen wir nicht. — W. S. 2. Da wir hierzu nur Privatmitteilungen kennen, ist uns ein Nachweis nicht möglich, wiederholt werden Sie sich an den Vorstand der Schneider- und Schneiderrunden, Lebnshausstr. 7/73. — W. S. 26. Wenden Sie sich an einen der einschlägigen Geschäfte, deren Adressen im Adressbuch 2. Band, Teil 4, Seite 229-232 dargelegt sind. — W. S. 296. 1. Abwählbare Logissteuerperioden. 2. Entscheidend die Bestimmungen des Verordnungs. — W. S. 1. Ja. Den Zeitpunkt erfahren Sie im vorigen Anhang, dessen Möglichkeit ist, wie in dem betreffenden Artikel ja schon betont ist, vorher ermitteln müssen. 2. Von der Partei ist derartige nicht geplant. — W. S. 200. Ein solches Institut ist nur weiblichen Kerzen ist uns nicht bekannt. — W. S. 1001. Der Briefkasten ist doch keine Kasse. — Gröndberg 100. Können wir nicht. Der Jemand nur Geschäftskram.

Briefkasten der Expedition.

Ballonten in Berlin, Buch und anderen Zeitungen. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Zeitungszeit bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Preisgeldern sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingereicht werden.

Neu!

MAGGI'S Nudel-Suppe (Faden-Nudeln)



der Würfel für 2-3 Teller

10 Pfg.

eine vorzügliche, wohlschmeckende Suppe.



Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Möbel-Angebot.

Solltes Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnangelegenheiten sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 35, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgefecht. 24772*

3000 M. Belohnung!

Wir haben in unserer Branche ein neues Verkaufssystem eingeführt, durch welches Sie viel Geld sparen.

Gegen eine Umsatzgebühr von 10 Prozent hat jeder das Recht, Ware von der Deutschen Bekleidungs-Gesellschaft zu ihrem Selbstkostenpreis zu beziehen. Die Feststellung des Selbstkostenpreises geschieht auf Grund des Einkaufspreises zuzüglich sämtlicher Geschäftskosten.

Gemäß ihrer beim Gericht niedergelegten Statuten ist unsere Gesellschaft an obige Betriebsart gebunden und infolge öffentlicher Bekanntmachung von Gesetzes wegen zu ihr verpflichtet.

Um jeden Zweifel im Publikum zu beseitigen, haben wir uns entschlossen, demjenigen obige Belohnung zuzusichern, der uns den Nachweis erbringt, daß unser Nutzen größer als der oben angegebene ist. Die Belohnung haben wir bei der Bank für Handel und Industrie, Depositenkasse N, deponiert.

Wir verkaufen z. B.:

Einsegnungs- u. Prüfungsanzüge

Selbstkostenpreis	7,50	12,00	18,50	25,75
Verkaufspreis	8,25	13,20	20,35	28,32

Herrnanzüge = Ulster = Paletots

Selbstkostenpreis	14,25	21,00	26,50	33,00
Verkaufspreis	15,67	23,10	29,15	36,30

Sämtliche Berufskleidung. Anfertigung nach Maß.

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.

Gr. Frankfurterstraße 4, Ecke Fruchtstraße. Turmstraße 80, neben Kleinem Tiergarten



„Hoffnung“

Berliner Schneider-Gesellschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger
Anzüge
und
Sommerpaletots.
Einsegnungsanzüge
in allen Größen.

Neuheiten der Saison bereits erschienen.
Lieferant der Konsumgenossenschaft und des Arbeiterradfahrerbundes.

Auch Teilzahlung!
Nur **Möbel-Misch** mit.
Gr. Frankfurter Str. 45/46

Monats-Garderobe
Spezialhaus für wenig getragene, fast neue Jacket-Anzüge, Rock-Anzüge, Gehrock-Anzüge, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, Sommer-Paletots, Weinleider (auch l. korpusulente Decoren), sowie Kellner-Jackets, Fracks, schwarze Tuchhoien. Dieselben sind teils auf Seide gearbeitet und nur kurze Zeit getragen, kauft man spottbillig bei Weingarten, I. Etage, Edhaus Ritterstr. (früher 20 Jahre Altschiner Str.), Bitte auf Straße und Hausnummer zu achten.

Waldorf-Astoria Cigarettes

Hockey 3 Pf.
Clío 5 Pf.

Möbel auf Kredit!

Ganze Einrichtungen sowie Ersatzstücke.

Polsterwaren, Teppiche, Portieren, Gardinen, Betten, Tisch-, Bett-, Steppdecken etc.

C. Wachsmann & Co.

Reinickendorfer Straße 35, Ecke Ravené-Straße, neben der Feuerwache.

Herren-Damen- und Kinder-Konfektion

Kinderwagen

Schuhwaren

Alles auf Teilzahlung.

Anzahlung schon von 5 Mark an. Abzahlung von 1 Mark an.

Verfammlungen.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Die Mitglieder-versammlung der Jahrestelle Berlin fand am Sonntagmorgen im „Gewerkschaftsbaus“ statt. Der Vorsitzende Sodapp stellte zuerst den Geschäftsbericht, der bereits der vorigen Versammlung vorgelegen hatte, zur Diskussion. Die Beteiligung an der Diskussion war nur schwach und Sodapp stellte fest, daß die Mitglieder an der Tätigkeit der Verwaltung nichts auszuüben fanden. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Anträge zu dem bevorstehenden Verbandstag in Mannheim, legte die Verwaltung, in Übereinstimmung mit den Vertrauensmännern, einige Anträge auf Aenderung der Statuten vor, wie sie sich aus der Verwaltungspraxis heraus als notwendig ergeben haben. Der Vorsitzende machte noch darauf aufmerksam, daß vielleicht Anträge auf Erhöhung der Beiträge den Verbandstag beschäftigen werden; er wandte sich gegen derartige Pläne, auch wenn sie nur eine fakultative Einrichtung von höheren Beiträgen bezwecken. Die Versammlung war der gleichen Meinung und nahm einstimmig einen Antrag an, der dahin lautete, daß Vorzüge getroffen werden soll, Delegierte zu wählen, die sich gegen jede Form einer Beitragserhöhung wehren würden. Mit den vorliegenden Anträgen zum Verbandstag erklärten sich die Versammelten einverstanden. Zur Delegiertenwahl wurden von der Vertrauensmännerstung 16 Kandidaten aus der Gruppe der Brauereiarbeiter und 8 Kandidaten aus der Gruppe der Mühlenarbeiter

vorgeschlagen. Gewünscht wurde, daß auch ein Mühlenarbeiter nicht Erfahrmann für den Verbandstag gewählt werde. Die Versammlung erteilte der Kandidatenliste ihre Zustimmung. Unter „Verbandsangelegenheiten“ nahm Träger das Wort, um die Versammlung über die Angelegenheit in der Bergbrauerei, wo bei der Zusammenlegung mit der Ebersdorfer Brauerei drei kranke Arbeiter entlassen wurden, zu unterrichten. Im „Vorwärts“ ist die Sache bereits zur Sprache gekommen. Träger kritisierte das Verhalten des Deutschen Transportarbeiterverbandes in dieser Frage und erklärte die Entlassung der Arbeiter als nicht gerechtfertigt, weil in Widerspruch stehend mit den Rechten der Mitglieder nach dem Tarifvertrage, mit den vom Brauereiarbeiterverband aufrecht erhaltenen Gepflogenheiten in den Brauereien und mit einer Entscheidung des Einigungsamtes.

Von der Verwaltung wurden einige Anträge vorgelegt, die Bureaustunden anders zu regeln, womit sich die Versammelten auch einverstanden erklärten. Danach ist das Bureau nur an Wochentagen, und zwar von 9-1 Uhr vormittags und von 6-8 Uhr nachmittags für Besucher geöffnet. Die Auszahlung von Unterstützungen findet nur in den Vormittagsstunden statt, aber Kollegen, die bereits wieder die Arbeit aufgenommen haben, können die ihnen noch zustehende Unterstützung auch in den Nachmittagsstunden erhalten. Der Arbeitsnachweis ist geöffnet vormittags von 9 bis 1 Uhr. Nach dieser Zeit eingehende Bestellungen werden den an der Reihenfolge befindlichen arbeitslosen Kollegen per Karte mitgeteilt. An den Tagen vor den vier Hauptfesten wird das Bureau um 1 Uhr nachmittags geschlossen.

Die Versammlung bewilligte den kämpfenden Porzellanarbeitern eine Unterstützung von 500 M. als erste Rate. Die Aufforderung des Vorsitzenden, die streikenden Bergarbeiter nach Kräften zu unterstützen, fand allseitige, lebhaftige Zustimmung, und die Versammelten bewilligten eine sofortige Kontozahlung von 1000 M. auf die vorgeschriebene Sammlung. Auch der Vorschlag, für die Bergarbeiter Extramarken zu heben, wurde mit großer Bereitwilligkeit aufgenommen, aber die Entscheidung darüber konnte die Mitgliederversammlung nicht fällen und bleibt eventuell einer Generalversammlung vorbehalten.

Nach Erledigung einiger weiterer Verbandsangelegenheiten, darunter der Befähigung von Sodapp als Gruppenleiter der Mühlenarbeiter, schloß Sodapp die Versammlung mit einem nochmaligen Hinweis auf den Kampf der Bergarbeiter, der die kräftigste Unterstützung erfordert.

Briefkasten der Redaktion.

Mich. 3. 1. u. 2. Darüber entscheidet der Vormundschaftsrichter nach freiem Ermessen. Ihre Bestellung erscheint ausgeschlossen; dagegen kann die Mutter bestellt werden, der auch das Vorschlagsrecht zusteht. 3. Rein. Die Testamentseröffnung hat durch das Nachlassgericht zu erfolgen. — W. 15. 1. 3. u. 4. Rein. 2. Fordern Sie unter Anrufung die Aufhebung. Nach Ablauf der Frist Klage. — M. 3. 20. Die beiden Brüder sind zur Zahlung von etwa 15 M. und 10 M. Sie zur Zahlung von etwa 5 M. monatlich verpflichtet. — Ernst 44. Rein, falls die Invalidität des Mannes bereits vor dem 1. Januar 1912 bestanden hat; andernfalls ja. — M. 3. 1. 1. Sie erscheinen allein forderungsberechtigt. 2. Rein. —



Gegr. 1867.

Die alte Firma Schuhwarenhaus Carl Stiller hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehungen. Man achte genau auf Strassenamen und Hausnummern!

Zentrale und Versandabteilung: Jerusalemer Strasse 32-35 Ecke Leipziger Strasse

- Potsdamer Strasse 2
Tauentzien-Strasse 19a
Friedrich-Strasse 75
König-Strasse 25 u. 26
Schöneberg, Hauptstr. 146
Neukölln, Bergstr. 25 u. 26
Rosenthaler Strasse 5
Charlottenburg:
Wilmersdorfer Strasse 45
Oranien-Strasse 161
Grosse Frankfurter Str. 123

12.50 Spezial-Verkauf: Tauentzien-Strasse 7b

April 1912: Chausseestrasse 114/15

Frühjahrs-Neuheiten

Preiswürdige erstklassige Fabrikate!

Für Damen:

- Chevette-Schnürstiefel mit Lockkappe und amerikanischem Absatz. Sehr beliebte und bequeme Form, äußerst preiswert 7 50
Boxkalf- und Chevreau-Schnürstiefel, auch braun Chevreau, mit und ohne Lockkappen und Derby-Schafschnitt 8 75
Braun und schwarz Chevreau-Schnür- und Knopfstiefel in neuen modernen Fassons mit hohen oder niedrigen Absätzen, Rand gedoppelt, sehr elegant 10 50

Für Herren:

- Boxrind- und Roß-Chevreau-Schnürstiefel, in schlanker und breiter Form, mit oder ohne Derby-Schafschnitt, auch mit Lockkappe, Mastbox-Zug- u. Schnallen-Stiefel, in bequemer halbbreiter Form 8 75
Boxkalf- und Chevreau-Schnürstiefel, in schlanken und breiten Modelformen, Besatz oder Derby-Schafschnitt, mit und ohne Lockkappe, sehr haltbar, Rand gestupft 10 50
Braun und schwarz Boxkalf- und Chevreau-Schnürstiefel in allen modernen Fassons, mit starken Doppelsohlen (Tourenstiefel), erstklassig in Qualität und Ausführung, Goodyear-Well 12 50

Die große Damen-Mode! Weiß mit Schwarz!

Knopf- u. Schnür-Halbschuhe mit farbigen Einsätzen
Drei-Spangen-Schuhe □ Kreuz-Spangen-Schuhe
und andere Phantasie- und Luxus-Halbschuhe

Knopf- und Schnür-Stiefel mit Stoff- und Leder-Einsätzen

Elegante Herren-Straßen-Stiefel
in neuen deutschen und amerikanischen Fassons
Haupt-Preislagen für moderne Herren- und Damen-Stiefel

8 75 10 50 12 50 15 50 18 00

Naturgemässe Kinder-Stiefel

Möbel-Lechner

Spezial-Möbel-Haus auf Kredit und gegen Bar.

Riesen-Auswahl in Möbeln jeder Art.

Für Möbel-Einrichtung No. I.

- bestehend aus:
12-16 Mark
Anzahlung.
Wöchentlich
2 Mark.
1 Bettstelle,
1 Kleiderschrank,
1 Tisch,
2 Stühlen,
1 Spiegel,
1 Küchenspind,
1 Küchentisch,
2 Küchenstühlen.

Für Möbel-Einrichtung No. II.

- bestehend aus:
25-30 Mark
Anzahlung.
Wöchentlich
2.50 Mark.
1 Bettstelle,
1 Matratze,
1 Keilkissen,
1 Vertiko,
1 Kleiderspind,
1 Tisch, 2 Stühlen,
1 Spiegel,
1 Kücheneinrichtung.

Für Möbel-Einrichtung No. III.

- bestehend aus:
45-60 Mark
Anzahlung.
Wöchentlich
5 Mark.
2 Bettstellen,
2 Matratzen mit Keilkissen,
1 Kleiderspind,
1 Vertiko,
1 Trumeau,
1 Tisch, 2 Stühlen,
1 kompl. bunten Küche.

Für einzelne Möbelstücke

- 5-8 Mark
Anzahlung.
Wöchentlich
1.50 Mark.
Bettstellen, Matratzen,
Kleiderschränke,
Vertikos, Spiegel,
Spiegelspind,
Trumeaux,
Chaiselongues, Sofas.

Ferner: Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, bunte Küchen.

Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5.- Mark gutgeschrieben.

Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.

Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor.

Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor.

Siebenter Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Nürnberg, 21. März.

3. Verhandlungstag.

Ueber die „Lohnbewegungen im Gastwirtsgeerbe“ wurde auch heute noch eifrig debattiert. Die Delegierten gaben Schilderungen der örtlichen Bewegungen und zogen aus diesen die Kubanwendungen. Verbandsvorsitzender Kochsch. Berlin unterstrich die Ausführungen des Referenten in längerer Rede sehr wirksam. Seine Ausführungen klangen in den Verhandlungen aus: Abschaffung des Trinkgeldwesens, Vereinfachung der Abgaben und Einführung von festen Löhnen. Für diese Forderungen müßte mit aller Energie gekämpft werden. Von anderen Rednern wurde die Anerkennung des Arbeitsnachweises ebenfalls als Hauptforderung aufgestellt. Auch wurde betont, daß man nur schriftliche Verträge mit den Unternehmern abschließen solle, da man sich auf deren mündliche Versprechungen nicht verlassen könne. Die Beratung endete mit einstimmiger Annahme der vom Referenten vorgelegten Resolution. Es heißt in ihr:

Um den an die Arbeitgeber zu stellenden Forderungen für Abstellung von Mängeln und Erreichung besserer Lohnverhältnisse erwünschten Nachdruck und Erfolg zu verschaffen, erachtet der Verbandstag für angezeigt, neben dem eifrigen Bestreben, die Organisation durch rege Agitation mächtig und kampffähig zu gestalten, auf die unbedingt notwendigen Vorbedingungen für Lohnbewegungen hinzuwirken:

1. Korporativen Verhandlungen mit den Arbeitgebern — wenn möglich vor dem Gewerbegericht — ist stets der Vorzug zu geben und auf Abschließung schriftlicher Verträge mit spezifizierter Ausführung der vereinbarten Punkte hinzuwirken.

2. Wegen des Bestehens mit anderen Gehilfen-Vereinigungen ist grundsätzlich nichts einzuzuwenden, sofern für solidarischen Verhalten die nötigen Garantien seitens derselben gewährleistet sind. 3. Bei lokalen (Bezirks-) Bewegungen ist der Vorstand der Ortsverwaltung vorher zu unterrichten und dessen Zustimmung einzuholen; letzterer hat möglichst alle in Betracht kommenden Angelegenheiten, einschließlich des Hilfspersonals, zu organisieren und sich in Zusammenkünften der unbedingten Einigkeit derselben zu versichern.

4. Bei Streiks, Sperrten und Boykotts ist mit allen in Betracht kommenden Instanzen zu verhandeln, ehe endgültige Beschlüsse gefaßt werden können.

5. Bei allen Lohnbewegungen, ob Arbeitseinstellungen oder Nachregelungen, sind die Bestimmungen des Streiks- und Unterstützungsreglements des Verbandstatutes aus genaueste zu beachten.

Eine Reihe zu diesem Punkte vorliegender Anträge wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. In diesen wird u. a. verlangt, der Vorstand möge bei den gefehrenden Körperschaften um eine gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens und der Arbeitszeit petitionieren. Ferner soll beim Reichstag dahin gewirkt werden, daß in allen Offizierskasinos des Deutschen Reichs, wo bisher zur Bedienung der Gäste Ordnonnungen tätig sind, diese durch fest angestellte Kellner mit Gewährung eines festen Monatsgehalts ersetzt werden. Mit dem Verband reisender Kaufleute soll der Vorstand Verhandlungen zum Zwecke eines Tarifabschlusses für Arbeiten der Hotelkellner anbahnen.

Der Verbandstag schritt nun zur Statutenberatung.

Der letzte Verbandstag sprach sich im Prinzip für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus und beauftragte Hauptverwaltung und Ausschuß, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage zu unterbreiten. Gleichzeitig solle auch eine Revision des Statutes vorgenommen werden. Bisher bestanden zwei Beitragsklassen mit 40 und 30 Pf. Beitrag. Der Entwurf sieht drei Klassen vor: 1. Klasse für Kellner, Köche, Wärferters, Portiers und Hotelkellner u. s. w. 50 Pf.; 2. Klasse für Köchinnen, Kassierinnen, Kellnerinnen, Wärfertersmädchen und Zimmermädchen 40 Pf.; 3. Klasse für das weibliche Hilfspersonal und andere Angestellte mit geringem Einkommen 30 Pf. Diese Sätze kommen einer Beitragserhöhung von 10 Pf. gleich. Für die doppeltbeschäftigten Mitglieder, d. h. Personen, die nur nebenberuflich im Gastwirtsgeerbe beschäftigt sind, soll eine besondere Klasse mit einem Beitrag von 25 Pf. eingeführt werden. Es soll ihnen nur gewährt werden: Rechtschutz, Streik- und Gemachtreglementunterstützung und Sterbegeld. Kranken- oder Arbeitslosenunterstützung würden diese Mitglieder, die auch im Hauptberuf organisiert sein müssen, also nicht erhalten. Bisher hatten die Doppeltbeschäftigten dieselben Rechte wie die übrigen Mitglieder. Um den doppeltbeschäftigten Mitgliedern, die seit 1911 dem Verband angehören, ihre Rechte nicht zu beschränken, können diese in der bisherigen Beitragsklasse verbleiben, behalten also ihre Rechte, wenn sie dies korporativ innerhalb ihrer Filiale bis spätestens 1. Juli 1912 bei dem Vorstand beantragen. — Das Unterstützungsreglement wurde ebenfalls abgeändert. Neu hinzu kamen die Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung, die nun eingeführt werden soll. Nach dem Entwurf soll die Arbeitslosenunterstützung nur im Winterhalbjahr — Oktober-März — zur Auszahlung kommen, und 1 M. für die 1., 0,75 M. für die 2. und 50 Pf. pro Tag für die 3. Klasse betragen. Als Unterstützungsdauer sind sechs Wochen vorgesehen. Die sich an das Referat anschließende Generaldebatte zum Statut ist ziemlich ausgedehnt. Sie wird morgen fortgesetzt.

Soziales.

Hauptflege in Hamburg.

Die Hamburger Bürgerschaft hat am Mittwoch nach eingehender Beratung den Entwurf eines Hauptflegengesetzes mit großer Mehrheit angenommen. Es wird danach eine aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerschaft bestehende Kommission eingesetzt, die das Recht hat, gegen solche Bauten, die eine Verunstaltung des Stadtbildes bewirken, und gegen den unschönen Neffencumzug Einspruch zu erheben. Der Kommission wird ein aus 25 Sachverständigen bestehender Beirat zur Seite gestellt. Ein rechtlicher Einspruch gegen die Entscheidungen der Kommission ist nicht zulässig.

Terror im Konkurrenzkampf.

Die Gegner der Arbeiterbewegung zernern über Terrorismus und üben ihn selbst in der ungeschicktesten Weise. Im Konkurrenzkampf sind alle Mittel recht. Drohungen, Erpressungen, Bestechungen gehören dazu. Keine Waffe wird verschmäht, wenn sie nur Erfolg verspricht. Die Vernichtung des anderen ist des Wettbewerbers Ziel und Zweck. Allerdings, die Konsumenten haben keinen Vorteil davon, im Gegenteil, denn hat der Kapitalist die Konkurrenz hinausgebissen, dann diktiert er Preise, die den früheren Verlust reichlich wieder einholen. Aber nicht allein wirtschaftliche Übermacht, sondern auch Drohungen, solche sogar mit portulakartischem Einschlag, gehören zu den Konkurrenzmitteln. In welchem Tone, um nicht zu sagen mit welcher Annahme, dabei vorgegangen wird, illustriert folgendes an verschiedene Firmen gelangte Rundschreiben:

Titel. Betriebsleitung

Wir nehmen Bezug auf die Unterredung, die unser Ingenieur Herr C. Müller mit Ihnen unter dem ... geführt hat, und bedauern ungemein, daß Sie von dem ... nicht abgehen wollen. Wenn wir auch anerkennen, daß Sie den ... treu bleiben, so müssen wir doch als einzige Spezialfabrik Wagners, mit Rück-

sicht auf die Förderung der einheimischen Industrie, die von der Regierung gewünscht wird, Sie bitten, uns wenigstens mit an den Lieferungen teilzunehmen zu lassen.

Unser Fabrikat ist doch mindestens ebenso gut wie das von ... und es kann lediglich nur an Ihrer Person liegen, ob wir ins Geschäft kommen oder nicht.

Wir legen ein Preiswert bei und bitten Sie, uns Ihre Anschauung bekanntzugeben, da wir, falls Sie nicht geneigt sein sollten, die einheimische Industrie zu schützen, weitere Schritte zu unternehmen gezwungen wären.

Wir setzen Ihrer umgehenden Rückantwort entgegen und zeichnen

Hochachtungsvoll (Maria-Fabrikwerke).

Also wenn nicht „umgehend Rückantwort“ erfolgt, und wenn man nicht geneigt sein sollte, „die einheimische Industrie zu schützen“, dann werden „weitere Schritte“ den Widerstrebenden Mores lehren. Das ist sehr deutlich — eine Drohung! Wie würde man über Terror, Nötigung, Bedrohung und Erpressung setzen, wenn vielleicht eine Arbeiterorganisation in ähnlicher Weise in einem Schreiben an die Unternehmer Wünsche der Arbeiter begründete?

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauenwahlrechtsbewegung in Oesterreich.

Nachdem unsere Genossinnen in 14 Versammlungen in Wien und in zahlreichen in der Provinz für die politische Gleichstellung der Frauen demonstriert hatten, fand am 17. März ein „Frauenstimmtag“ der bürgerlichen Frauen statt.

Delegierte der Frauenstimmrechtsvereine aus Mähren, Schlesien, Galizien und aus Laibach waren nach Wien gekommen, um mit dem Wiener Stimmrechtskomitee zu beraten.

Abends fand eine öffentliche Versammlung statt, bei der alle Führerinnen der bürgerlichen Frauen und auch einige Abgeordnete erschienen waren. Die Frauen einigten sich auf eine Resolution, in welcher die Vereinfachung des Wortes „Frauenperson“ aus dem § 30 des Vereinsgesetzes und die Ausdehnung des allgemeinen, aktiven und passiven Wahlrechts für alle Vertretungskörper auf die Frauen gefordert wird. Von der Regierung wird die baldige Einbringung einer entsprechenden Vorlage verlangt.

Am selben Tage veranstaltete das tschechische Frauenstimmrechtskomitee in Prag, das sich an der Kundgebung in Wien nicht beteiligt hatte, eine Versammlung, die sich mit der Forderung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts für den böhmischen Landtag befaßte. Für ein durch einen Todesfall erledigtes Landtagsmandat wird nach Aufforderung der Frauenorganisation des betreffenden Wahlbezirks (Limburg-Jungbunzlau) die Lehrerin Marie Luma kandidieren. Die noch geltende böhmische Landtagswahlordnung beruht auf dem Gemeinewahlrecht, und nach diesem haben die Frauen mit Ausnahme der zwei größten Städte Prag und Reichenberg, das direkte mit einem Steuer- oder Bildungszensus verbundene Wahlrecht.

In einer Sitzung des Komitees für die böhmische Landtagswahlreform wurde am Montag der Statthalter Fürst Thun befragt, in welchem Umfang das aktive Wahlrecht der Frauen erweitert werden soll. Der Statthalter antwortete, daß auch in den Städten Prag und Reichenberg den Frauen das Wahlrecht gegeben werde, und zwar soll es in den Landgemeinden wie in den Städten persönlich ausübt werden. — In den niederösterreichischen Städten Widdhofen a. Pöbbs und Wiener-Neustadt wird der Antrag, daß wahlberechtigte Frauen nur mittels Vollmachten ihr Wahlrecht ausüben können, abgelehnt. Die in diesen Städten wahlberechtigten Frauen — nur Steuerzahlerinnen — werden in Zukunft persönlich das Wahlrecht ausüben. Kurzum ist, daß derselbe niederösterreichische Landtag, der den Frauen Wiens das Wahlrecht vorenthält, selbst mitberaten muß bei einer Wahlreform, die den Frauen in Städten mit eigenem Statut das direkte Wahlrecht einräumt.

In Galizien wird, wie die Delegierten beim bürgerlichen Frauenstimmrechtstag berichtet haben, ein heftiger Kampf um das Landtagswahlrecht der Frauen geführt.

Eine Gefallene.

So nennt sich eine ältere Kellnerin, die in der Thorner Presse in knapper Form ihr Lebensschicksal schildert. Das Mädchen mag bei der „besseren“ Gesellschaft im landläufigen Sinne als Gefallene geachtet sein. Die Befinnung aber, die aus ihrer Schilderung spricht, stellt sie hoch über viele „bessere Damen“, die sich mehr oder weniger offen, unter dem Deckmantel einer wohlansündigen Ehe prostituierten. Die Kellnerin schreibt:

Müßlich ist in dieser Stadt viel über die Hebung des Kellnerinnenberufs gesprochen worden. Gestatten Sie mir, als Kellnerin in älteren Jahren meine Erfahrungen in meinem Beruf zu Mut und Frommen der Allgemeinheit darlegen zu dürfen. Man schob den Agenten und Wirten die Hauptschuld in die Schuhe. Zugabe, daß ein Teil der Schuld auf diesen ruht, die Hauptschuld ruht jedoch in unserer sogenannten guten Gesellschaft. Als Beweis diene Ihnen mein Lebensschicksal. Meine Mutter war Stubensmädchen in seinem Hause. Der Sohn der Herrschaft wurde mein urehlicher Vater. Meine Mutter heiratete dann einen Fabrikarbeiter. Meine Jugend war hart, und stete Entbehrungen ließen in mir den Wunsch nach Reichtum wach werden. Ich wurde Dienstmädchen. Meine letzte Stellung war im Hause eines reichen jüdischen Industriellen. Frau und Tochter trieben in kollektiven ungläublichen Luxus. Bei meinen Sonntags-Ausgehungen sah ich auf den Promenaden überall den Toilettenluxus. Mühsig war ich und jung, kein Wunder, daß ich nur heißes Sehen empfand, es jenen gleich tun zu können. Woher konnte ich aber das nötige Geld dazu erlangen? Durch Arbeit niemals. Ich gab mich also wohlhabenden Herren hin. Von hier bis zur Kellnerin ist nur ein Schritt. Innerlich widerstehe ich dem Treiben an, aber die Verlockungen der Außenwelt waren zu mächtig. Wäre ich auf eine Stelle in einjämmer Quisquose gekommen, so hätte ich wahrscheinlich den Luxus der Gesellschaft nicht kennen gelernt und wäre vor der schiefen Bahn bewahrt geblieben. So wie mir geht es den meisten meiner Kolleginnen. Wir alle sind durch den Glanz der Umgebung ins Fallen geraten. Wo ist die Einfachheit heute zu finden? Im Theater muß „die Dame“ von heute mit kostbarem Hut und Hermelinmantel Parade sizen. Brillanten, Loden, Seide und Samt überall, wo ich hinschaue. Die Frau von heute vergißt, daß nicht das Reizere dem Menschen den Wert gibt, sondern daß der Wert des Menschen in seinem Innern liegt. Ich verurteile heute in gereiften Jahren diese Gesellschaftsordnung. Sie ist das Grundübel und die Hauptschuld am Fall so vieler Mädchenjugend. Es war für mich bezeichnend, daß nicht eine der Rednerinnen des neulichen Abends (des Thorner Vereins „Frauenwohl“) hier einfiel. Wer das Uebel an seiner Wurzel fassen will, setze hier ein. Nicht Worte, sondern Taten. Ein jeder ist berufen, mitzuhelfen. Kehret zur Einfachheit zurück, predigt Euren Töchtern von vornehmerer wahrer Einfachheit! Ihr tut Gutes Euch selbst und lobet nicht den Vorwurf auf Euch, die Sitten der zu Euch als Muster ausblickenden Töchter der Armut verderben zu helfen. „Frauenwohl“ — hier beiläufige dich! Es ist ein reiches Arbeitsfeld vorhanden.

Mit Recht bezeichnet die Schreiberin vorstehender Zeilen die bestehende Gesellschaftsordnung als Grundübel auch des Glanzes der Prostitution. Die Damenvereine „Frauenwohl“ vermag hier nicht zu helfen. Die Kellnerin kann den Glenden, Verlorenen, Geachteten und Leidenden nur in der Sozialdemokratie ersehen. Sie will und wird die kapitalistische Gesellschaftsordnung in eine höhere Form überführen, in die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Gerichts-Zeitung.

Unbegreifliche Härte.

In einer vom Vaterländischen Frauenverein unterhaltenen „Krippe“ in Friedenau starb ein Säugling, der sich dort in dauernder Pflege befand. Die Leitung der „Krippe“ ließ der Mutter des verstorbenen Kindes die Aufforderung zugehen, für die Beerdigung zu sorgen und die Leiche sogleich aus den Räumen der „Krippe“ entfernen zu lassen. Der Vater trat die Mutter, welche außerhalb des Hauses auf Arbeit war, nicht an und die anwesende Großmutter, Frau Biemle, konnte in der Sache nichts tun. Nun veranlaßte die Polizei die Ueberführung der Leiche nach der Leichenhalle des Friedhofes. Noch an demselben Tage erschien in einem Friedenauer Lokalblatt eine Notiz, worin von einer verheerlichen Bestattung der Leiche die Rede war und von Frau Biemle so aufgefaßt wurde, als solle den Angehörigen des verstorbenen Kindes Schuld am Tode desselben gegeben werden. Frau Biemle, die in hohem Grade hersehens, nervös und deshalb leicht erregbar ist, hatte wegen der Zeitungsnachricht eine lebhafteste Auseinandersetzung mit dem Redakteur. Die Frau geriet dadurch in Erregung, die noch gesteigert wurde, da sie durch gewisse Wahrnehmungen, die sie bei einem Besuch in der „Krippe“ gemacht hatte, zu der Annahme kam, das Kind sei dort schlecht behandelt, ungenügend ernährt und während der Krankheit nicht sachgemäß gepflegt worden. In ihrem erregten Zustande sprach Frau Biemle vor der Haustür mit Nachbarn über den Vorfall, wobei sie, wie man begreifen wird, ihre Zunge nicht im Zaum gehalten hat. So sagte sie mit Beziehung auf die damals abgehaltenen Blumentage, für den Vaterländischen Frauenverein seien 10 000 M. eingelommen, der Vorstand stehe das Geld in die Tasche, aber die Kinder in der „Krippe“ würden schlecht ernährt und gestraft, ihr verstorbenen Enkel sei halb verfault gewesen. Zu der letzteren Bemerkung hat der Umstand Anlaß gegeben, daß das verstorbenen Kind sich in ausgedehntem Maße wund gelegen hatte und die wunden Stellen sich an der Leiche durch blaue und rote Flecke auszeichneten. Das Wundliegen des Kindes führt Frau Biemle auf mangelhafte Pflege in der „Krippe“ zurück. In dieser Hinsicht wußte sie sich auf eine festgestellte Neuerung der Pflegeschwester, welche sagte, als ihr das Wundlein der Kinder vorgehalten wurde: Sie sei schon vom Vorstande gerügt worden, weil sie zu viel Salbe und Puder für die wundgelegenen Kinder verbrauchte.

Das Gespräch der Frau Biemle zu ihren Nachbarn löste eine in der „Krippe“ beschäftigte Aufwärterin. Durch sie erfuhr es der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins. Anstatt sich über die unbedachten Äußerungen einer infolge krankhafter Erregung nicht zurechnungsfähigen Frau in vornehmer Ruhe hinwegzusetzen, stellte der Vorstand Strafantrag. Das Schöffengericht verurteilte Frau Biemle zu der unglaublich harten Strafe von einem Monat Gefängnis.

Infolge der von der Verurteilten eingelegten Berufung beschäftigte sich gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts II mit der Angelegenheit. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, sucht das ungeheure Strafmaß an dem Hinweis auf die durch die ganze Sachlage sowie durch die Krankheit der Angeklagten erklärliche Erregung. Eine Freiheitsstrafe sei hier durchaus nicht begründet.

Das Gericht verwarf die Berufung mit der Begründung, die in erster Instanz verhängte Strafe von einem Monat Gefängnis sei angemessen, denn die Angeklagte habe den Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins schwer beleidigt.

Dies harte Urteil hätte wohl nicht gefällt werden können, wenn die Richter die Umstände, vor allem den augenfälligen krankhaften Erregungszustand der Angeklagten hinreichend berücksichtigt hätten. Der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins, der eine kranke Frau, die unter ungewöhnlichen Verhältnissen ihre Zunge nicht im Zaum halten konnte, ins Gefängnis bringt, hat sich durch diese Handlung keineswegs mit Ruhm bedeckt.

Das Alkoholkapital und die Unabhängigkeit der Presse.

In der Alkoholgegnere-Woche, die im August in Dresden abgehalten wurde, hatte Dr. jur. Hermann Popert (Hamburg) ausgeführt, die Unabhängigkeit eines großen Teils der Presse, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, werde durch das Alkoholkapital gefährdet. Das „Berliner Tageblatt“ hatte darauf am 7. August u. a. erwidert, die Behauptung Poperts, zahlreiche deutsche Zeitungen ständen im Solde der Brauereireunion, sei, solange nicht Beweise vorgebracht würden, eine Verleumdung. Dr. Popert sagte darauf gegen den verantwortlichen Redakteur des „Berliner Tageblatts“, Arns Henig, wegen Verleumdung und verleumdender Beleidigung bei dem Schöffengericht Hamburg. Am Donnerstag stand Termin an. Der Kläger hatte einen umfangreichen Beweis für seine Behauptung angebracht. Der Beklagte bestritt nunmehr, verantwortlicher Redakteur des Zeils des „Tageblatts“ zu sein, in dem die Notiz sich befand. Der Kläger monierte, daß der Beklagte erst jetzt nach Ablauf der für Prehdelikte geltenden sechsmonatlichen Verjährungsfrist diesen Einwand erhebe. Das Gericht mußte, da es den Einwand für erwiesen erachtete, auf Einstellung des Verfahrens erkennen.

Die vom Kläger herbeigeführte Beweisaufnahme dürfte in einem demnächst zur Entscheidung gelangenden ähnlichen Prozeß gegen den „Zeitungsverlag“ erfolgen.

Vertragsstrafen wegen Nichtaufsperrung von Arbeitern sind nicht einlagbar.

In den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind die letzteren in den letzten Jahren mehr und mehr dazu übergegangen, den Streik der Arbeiter durch die Aufsperrung derselben zu parieren. Um diese Ausperrungen wirksam durchzuführen zu können, verpflichten die Arbeitgeberverbände ihre Mitglieder, bei Vermeidung einer regelmäßig ziemlich hohen Konventionalstrafe den Aufsperrungsbeschlüssen zu befolgen. Die Zahlung der Konventionalstrafe kann aber im Prozeßwege nicht erzwungen werden. Denn nach § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 344 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist eine solche vertragliche Strafbestimmung nichtig. Diese Rechtsansicht ist bereits von den Obergerichtspräsidenten Dresden und Stuttgart ausgesprochen worden. In gleichem Sinne entschied das Reichsgericht am Donnerstag einen Rechtsstreit, dem folgender Sachverhalt zugrunde lag:

Als im Frühjahr 1910 der große Streik im Baugewerbe unmittelbar bevorstand, beschloß der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Hannover in einer außerordentlichen Generalversammlung vom 14. April, die Geschäftsbetriebe am 15. April zu schließen und sämtliche Bauarbeiter zu entlassen. Diejenigen Mitglieder, die sich dem Beschlusse nicht fügen wollten, wurden zur Zahlung einer Konventionalstrafe von 5 M. pro Tag und Arbeiter verpflichtet. Das Mitglied des Arbeitgeberverbandes A. kam dem Aufsperrungsbeschlusse nicht nach. Es wurde vom Verband gegen ihn eine erhebliche Konventionalstrafe festgesetzt, deren Zahlung der Verband im Prozeßwege von A. verlangt. Demgegenüber hat A. Widerklage auf Festsetzung erhoben, daß er dem Verband nichts schulde.

Das Landgericht Hannover erkannte zugunsten des Verbandes. Dagegen hat das Oberlandesgericht Celle die Klage abgewiesen und der Widerklage entsprochen. Aus den Entscheidungsgründen des Oberlandesgerichts ist folgendes bemerkenswert: Der Klageanspruch muß an § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung scheitern. Hiernach sind alle Verabredungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gestattet. Es ist ihnen aber der Rechtsanspruch insofern verweigert, als er ihnen die Klageart abspriecht. Zwar ist in § 152 nur von „Erlangung“ günstiger Bedingungen die Rede. Es ist aber bei der Auslegung der Bestimmung nicht am Wortlaute zu haften. Es sollten damit nicht nur Verabredungen zur Erlangung, sondern auch zur Anwendung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gemeint sein. Bei richtiger Auslegung des § 152 besteht kein Zweifel, daß der Beschluß des klagenden Verbandes sich darstellt als eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dafür spricht der Zweck des Verbandes: Forderungen der Arbeiter zurückzuweisen, wenn der Verband sie für unrichtig hält. Darauf, daß Beklagter trotz des Beschlusses nicht aus dem Verband ausgetreten ist, kann sich Kläger nicht berufen.

Das Reichsgericht hat die gegen diese Entscheidung eingelegte Revision des Verbandes zurückgewiesen und das Urteil des Oberlandesgerichts Celle bestätigt.

Damit hat das Reichsgericht wiederum die stets von uns vertretene Ansicht als richtig anerkannt. Wird nunmehr endlich die Staatsanwaltschaft Anlaß nehmen, gegen die zahlreichen Eintreibungsversuche solcher Vertragsstrafen wegen Erpressungsversuchs und gegen die Eintreibungen wegen Erpressung vorzugehen? Keineswegs allein im Baugewerbe, vielmehr in vielen anderen Industrien, z. B. in der Textilbranche, in der Metallindustrie und in den von Syndikaten beherrschten Betrieben kommen zahlreiche derartige Erpressungen vor.

Das Nagelburger Schülerdrama.

Im Herbst vorigen Jahres beging der Gymnasiast Walter Koch gegen seinen Oberlehrer Jömer ein Revolverattentat, das damals viel Aufsehen erregte. Am Mittwoch hatte sich der jugendliche Angeklagte vor dem Jugendgerichtshof des Landgerichts Nagelburg wegen versuchten Mordes zu verantworten.

Der Angeklagte ist am 21. April 1895 als Sohn des Versicherungsinspektors Koch geboren. Die zur Anklage stehende Tat beging er am 3. Oktober 1911, kurz nach dem Beginn der Michaelisferien. Wie seine Vernehmung ergibt, war er ein schlechter Schüler, der in der Quarta und der Untertertia je einmal sitzen geblieben war und dem sein Oberlehrer Jömer Andeutungen gemacht hatte, daß er Ostern 1912 auch wieder in der Obertertia sitzen bleiben würde. Seine schwachen Seiten waren besonders Kathematik und die neueren Sprachen. Dagegen wies er im Zeichnen ganz vorzügliche Leistungen auf und seine Fertigkeiten im Photographieren, das er in seiner Freizeit betrieb, wurden als geradezu glänzend bezeichnet.

Kurz vor Michaelis hatte er einen Tabel bekommen, der in das Klassenbuch eingetragen wurde. Er versuchte diesen Tabel durch eine chemische Substanz aus dem Klassenbuch zu entfernen, weswegen ein Verfahren gegen ihn eingeleitet wurde. Gleich nach Schulschluß kaufte sich der Angeklagte 25 Brominpatronen und setzte sich in den Besitz des Revolvers seines Vaters, angeblich um sich in den Ferien auf einem Gute bei Hildesheim, wohn er mit seinen Eltern reisen sollte, einzuschließen.

Zweimal hat dann der Angeklagte vergeblich versucht, den Direktor der Schule, Schirmer, aufzusuchen und ihn zu bitten, das Verfahren gegen ihn einzustellen. Er beschloß daher, direkt zu dem Oberlehrer Jömer zu gehen und diesem seine Bitte vorzutragen. Am 3. Oktober fuhr er mit seinem Rade nach der Wohnung des Oberlehrers, stellte es vor die Haustür, lud seinen Revolver mit 5 Patronen und begehrte Einlaß. Die Wittin des Oberlehrers,

die ihm öffnete, führte ihn zu dessen Zimmer, in dem er gleich, nach einem kurzen Gruße, mit ausfallend großen Schritten, auf den Lehrer losgegangen sein soll. Er hat dann Herrn Jömer gebeten, von dem Verfahren Abstand zu nehmen. Jömer forderte ihn auf, Platz zu nehmen und trat an seinen Schreibtisch, um ein Notizbuch zu holen. In diesem Augenblick sah er, daß der Schüler einen Revolver in der Hand hatte. Der Lehrer ging auf Koch zu, worauf dieser den ersten Schuß auf ihn abfeuerte, der aber fehl ging. Der Lehrer stolperte dann über eine Teppichrolle und fiel zu Boden. Ein zweiter Schuß war inzwischen an der Uhrkette abgeprallt. Als Jömer sich wieder aufrichten wollte, gab der Angeklagte den dritten Schuß ab, der Herrn Jömer im Rücken an der oberen Schulter traf und schräg nach unten in die Brust ging. Es entstand ein Ringen zwischen den beiden, wobei der Angeklagte sagte: „Es hilft nichts, Herr Oberlehrer, Sie müssen dran!“ Schließlich packte der Lehrer die Hand des Schülers, ließ sie jedoch bald wieder los, worauf der Angeklagte mit den Worten: „Nun ist alles egal!“ sich einen Schuß in den Mund beibrachte und sich gleich darauf noch mit seinem Taschenmesser die Pulsader zu öffnen versuchte. Er ist dann noch einmal auf den Lehrer zugegangen und hat ihm einen Schlag ins Gesicht gegeben.

Der Angeklagte beantwortet die meisten Fragen des Vorsitzenden überhaupt nicht oder mit „ich weiß nicht“. Den verhängnisvollen Schuß auf seinen Lehrer gibt er jedoch zu. Er gibt an, den Revolver nur mitgenommen zu haben, um den Lehrer durch Drohung mit der Waffe zu zwingen, das Verfahren gegen ihn zurückzunehmen. Das Laden der Waffe erklärt er damit, daß eine Drohung mit einer ungeladenen Waffe ja doch keine Wirkung gehabt haben würde.

Durch die Verweigerung wird der vorstehend geschilderte Tatbestand bestätigt. Mehrere als Zeugen vernommene Oberlehrer bekunden übereinstimmend, daß der Angeklagte ein schwer zu behandelnder Schüler war. Er war periodisch abnormal. Die Hauptschuld schieben die Lehrer auf die häusliche Erziehung, die völlig verfehlt gewesen sei und in dem Angeklagten ein grenzenloses Selbstbewußtsein hervorgerufen habe. Der Vater des Angeklagten bekundet, daß beide Großväter des Jungen Alkoholiker gewesen seien. Sein Sohn selbst habe keine Neigung zum Alkohol gehabt. Er habe ihn häufig körperlich gezüchtigt, wenn er sich zu dummen Streichen habe hinreichend lassen und verärgert habe, seine Schulpflicht zu erfüllen. Er hätte gerne gewollt, daß sein Sohn Verehrung zum Einjährigendienst erwerbe.

Der Sachverständige Medizinalrat Dr. Kieferstein hält den Angeklagten für geistig minderwertig. In der Untersuchungsbefund hat er einmal, weil er sich einer Disziplinarstrafe nicht fügen wollte, neun Tage lang nur von Wasser gelebt. Der Oberarzt Ebrede von der Irrenanstalt Rickleben hat den Angeklagten 6 Wochen in seiner Anstalt beobachtet. Der Sachverständige kommt zu dem Schlusse, daß zwar moralische Minderwertigkeit, nicht aber geistige Vorliege und somit auch nicht Unzurechnungsfähigkeit im Sinne des § 51.

Der Staatsanwalt hält den Angeklagten des versuchten Mordes für schuldig und beantragt gegen ihn 6 Jahre Gefängnis. Der Verteidiger plädiert auf versuchten Totschlag.

Nach einstündiger Beratung erkannte das Gericht wegen versuchten Totschlages auf 4 Jahre Gefängnis.

Kaum hatte der Vorsitzende das Urteil verkündet, als der Angeklagte seinen Anzeiger nahm und diesen nach dem Vorsitzenden warf. Er brach dann in Weinen aus und wurde darauf abgeführt.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln (Nirsdorf).

Stadtvorordnetenversammlung vom 21. März. Auf der Tagesordnung standen mehrere Vorlagen über Veränderungen des Bauordnungsplanes. Einem trostlosen Straßenbild will der Magistrat dadurch ein Ende machen, daß er vorschlägt, die Baufluchtlinie der Richardstraße auf der südwestlichen Seite vom Denkmal bis zum Richardplatz weiter zurückzulegen. Danach soll diese

Straße, welche sicher einmal eine wichtige Verkehrsverbindung nach Nieder-Schönevide-Johannisthal wird, an der Berliner Straße mit 19 Meter Breite beginnen, um mit 23 Meter in den Richardplatz zu münden. Stadtv. Bögecke wollte die Vorlage noch einmal einem Ausschuß überweisen, weil die neue Fluchtlinie einige Häuser jüngsten Datums anschnit. Dem traten Oberbürgermeister Kaiser und die Stadtv. Emmelich und Wuyh (Soz.) entgegen, welche lehrter mit Recht betont, daß hier beim zuständigen Ressort eine alte Unterlassungsfünde vorliege und nun endlich Remedur geschaffen werden müsse. Die Vorlage wurde darauf genehmigt.

Zugestimmt wird der beantragten Verbreiterung der Straße 35c, welche jenseits der Teupitzer Straße an der Ringbahn entlang führt, von 15 auf 19 Meter.

Ein weiterer Magistratsantrag schlägt vor, den am 18. Oktober 1910 festgesetzten Bauordnungsplan für das östlich der Ringbahn belagene, durch die Riefelstraße bezw. durch die Gemarkungsgrenze mit Treptow, durch den Dammweg und die Anschlußbahn Neukölln-Nieder-Schönevide begrenzte Stadtgebiet abzugrändern, da vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten Ausstellungen erhoben worden sind. Der neue Entwurf vermindert das Areal für Straßen und Freiflächen von 88,2 auf 37 Proz. Die Vorlage wird zwecks näherer Prüfung vertagt.

Die vorgelagte Liste der nach § 24 der Städteordnung erforderlichen Wähler und Stellvertreter zu den Wahlvorständen für die bevorstehenden Stadtvorordnetenwahlen wird genehmigt.

Die Gebühren für die Benutzung der Schwemmkanalisation werden für das Rechnungsjahr 1912 auf 2 Proz. des Gebäudesteuer-Nutzungswertes festgesetzt.

Am späterhin erneute Erd- und Asphaltierungsarbeiten zu umgehen, wird beschloffen, das zweite Anschlußrohr für das Radialsystem Südost in der Grenzallee sofort mit auszuführen, zumal der Eisenrohrenteil demnächst um 40 Proz. steigen dürfte.

Zur Neupflasterung des Rahbachufers zwischen Kottbuser Damm und Schinestraße werden 50 500 M. bewilligt.

Durch den im Jahre 1907 gegründeten Grundstücksreformfonds ist eine planmäßige Grundstückspolitik ermöglicht worden, welche in letzter Zeit dahin geführt hat, größere Straßenbrüche in den eng bebauten Stadtbezirken in Angriff zu nehmen. Dadurch sind bereits 12,6 Millionen Mark festgelegt worden. Um die Pläne fortzuführen, sollen noch weitere 7,4 Millionen bereitgestellt werden. Die Versammlung beschloß daher auf Vorschlag des Magistrats, für den genannten Fonds eine Anleihe von 20 Millionen Mark aufzunehmen.

Gegen die Verlängerung des Vertrages für die Mieträume im Hause Bergstr. 15, wo die 2. Hilfsschule untergebracht ist, wendet sich Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.), der diese Räume als für Schulzwecke ungeeignet bezeichnet. Redner verlangt vom Magistrat, daß er endlich für Unterbringung der Hilfsschule in einem eigenen Bau Sorge trägt. Die Stadtv. Koye und Winter sprechen für den Vertrag, worauf dieser gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt wird.

Der vorgelegte Entwurf eines Nachtragsvertrages mit der Großen Berliner Straßenbahn und der Südlichen Berliner Vorortbahn wird auf Antrag des Stadtv. Conrad (Soz.) an die Verkehrsdeputation zurückverwiesen. Der Antragsteller wandte sich gegen die im Vertragsentwurf enthaltenen weitgehenden Zugeständnisse an die Straßenbahn-Gesellschaft betreffend die Durchführung einer Linie am neuen Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße vorüber nach dem dahinter liegenden neu zu erschließenden Terrain.

Im Einverständnis mit dem Vorstand der städtischen Sparkasse will der Magistrat für letztere ein eigenes Berwahrungsgelände an der Ecke Berliner und Mühlener Straße errichten. Die dort stehenden bereits im Besitz der Stadt befindlichen großen Wohnhäuser sollen zu dem Zweck abgerissen werden. Die Stadtv. Kröppler und Conrad (Soz.) wandten sich gegen das kostspielige, auf 1 Million Mark veranschlagte Projekt und beantragten

Bekleidungs-Kunst.



kann man meine Konfektion nennen. Fassons sind nach neuen künstlerischen Entwürfen, die Formen individuell, modern und in 24 verschiedenen Größen hergestellt. Jedes Stück ist ein Ersatz für die Massanfertigung. Die Preise sind durch Ausschaltung des Zwischenhandels beim Einkauf von Rohstoff und durch Herstellung im eigenen Grossbetriebe besonders billig.

Ulster

1- und 2-reihig

85 53 49 44 38 32 27 22 18

Anzüge

1- und 2-reihig

65 57 52 47 43 38 32 28 23 18

Gottlieb Weiss
Schöneberg, Hauptstrasse 161
Ecke Kaiser - Friedrich - Strasse.

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78
Herren- u. Knaben-Bekleidung



Ulster

ein- und zweireihig

Mark 26.- 30.- 34.-
38.- 42.- 46.- 50.-

Paletots

Mark 22.- 26.- 30.-
36.- 40.- 44.- 48.-

: Vozügliche Stoffe :
: Neueste Dessins :
: Hervorragende Passform

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft

Kaufhaus für Damen-Putz

Neukölln, Berliner Str. 51-53

HERMANN SABOR

Berliner Str. 51-53, Neukölln

Eröffnung am Sonnabend, 23. März

Modellhüte vom einfachsten bis elegantesten Genre * Kinderhüte * Trauerhüte in größter Auswahl

Jeder Käufer erhält am Eröffnungstage ein elegantes Geschenk!

August Schega

vormals A. Wormann □ 77 Kottbuser Damm 77

G. m. b. H.

Spezial-Geschäft für moderne Herren- und Knaben-Kleidung

Frühjahrs-Ulster und Paletots

in ganz aparten Phantasiestoffen. — Eleganter schicker Ausführung. — Rosshaar-Verarbeitung.
25.— 32.— 36.— 39.— 45.— bis 65.—

Sacco-Anzüge

moderne Dessins in nur solider, vornehmer Verarbeitung
in allen Preislagen, vorzügliche Passform

19.— 25.— 32.— 36.— 45.— bis 65.—

Meine Fabrikate sind erstklassig verarbeitet und infolge meiner eigenen Fabrikation ausserordentlich preiswürdig.

Meine Mass-Abteilung Knaben-Kleidung

leistet Hervorragendes zu tatsächlich billigen Preisen:

Sacco-Anzüge 55, 64, 69, 75, 79 M. usw.

Ulster u. Paletots 55, 60, 65, 75, 85 M. usw.

Gehrock-Anzüge 59, 69, 79, 85, 90 M. usw.

Entzückende Neuheiten in enormer
Auswahl und allen Fassons.



Ich bitte um gefl. Besichtigung ohne Kaufzwang

20 jährige Erfolge!

Wanzen

tödtet unfehlbar mit Brut
Reichels Wanzenfluid „Radikal“
N. 50 Bl. 1.— 2.— 3.—, Uterf. 5.—
Unlöslich, nicht feuergefährlich.
Kein übl. Geruch, nachhaltigste Wirkung

Schwaben

vernichtet mit Brut radikal und sicher
Reichels Spezial-Schwaben-Poudre
„Martial“. N. 50 Bl. 1.— 2.—, Uterf. 4.—
Sprühapparate von 50 Bl. an.

In allen Drogerien erhältlich.
Man verlange oder ausdrücklich
Reichels Spezialmittel, die
einzig echt u. garantiert wirksam
sind nur i. Original-
packungen. **Tod u. Teufel** sind
mit Marke

Wetinger Fabrikant:
Otto Reichel, 80., Altenbahnstraße 4.

Bettfedern und Betten

kaufen Sie recht und billig bei
Carl Müller, Rixdorf,

Berliner Straße 44/46,

bis 6.00 bis dem Rathaus.

Dampf-Bettfedern-Reinigung

mit elektrischem Betrieb.

Telephon: Amt Rixdorf Nr. 9598.

MÖBEL

Wir bieten soliden Leuten Gelegenheit zur leichten Anschaffung von einzelnen Stücken und ganzen Einrichtungen, speziell für Ein- und Zweizimmer-Wohnungen. **Mäßige Anzahlung, kleine monatliche Raten.** Unsere Preise sind an jedem Stück deutlich vermerkt und bei weitem **niedriger**, als sonst bei Teilzahlungskäufen üblich. **Diskrete Lieferung, keine Einkassierer.** — Durch Lieferung nur dauerhafter Möbel und kulantem Entgegenkommen bei Zahlungsstockungen ist unser Geschäft in fünfzehnjährigem Bestehen ausschließlich durch Weiterempfehlung seitens unserer Kundschaft von Jahr zu Jahr gewachsen. Jeder Versuch bei uns führt zu dauernder Kundschaft.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvenslebenstraße 6 Laden, I. und II. Etage.

(Nicht an der Potsdamer Straße.)

Sonntags geöffnet.

Beleuchtungskörper

Kronen, Lampen,
Wandarme etc.

zu durchaus soliden Preisen in
guter Ausführung
empfiehlt zum Umzuge

Paul Greiner

Neukölln

Bergstraße 132.

Eigene Betriebswerkstatt.

Bekannt als beste und billigste

Herren-Hüte

in jeder Preislage

Radloff, Charlottenburg,
Berliner Str. 51.
Gegründet 1875.

Zöpfe.

Wirklich reelle Ware. Größte Aus-
wahl zu den
allerbilligsten Preisen.

Otto F. Kalka, Neukölln, Erkstr. 8.

Zöpfe- und Perückenfabrik.

Nur für einige Tage

1 Waggon Emaille-Waren

in sämtlichen Artikeln sortiert

nach Gewicht, Pfund nur 37 Pfennige

ungefähr die Hälfte der sonstigen Preise.

Zum Umzuge! 5-10 Stufen **Steh-Leitern** Stufe nur 38 Pf.

L. Katz & Co. Neukölln, Bergstraße 65.